

Gesamte Rechtsvorschrift für Burgenländische Heizungs- und Klimaanlageverordnung 2019, Fassung vom 05.05.2020

Langtitel

Verordnung der Burgenländischen Landesregierung vom 3. September 2019 zur Durchführung des Burgenländischen Heizungs- und Klimaanlagegesetzes (Burgenländische Heizungs- und Klimaanlageverordnung 2019 - Bgld. HK-VO 2019)

StF: LGBI. Nr. 60/2019 [CELEX Nr. 32003L0109, 32004L0038, 32005L0036, 32006L0123, 32009L0125, 32010L0031, 32011L0051, 32011L0095, 32011L0098, 32013L0055, 32015L2193, 32016L0802]

Änderung

LGBI. Nr. 2/2020 [CELEX Nr. 32009L0072, 32015L2193]

Präambel/Promulgationsklausel

Auf Grund des § 4 Abs. 1 bis 4 des Burgenländischen Heizungs- und Klimaanlagegesetzes - Bgld. HKG, LGBI. Nr. 33/2019, wird verordnet:

Inhaltsverzeichnis

1. Abschnitt Allgemeines

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Begriffsbestimmungen
- § 3 Allgemeine Bestimmungen
- § 4 Pflichten der Betreiberinnen oder Betreiber von Feuerungsanlagen, Blockheizkraftwerken oder Klimaanlage

2. Abschnitt Inverkehrbringen von Kleinfeuerungen

- § 5 Voraussetzungen
- § 6 Emissionsgrenzwerte für das Inverkehrbringen
- § 7 Wirkungsgradanforderungen für das Inverkehrbringen

3. Abschnitt Inverkehrbringen und Errichten von Feuerungsanlagen

- § 8 Konformitätsnachweisverfahren und CE-Kennzeichnung im Sinne des Artikel 4 und Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 813/2013
- § 9 EG-Konformitätserklärung im Sinne der Richtlinie 2009/125/EG

4. Abschnitt Sicherheitstechnische Anforderungen an Heizungsanlagen

- § 10 Allgemeine Betriebssicherheit
- § 11 Aufstellen von Heizungsanlagen
- § 12 Verbrennungsluftversorgung von Heizungsanlagen

5. Abschnitt Sicherheitstechnische Anforderungen an Brennstoff-Lagerräume

- § 13 Lagerung von festen Brennstoffen
- § 14 Allgemeine Bestimmungen über die Lagerung von flüssigen Brennstoffen
- § 15 Lagerräume für flüssige Brennstoffe (Heizöllagerräume)
- § 16 Anforderungen an Heizöllagerbehälter
- § 17 Heizöl-Rohrleitungen

- § 18 Unterirdische Heizöllagerung
- § 19 Heizöllagerung im Freien
- § 20 Leckanzeige
- § 21 Prüfungen, Befunde

6. Abschnitt

Wärmetechnische Anforderungen an Heizungsanlagen

- § 22 Betriebsbereitschaftsverluste
- § 23 Steuerung der Wärmeabgabe
- § 24 Einbau von Geräten zur Feststellung des Wärmeverbrauches

7. Abschnitt

Brenn- und Kraftstoffe

- § 25 Zulässige Brenn- und Kraftstoffe

8. Abschnitt

Emissionsgrenzwerte und Abgasverluste für den Betrieb von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken

- § 26 Allgemeines
- § 27 Feuerungsanlagen mit einer Nennwärmeleistung unter 50 kW
- § 28 Feuerungsanlagen ab 50 kW Nennwärmeleistung
- § 29 Blockheizkraftwerke

9. Abschnitt

Errichtung und Ausstattung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken

- § 30 Errichtung und Ausstattung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken, Meldepflicht, Prüfbuch, Anlagendatenblatt
- § 31 Dimensionierung von Feuerungsanlagen

10. Abschnitt

Erstmalige und wiederkehrende Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken

- § 32 Erstmalige und wiederkehrende Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken, Prüfbericht
- § 33 Außerordentliche Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken, Prüfbericht
- § 34 Behebung von Mängeln, Prüfbericht
- § 35 Überwachungsstelle, Prüfbericht
- § 36 Unabhängiges Kontrollsystem für Feuerungsanlagen
- § 37 Entgelt für Überprüfungen von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken
- § 38 Kosten der Behörde für die außerordentliche Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken

11. Abschnitt

Überprüfung von Klimaanlageanlagen

- § 39 Überprüfung von Klimaanlageanlagen, Prüfbuch, Anlagendatenblatt und Prüfbericht
- § 40 Behebung von Mängeln, Prüfbericht
- § 41 Unabhängiges Kontrollsystem für Klimaanlageanlagen
- § 42 Entgelt für die Überprüfung von Klimaanlageanlagen

12. Abschnitt

Prüfberechtigte und Prüforgane für Feuerungsanlagen, Blockheizkraftwerke und Klimaanlageanlagen

- § 43 Ansuchen um Eintragung in die Liste der Prüfberechtigten für Feuerungsanlagen, Blockheizkraftwerke und Klimaanlageanlagen, Zuweisung einer Prüfnummer
- § 44 Meldung der Beendigung der Prüfungstätigkeit für Feuerungsanlagen, Blockheizkraftwerke oder Klimaanlageanlagen

13. Abschnitt

Anforderungen an Prüfberechtigte und Prüforgane für Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerke, Nachweis der Kenntnisse

- § 45 Nachweis der Kenntnisse über Emissions- und Abgasmessungen und Feuerungstechnik

- § 46 Nachweis der Kenntnisse über Energieeffizienz von Heizungen und energetische Sanierung von Gebäuden
- § 47 Nachweis der Grundkenntnisse über einschlägige Rechtsvorschriften
- § 48 Nachweis der Kenntnisse für die Prüfung von Heizungsanlagen, die mit festen oder flüssigen Brennstoffen betrieben werden, durch andere Ausbildungen, Zeugnisse oder Bestätigungen als gemäß §§ 45 bis 47
- § 49 Nachweis der Kenntnisse für die Prüfung von Heizungsanlagen, die mit gasförmigen Brennstoffen betrieben werden, durch andere Ausbildungen, Zeugnisse oder Bestätigungen als gemäß §§ 45 bis 47

14. Abschnitt

Nachweis der Kenntnisse durch Ablegung einer Prüfung durch eine unabhängige Prüferin oder einen unabhängigen Prüfer

- § 50 Prüfung durch eine unabhängige Prüferin oder einen unabhängigen Prüfer, Allgemeines
- § 51 Prüfungsvorgang
- § 52 Prüfungstermine
- § 53 Zulassung zur Prüfung
- § 54 Ansuchen um Zulassung zur Prüfung
- § 55 Einladung zur Prüfung
- § 56 Prüfungsgebühren
- § 57 Entschädigung und Verwaltungsaufwand
- § 58 Rückerstattung der Prüfungsgebühr
- § 59 Zeugnis
- § 60 Wiederholungsprüfung

15. Abschnitt

Anforderungen an Prüfberechtigte und Prüforgane für Klimaanlageanlagen, Nachweise

- § 61 Nachweis der Anforderungen an Prüfberechtigte und Prüforgane für Klimaanlageanlagen

16. Abschnitt

Sonderbestimmungen für mittelgroße Feuerungsanlagen

- § 62 Geltungsbereich
- § 63 Vermerk der Registrierung im Anlagendatenblatt
- § 64 Emissionsgrenzwerte für mittelgroße Feuerungsanlagen
- § 65 Grenzwertermittlung bei Verwendung mehrerer Brennstoffe
- § 66 Überwachung, wiederkehrende Überprüfung und Bewertung von mittelgroßen Feuerungsanlagen
- § 67 Pflichten der Betreiberin oder des Betreibers mittelgroßer Feuerungsanlagen
- § 68 Qualifikation der Prüfberechtigten für mittelgroße Feuerungsanlagen

17. Abschnitt

Schlussbestimmungen

- § 69 Behörde
- § 70 Verweisungen
- § 71 Umsetzungshinweise
- § 72 Übergangsbestimmungen
- § 73 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Notifikationshinweise

- Anlage 1** Verfahren der EG-Baumusterprüfung
- Anlage 2.1** Prüfbuch für Heizungsanlagen
- Anlage 2.2** Anlagendatenblatt Heizungsanlagen
- Anlage 2.3** Prüfbericht für Feuerungsanlagen, Gasförmige und flüssige Brennstoffe
- Anlage 2.4** Prüfbericht für Feuerungsanlagen, Feste Brennstoffe
- Anlage 2.5** Prüfbericht für Blockheizkraftwerke (BHKW)
- Anlage 2.6** Prüfbericht der Überwachungsstelle nach Durchführung der Überprüfung
- Anlage 2.7** Berichtigung fehlerhafter Eintragungen in Anlagendatenblättern und Prüfberichten
- Anlage 3** Übermittlung eines Prüfberichtes über eine Feuerungsanlage, ein Blockheizkraftwerk oder eine Klimaanlage an die unabhängige Kontrollstelle
- Anlage 4.1** Prüfbuch für Klimaanlageanlagen
- Anlage 4.2** Anlagendatenblatt und Prüfbericht für Klimaanlageanlagen

Anlage 5	Ansuchen um Eintragung in die Liste der Prüfberechtigten und Zuweisung einer Prüfnummer für Feuerungsanlagen, Blockheizkraftwerke oder Klimaanlageanlagen, Meldung der Beendigung der Tätigkeit als Prüfberechtigte oder Prüfberechtigter und Ansuchen um Löschung aus der Liste, Meldung der Beendigung der Tätigkeit als Prüforgan
Anlage 6	Ansuchen um Zulassung zur Prüfung
Anlage 7	Zeugnis
Anlage 8	Emissionsgrenzwerte für mittelgroße Feuerungsanlagen
Anlage 9	Überwachung und Bewertung der Emissionen mittelgroßer Feuerungsanlagen

Text

1. Abschnitt

Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt für Heizungs- und Klimaanlageanlagen, die dem Burgenländischen Heizungs- und Klimaanlagegesetz - Bgld. HKG, LGBl. Nr. 33/2019, unterliegen.

(2) Diese Verordnung gilt ausschließlich für Heizungsanlagen, deren Betriebszweck die Beheizung von Räumen und/oder die Warmwasserbereitung ist.

(3) Die Bestimmungen der Abschnitte 2 und 3 gelten nur für Anlagen und wesentliche Bauteile von Anlagen, die nach Inkrafttreten dieser Verordnung erstmals errichtet oder eingebaut wurden.

§ 2

Begriffsbestimmungen

Im Geltungsbereich dieser Verordnung sind folgende Begriffsbestimmungen maßgebend:

1. Abgasanlage: Anlage für die Ableitung der Abgase von Feuerstätten für feste, flüssige oder gasförmige Brennstoffe ins Freie; Verbindungsstücke sind nicht Teil der Abgasanlage.
2. Bestehende mittelgroße Feuerungsanlage: Das ist eine mittelgroße Feuerungsanlage gemäß § 3 Z 7 Bgld. HKG, die je nach Art der Anlage gemäß § 28 Bgld. HKG überprüft und vor dem 20. Dezember 2018 in Betrieb genommen wurde.
3. Betriebsbereitschaftsverlust: Der Wärmeverbrauch, der erforderlich ist, um den Kessel auf einer bestimmten Temperatur zu halten, wenn keine Wärmeleistung abgenommen wird.
4. Brandwand: Eine brandabschnittsbildende Wand mit erhöhten Anforderungen.
5. Brennstoff-Lageraum: Raum, in dem feste oder flüssige Brennstoffe gelagert werden.
6. Energiekennzahl: Der Heizwärmebedarf für ein Gebäude pro m² Bruttogeschossfläche pro Jahr in kWh/m²/a.
- 6a. Gebiet: dieser Begriff ist entsprechend der Definition „Sanierungsgebiet“ in § 2 Abs. 8 IG-L zu verstehen;
7. Gesamt-Nennwärmeleistung (Gesamt-Nennwärmebelastung): Die größte zulässige Nennwärmeleistung entsprechend den Angaben auf den Geräteschildern aller im Aufstellungsraum oder Heizraum angeschlossenen Feuerstätten, die gleichzeitig betrieben werden können.
8. Heizgerät: Ein Gerät bestehend aus einem oder mehreren Wärmeerzeugern, mit dem Nutzwärme (Raumwärme oder Warmwasser) erzeugt wird. Dazu zählen zB Raumheizgeräte, Zentralheizgeräte oder Kombiheizgeräte.
9. Heizraum: Raum, in dem Feuerstätten im Sinne des § 11 Abs. 2 aufgestellt werden.
10. Herd: Ein Raumheizgerät, das innerhalb eines Gehäuses die Funktionen eines Raumheizgerätes und einer Kochmulde und/oder eines Ofens zur Zubereitung von Speisen umfasst und über eine abgedichtete Verbindung zu einer Öffnung der Feuerstelle verfügt oder eine Abgasanlage zur Abführung der Verbrennungsprodukte benötigt.
- 10a. Isoliertes Kleinstnetz: ein Netz mit einem Verbrauch von weniger als 500 GWh im Jahr 1996, das nicht mit anderen Netzen verbunden ist;

- 10b. Kleines, isoliertes Netz: ein Netz mit einem Verbrauch von weniger als 3 000 GWh im Jahr 1996, das bis zu einem Wert von weniger als 5% seines Jahresverbrauchs mit anderen Netzen in Verbund geschaltet werden kann;
- 11. Neue mittelgroße Feuerungsanlage: Eine mittelgroße Feuerungsanlage gemäß § 3 Z 7 Bgld. HKG, die je nach Art der Anlage gemäß § 28 Bgld. HKG überprüft und nach dem 20. Dezember 2018 in Betrieb genommen wurde.
- 12. Ortsfest gesetzte Öfen und Herde: Raumheizgeräte, die nicht werkseitig montiert werden oder nicht als vorgefertigte Komponenten oder Teile von demselben Hersteller zur Montage vor Ort geliefert werden (zB Kachelöfen).

§ 3

Allgemeine Bestimmungen

Heizungsanlagen sind so zu planen, zu errichten, zu erhalten und zu betreiben, dass

- 1. Brennstoffe sparsam verbraucht und unnötige Schadstoffemissionen vermieden werden,
- 2. die Abgasverluste möglichst gering sind,
- 3. eine ausreichende Regelungsmöglichkeit gewährleistet ist und
- 4. Betriebsbereitschaftsverluste möglichst vermieden werden.

§ 4

Pflichten der Betreiberinnen oder Betreiber von Feuerungsanlagen, Blockheizkraftwerken oder Klimaanlageanlagen

(1) Jede Betreiberin oder jeder Betreiber (§ 3 Z 9 Bgld. HKG) einer Feuerungsanlage und eines Blockheizkraftwerkes ist verpflichtet dafür zu sorgen, dass

- 1. die Feuerungsanlage oder das Blockheizkraftwerk so betrieben wird, wie es in ihrer technischen Dokumentation oder in den Angaben der Herstellerin oder des Herstellers vorgesehen ist,
- 2. die in dieser Verordnung und die auf Grund dieser Verordnung in Bescheiden vorgeschriebenen Bestimmungen eingehalten und
- 3. die im Bgld. HKG vorgesehenen Überprüfungen durchgeführt werden.

(2) Jede Betreiberin oder jeder Betreiber einer Klimaanlage ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass

- 1. die in dieser Verordnung und die auf Grund dieser Verordnung in Bescheiden vorgeschriebenen Bestimmungen eingehalten und
- 2. die im Bgld. HKG vorgesehenen Überprüfungen durchgeführt werden.

2. Abschnitt

Inverkehrbringen von Kleinf Feuerungen

§ 5

Voraussetzungen

Kleinf Feuerungen dürfen nur in Verkehr gebracht werden, wenn sie die Anforderungen dieses Abschnittes erfüllen.

§ 6

Emissionsgrenzwerte für das Inverkehrbringen

Kleinf Feuerungen dürfen unter den Prüfbedingungen des § 8 Bgld. HKG bei bestimmungsgemäßem Betrieb folgende Emissionsgrenzwerte nicht überschreiten:

1. Kleinf Feuerungen für feste Brennstoffe mit händischer Beschickung:

Parameter	Emissionsgrenzwerte (mg/MJ)						
	Holzbrennstoffe			sonstige standardisierte biogene Brennstoffe (Raum-* bzw. Zentralheizgeräte**)		fossile Brennstoffe (Raum-* bzw. Zentralheizgeräte**)	
	Raum- heiz- geräte*	Zentral- heiz- geräte**	ortsfest gesetzte Öfen	unter 50 kW Nenn-	ab 50 kW Nenn-	unter 50 kW Nenn-	ab 50 kW Nenn- wärme-

			und Herde	wärmeleistung	wärmeleistung	wärmeleistung	leistung
CO	1 100	500	1 100	1 100	500	1 100	500
NO _x	150	100	150	300	300	100	100
OGC	80	30	50	50	30	80	30
Staub	35	30	35	35	35	35	35

* gilt bis 31. Dezember 2021 (Verordnung 2015/1185/EU)

** gilt bis 31. Dezember 2019 (Verordnung 2015/1189/EU)

2. Kleinf Feuerungen für feste Brennstoffe mit automatischer Beschickung:

Parameter	Emissionsgrenzwerte (mg/MJ)			
	Holzpellets Raumheizgeräte**	Holzpellets Zentralheizgeräte***	sonstige Holzbrennstoffe (Raum-** bzw. Zentralheizgeräte***)	sonstige standardisierte biogene Brennstoffe (Raum-** bzw. Zentralheizgeräte***)
CO	500*	250*	250*	500*
NO _x	100	100	100	300
OGC	30	20	30	20
Staub	25	20	30	35

* bei Teillastbetrieb mit 30% der Nennwärmeleistung kann der Grenzwert um 50% überschritten werden.

** gilt bis 31. Dezember 2021 (Verordnung 2015/1185/EU)

*** gilt bis 31. Dezember 2019 (Verordnung 2015/1189/EU)

3. Kleinf Feuerungen für flüssige Brennstoffe:

Parameter	Emissionsgrenzwerte (mg/MJ)	
	standardisierte biogene Brennstoffe	fossile Brennstoffe
CO	20	20
NO _x	120	35*
OGC	6	6
Rußzahl	1	1

* gilt nur für Herde

4. Kleinf Feuerungen für gasförmige Brennstoffe:

Parameter	Emissionsgrenzwerte (mg/MJ)			
	Erdgas		Flüssiggas	
	atmosphärischer Brenner	Gebläsebrenner	atmosphärischer Brenner	Gebläsebrenner
CO	20	20	35	20

§ 7

Wirkungsgradanforderungen für das Inverkehrbringen

Kleinf Feuerungen dürfen unter den Prüfbedingungen des § 8 Bgld. HKG bei bestimmungsgemäßem Betrieb sowohl mit Nennlast als auch unter Teillast folgende Wirkungsgrade nicht unterschreiten:

1. Raumheizgeräte für feste Brennstoffe:

	Mindestwirkungsgrad in %
Ortsfest gesetzte Öfen und Herde	80
Herde für fossile Brennstoffe*	73
Herde für standardisierte biogene Brennstoffe*	72
sonstige Raumheizgeräte für fossile oder standardisierte biogene Brennstoffe*	80

* gilt bis 31. Dezember 2021 (Verordnung 2015/1185/EU)

2. Raumheizgeräte für flüssige und gasförmige Brennstoffe:

	Mindestwirkungsgrad in %

Herde	73
-------	----

3. Warmwasserbereiter:

	Mindestwirkungsgrad in %
Warmwasserbereiter für feste Brennstoffe	75

4. Zentralheizgeräte für feste fossile* und standardisierte biogene Brennstoffe* je nach Höhe der Nennwärmeleistung:

	Mindestwirkungsgrad in %
a) mit händischer Beschickung	
bis 10 kW	79
über 10 bis 200 kW	(71,3 + 7,7 log Pn)
über 200 kW	89
b) mit automatischer Beschickung	
bis 10 kW	80
über 10 bis 200 kW	(72,3 + 7,7 log Pn)
über 200 kW	90

* für Heizgeräte des Definitionsbereichs der Verordnung 2015/1189/EU nur gültig bis 31. Dezember 2019

3. Abschnitt

Inverkehrbringen und Errichten von Feuerungsanlagen

§ 8

Konformitätsnachweisverfahren und CE-Kennzeichnung im Sinne des Artikel 4 und Anhang III der Verordnung 813/2013/EU

(1) Für das Verfahren der Baumusterprüfung, für die der Baumusterprüfung zu Grunde liegenden technischen Unterlagen, für die EG-Baumusterprüfbescheinigung, für die Informationspflichten der zugelassenen Stellen sowie für das Verfahren der Konformitätserklärung, die dabei gegebenenfalls anzuwendenden Qualitätssicherungssysteme, die Überwachung der Anwendung dieser Systeme und die den zugelassenen Stellen dabei zukommenden Aufgaben gelten die Bestimmungen der **Anlage 1** (Verfahren der EG-Baumusterprüfung).

(2) Das Konformitätszeichen besteht aus dem CE-Zeichen und den beiden letzten Ziffern der Jahreszahl des Jahres, in dem die Kennzeichnung angebracht wurde.

§ 9

EG-Konformitätserklärung im Sinne der Richtlinie 2009/125/EG

(1) Feuerungsanlagen und wesentliche Bauteile von Feuerungsanlagen dürfen nur in Verkehr gebracht, errichtet, eingebaut und betrieben werden, wenn sie die Bestimmungen des 3. Abschnitts des Bgld. HKG erfüllen und für sie eine EG-Konformitätserklärung im Sinne der Richtlinie 2009/125/EG nach Abs. 2 ausgestellt wurde.

(2) Die EG-Konformitätserklärung muss folgende Angaben enthalten:

1. Name und Anschrift der Herstellerin oder des Herstellers oder ihres oder seines Bevollmächtigten;
2. eine für die eindeutige Bestimmung des Produkts hinreichend ausführliche Beschreibung;
3. gegebenenfalls die Fundstellen der angewandten harmonisierten Normen;
4. gegebenenfalls die sonstigen angewandten technischen Normen und Spezifikationen;
5. gegebenenfalls die Erklärung der Übereinstimmung mit anderen einschlägigen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft, die die CE-Kennzeichnung vorsehen, und
6. Name und Unterschrift der für die Herstellerin oder den Hersteller oder ihren oder seinen Bevollmächtigten zeichnungsberechtigten Person.

4. Abschnitt

Sicherheitstechnische Anforderungen an Heizungsanlagen

§ 10

Allgemeine Betriebssicherheit

(1) Heizungsanlagen müssen so beschaffen sein, dass sie durch ihren Betrieb weder Personen noch Sachen gefährden. Die jeweiligen Aufstellungs- und Installationsbedingungen der Herstellerin oder des Herstellers sind einzuhalten.

(2) Heizungsanlagen müssen

1. von brennbaren Bauteilen, Verkleidungen und festen Einbauten (zB Einbaumöbeln) sowie von Brennstofflagerungen einen solchen Abstand aufweisen oder so abgeschirmt sein, dass diese unter allen beim Betrieb auftretenden Temperaturen nicht entzündet werden und nicht schmelzen können,
2. ungehindert betrieben, geprüft und gewartet werden können und
3. die erforderliche Verbrennungsluft erhalten.

(3) Die elektrischen Einrichtungen für Heizräume und Brennstofflagerräume sind nach den Bestimmungen für brandgefährdete Räume gemäß ÖVE/ÖNORM E 8001 herzustellen.

(4) In einem Heizraum im Sinne des § 11 Abs. 2 dürfen außer Brennstofflagerungen gemäß § 13 Abs. 2 (Lagerung von festen Brennstoffen), § 14 Abs. 3 (Lagerung flüssiger Brennstoffe) und § 15 Abs. 8 (Heizöl-Lagerraum) keine Lagerungen vorgenommen werden.

(5) Verbrennungsrückstände von festen Brennstoffen dürfen nur in unbrennbaren, unschmelzbaren und verschleißbaren Behältern gelagert werden.

(6) Bei automatischen Feuerungsanlagen ist im Bereich des Heizraumausganges außerhalb des Heizraumes ein Gefahrenschalter anzubringen, der die Verbrennungseinrichtung und die Brennstoffzufuhr allpolig abschaltet. Dieser Schalter darf weder die Beleuchtung noch die Abgas- und Wärmetransporteinrichtungen unterbrechen. Verfügt ein Heizraum über mehrere Ausgänge, so ist bei jedem Ausgang ein Gefahrenschalter anzubringen.

(7) Die brandschutztechnischen Sicherheitseinrichtungen, wie Brandschutzstreifen, -schalter, -ventil, Gefahrenschalter und dgl., sind mindestens einmal jährlich auf ihre Funktionsfähigkeit zu prüfen.

(8) Zentralheizgeräte müssen, sofern keine druckfeste Abgasanlage vorhanden ist, Überdrucksicherungen wie zB Explosionsklappen besitzen. Diese Sicherungen müssen so verlegt sein oder es sind solche Schutzmaßnahmen zu treffen, dass beim Ansprechen der Sicherungen Personen nicht gefährdet werden. Überdrucksicherungen müssen ferner so ausgeführt und verlegt sein, dass sie durch Hitzeeinwirkung nicht unwirksam oder undicht werden können. Überdrucksicherungen sind vorzugsweise im Aufstellungs- oder Heizraum anzubringen. Falls die Anbringung der Überdrucksicherung im Heiz- oder Aufstellungsraum aus baulichen oder bautechnischen Gründen nicht möglich ist, sind Überdrucksicherungen derart einzubauen, dass eine Brandgefährdung auch bei Ansprechen der Sicherung nicht zu erwarten ist. Ein Bereich von 2 m im Umkreis der Überdrucksicherung ist von brennbaren Gegenständen freizuhalten.

(9) Für die erste und erweiterte Löschhilfe sind ausreichende und geeignete Mittel gemäß dem Stand der Technik bereit zu stellen und Instand zu halten.

§ 11

Aufstellen von Heizungsanlagen

(1) Heizungsanlagen dürfen nicht in solchen Räumen aufgestellt werden, in denen nach Lage, Größe, Beschaffenheit oder Verwendungszweck Gefahren für Personen und Sachen entstehen können (zB Stiegenhäuser, Dachböden).

(2) Ein Heizraum ist erforderlich für:

1. Feuerstätten zur Erzeugung von Nutzwärme für die Raumheizung oder Warmwasserbereitung mit einer Gesamt-Nennwärmeleistung von mehr als 50 kW oder
2. Feuerstätten für feste Brennstoffe mit automatischer Beschickung.

(3) Abweichend von Abs. 2 ist ein Heizraum nicht erforderlich

1. für Warmlufterzeuger und Heizstrahler, wenn diese lediglich der Beheizung des Aufstellungsraumes dienen, oder

2. für Feuerstätten für feste Brennstoffe mit automatischer Beschickung mit einer Nennwärmeleistung von nicht mehr als 50 kW, die einen Vorratsbehälter mit einem Fassungsvermögen von nicht mehr als 1,5 m³ aufweisen, oder
3. in Gebäuden der Gebäudeklasse 1 oder Reihenhäusern der Gebäudeklasse 2 mit einer Feuerstätte für Pellets mit automatischer Beschickung und technischen Maßnahmen gegen Rückbrand, mit einer Nennwärmeleistung von nicht mehr als 50 kW und einem Fassungsvermögen des Lagerbehälters von nicht mehr als 15 m³, der durch geeignete Maßnahmen gegen gefahrbringende Erwärmung geschützt ist.

§ 12

Verbrennungsluftversorgung von Heizungsanlagen

(1) Bei der Aufstellung von Heizungsanlagen ist darauf zu achten, dass die entsprechend der Auslegung benötigte Luftmenge zuströmen kann. Heizräume für raumluftabhängige Feuerungsanlagen müssen über eine Zuluftführung aus dem Freien verfügen, wobei eine Mindestquerschnittsfläche von 400 cm² netto nicht unterschritten werden darf:

1. bei Heizungsanlagen für gasförmige Brennstoffe mit atmosphärischem Brenner sowie Heizungsanlagen für feste Brennstoffe: 4 cm² pro kW Nennwärmeleistung,
2. bei sonstigen Heizungsanlagen: 2 cm² pro kW Nennwärmeleistung.

(2) Bei sonstigen Aufenthaltsräumen kann die Verbrennungsluftzufuhr auch aus anderen Räumen erfolgen, wenn nachweislich beim Betrieb aller mechanischen und natürlichen Be- und Entlüftungsanlagen ausreichende Verbrennungsluft nachströmen kann.

(3) Die Behörde kann auf Antrag Abweichungen von Abs. 1 und 2 zulassen, wenn die Betreiberin oder der Betreiber nachweist, dass das gleiche Schutzniveau wie bei Anwendung der Abs. 1 und 2 erreicht wird. Außer in den genannten Fällen kann die Behörde auf Antrag in einzelnen, durch örtliche oder sachliche Verhältnisse bedingten Fällen ausnahmsweise Abweichungen von Abs. 1 und 2 zulassen, wenn den in §§ 3 und 4 festgelegten Anforderungen trotzdem entsprochen wird.

(4) Beim Betrieb von Heizungsanlagen darf die Zugwirkung der Abgasanlage nicht durch mechanische Lüftungsanlagen beeinträchtigt werden.

(5) Die Verbrennungsluftöffnung ist so zu gestalten, dass Witterungseinflüsse (zB Verwehen mit Schnee, Laub und dgl.) keinerlei Beeinträchtigungen und Störungen des Luftförderstromes verursachen können. Aufstellungsräume oder Heizräume für raumluftunabhängige Feuerstätten bedürfen keiner gesonderten Verbrennungsluftversorgung.

(6) Brandabschnitte dürfen durch Verbrennungsluftleitungen nicht beeinträchtigt werden.

(7) Ist die Verbrennungsluftzufuhr im Brandfall relevant, darf sie im Brandfall nicht automatisch unterbrochen werden.

(8) Lüftungsöffnungen müssen mit geeigneten, unbrennbaren Einbauten bei ihrer Mündung ins Freie versehen werden (zB Drahtgitter).

(9) Die Zuluftöffnung ist möglichst in Bodennähe, die Abluftöffnung in Deckennähe zu situieren.

(10) Verbrennungsluftöffnungen und -leitungen dürfen nicht verschlossen oder zugestellt werden, sofern nicht durch besondere Sicherheitseinrichtungen gewährleistet ist, dass die Feuerstätten nur bei geöffnetem Verschluss betrieben werden können. Der erforderliche Querschnitt darf durch den Verschluss oder durch Gitter nicht verengt werden.

(11) Luftheizungs- und Lüftungsleitungen dürfen durch Heizräume nur geführt werden, wenn eine andere Leitungsführung aus bautechnischen Gründen nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Mehraufwand möglich wäre. In diesem Fall müssen die Luftheizungs- und Lüftungsleitungen im Bereich des Heizraums in der Feuerwiderstandsklasse EI90 ($h_0-v_e, i \leftrightarrow o$) hergestellt sein. Nicht zur Heizungsanlage gehörende lüftungstechnische Einrichtungen dürfen in Heizräumen nicht aufgestellt werden.

(12) Für mit gasförmigen Brennstoffen betriebene Feuerstätten (Gasgeräte) gelten hinsichtlich der erforderlichen Verbrennungsluftversorgung die Bestimmungen der ÖVGW-Richtlinie G K62 Verbrennungsluftversorgung 2016.

(13) Für mit Flüssiggas betriebene Feuerstätten gilt die ÖVGW-Richtlinie F G62.

5. Abschnitt

Sicherheitstechnische Anforderungen an Brennstoff-Lagerräume

§ 13

Lagerung von festen Brennstoffen

(1) Räume, in denen feste Brennstoffe gelagert werden, sind innerhalb von Gebäudeteilen mit Aufenthaltsräumen als Brennstoff-Lagerraum auszuführen, wenn

1. die Netto-Grundfläche eines solchen Raumes mehr als 15 m² oder die Raumhöhe mehr als 3 m beträgt, oder
2. mehr als 1,5 m³ feste Brennstoffe zur automatischen Beschickung der zugehörigen Feuerstätte gelagert werden, oder
3. mehr als 15 m³ Pellets zur automatischen Beschickung von Feuerstätten in Gebäuden der Gebäudeklasse 1 oder Reihenhäusern der Gebäudeklasse 2 gelagert werden.

Ein Brennstofflagerraum für feste Brennstoffe ist ein Raum mit erhöhter Brandgefahr.

(2) Zulässige Lagerung von festen Brennstoffen in Heizräumen und Aufstellungsräumen:

1. Eine gemeinsame Aufstellung von Behältern für feste Brennstoffe in Form von Pellets und der zugehörigen Feuerstätte mit einer Nennwärmeleistung von mehr als 50 kW und automatischer Beschickung in einem Heizraum ist zulässig, falls nicht mehr als 15 m³ Pellets gelagert werden und die Lagerbehälter durch geeignete Maßnahmen gegen gefahrbringende Erwärmung geschützt sind.
2. Im Heizraum darf ein Tagesvorrat an festen Brennstoffen (zB Scheitholz) gelagert werden, wenn ein Mindestabstand von 1 m zur Feuerungsanlage eingehalten wird.
3. In Räumen, die von Raumheizgeräten (§ 3 Z 46 Bgld. HKG) mit einer Nennwärmeleistung von weniger als 50 kW beheizt werden, darf ein Tagesvorrat an festen Brennstoffen (zB Scheitholz) gelagert werden, wenn ein Mindestabstand von 1 m zur Feuerungsanlage eingehalten wird.

(3) Die Behörde kann auf Antrag Abweichungen von Abs. 1 und/oder 2 zulassen, wenn die Betreiberin oder der Betreiber nachweist, dass das gleiche Schutzniveau wie bei Anwendung der Abs. 1 und/oder 2 erreicht wird.

(4) Außer in den Fällen des Abs. 3 kann die Behörde auf Antrag in einzelnen, durch örtliche oder sachliche Verhältnisse bedingten Fällen ausnahmsweise Abweichungen von Abs. 1 und/oder 2 zulassen, wenn den in §§ 3 und 4 festgelegten Anforderungen trotzdem entsprochen wird.

(5) Automatisch beschickte Heizungsanlagen sind mit Einrichtungen auszustatten, die einen möglichen Rückbrand zum Brennstofflagerraum verhindern oder, wenn dies technisch nicht möglich ist, ausreichend verzögern. Diese Verpflichtung gilt nicht für Räume zur Lagerung fester Brennstoffe mit einem Fassungsvermögen von weniger als 1,5 m³.

(6) Stellen die Fördereinrichtungen eine Verbindung zwischen dem Lagerraum und der Heizungsanlage her, so ist die Feuerung mit ständigem Unterdruck gegenüber dem Lagerraum zu betreiben.

(7) In Pelletslagerräumen und in Lagerräumen, in denen mehr als 1,5 m³ feste Brennstoffe zur automatischen Beschickung der zugehörigen Feuerstätte gelagert werden, müssen Vorkehrungen zum vorbeugenden Brandschutz umgesetzt werden, die einer anerkannten Richtlinie entsprechen.

§ 14

Allgemeine Bestimmungen über die Lagerung von flüssigen Brennstoffen

(1) Die Lagerung brennbarer Flüssigkeiten ist verboten, wenn keine ausreichende Belüftung des Lagerraumes gegeben ist und eine Brandgefährdung sowie eine sonstige Gefährdung nicht ausgeschlossen werden können. Die Lagerung brennbarer Flüssigkeiten ist insbesondere verboten:

1. in Ein-, Aus- und Durchgängen sowie Ein-, Aus- und Durchfahrten,
2. in notwendigen Verbindungen (Stiegen, Gängen),
3. in Pufferräumen und Schleusen,
4. in Dachböden, Schächten, Kanälen und schlecht durchlüfteten, schachtartigen Höfen,
5. in Lüftungs- und Klimazentralen, elektrischen Betriebsräumen, Maschinenräumen, Brandmeldezentralen und ähnlichen Zwecken dienenden Räumen,
6. auf und im unmittelbaren Bereich von Fluchtwegen.

(2) Die Lagerung von flüssigen Brennstoffen mit einem Flammpunkt von mehr als 55 °C in Mengen von mehr als 500 l innerhalb von Gebäudeteilen mit Aufenthaltsräumen hat in einem Brennstofflagerraum zu erfolgen, der höchstens im zweiten oberirdischen Geschoß liegen darf. Abweichend davon ist bei Gebäuden der Gebäudeklasse 1 oder Reihenhäusern der Gebäudeklasse 2 eine Lagermenge von nicht mehr als 1 000 l zulässig.

(3) Eine gemeinsame Aufstellung von Lagerbehältern für flüssige Brennstoffe mit einem Flammpunkt von mehr als 55 °C und zugehöriger Feuerstätte in einem Heizraum ist zulässig, falls nicht mehr als 5 000 l gelagert werden und die Lagerbehälter durch geeignete Maßnahmen (zB Abstand, Abschirmung, Ummantelung) gegen gefahrbringende Erwärmung geschützt sind.

(4) Die Behörde kann auf Antrag Abweichungen von den Abs. 2 und/oder 3 zulassen, wenn die Betreiberin oder der Betreiber nachweist, dass das gleiche Schutzniveau wie bei Anwendung der Abs. 2 und/oder 3 erreicht wird.

(5) Außer in den Fällen des Abs. 4 kann die Behörde auf Antrag in einzelnen, durch örtliche oder sachliche Verhältnisse bedingten Fällen ausnahmsweise Abweichungen von den Abs. 2 und/oder 3 zulassen, wenn den in §§ 3 und 4 festgelegten Anforderungen trotzdem entsprochen wird.

(6) Außerhalb von Heizöllagerräumen dürfen flüssige Brennstoffe nach Maßgabe folgender Bestimmungen gelagert werden:

1. bis zu einer Gesamtmenge von 40 l je Wohnung in Kanistern mit einem Inhalt von nicht mehr als jeweils 20 l;
2. bis zu einer Gesamtmenge von 500 l, jedoch nicht im Bereich von Fluchtwegen, auf Dachböden und offenen Balkonen sowie in Garagen mit einer Nutzfläche von über 50 m², wenn
 - a) die Lagerbehälter eine äußere, mit Ausnahme der betriebsnotwendigen Öffnungen allseitig geschlossene Umhüllung aus Metall mit einer Mindestwandstärke von 1 mm aufweisen oder die Umhüllung aus nicht brennbaren Materialien und mindestens in der Feuerwiderstandsklasse EI 30 ausgeführt ist,
 - b) die Lagerbehälter oberhalb des höchsten Ölspiegels Einrichtungen besitzen, die eine unzulässige Drucküberhöhung bei Erwärmung verhindern, und
 - c) die Lagerbehälter in einer öldichten Wanne im Sinne des § 15 Abs. 3 aufgestellt oder doppelwandig ausgeführt sind.

(7) Bei Ölfeuerungsanlagen ist an geeigneter Stelle ein Brandschutzstreifen oder ein Temperaturfühler (Auslösetemperatur 70 °C) anzubringen, bei dessen Ansprechen die Verbrennungseinrichtung und die Brennstoffzufuhr elektrisch außer Betrieb gesetzt werden.

(8) Die Betreiberin oder der Betreiber hat die brandschutztechnischen Sicherheitseinrichtungen, wie Brandschutzstreifen oder Gefahrenschalter und dergleichen, mindestens einmal jährlich auf ihre Funktionsfähigkeit (Funktionstest oder Sichtkontrolle) überprüfen zu lassen.

(9) Die Zufuhr des Brennstoffes zur Feuerungsanlage muss im Brandfall selbsttätig unterbrochen werden, wobei die Absperrvorrichtung (zB Magnetventil) im Brennstofflagerraum unmittelbar vor Austritt aus diesem und nicht über einen etwaigen Kunststoffbehälter eingebaut sein muss.

(10) Bei der Lagerung flüssiger Brennstoffe in Bereichen, die bei einem hundertjährigen Hochwasser überflutet werden, ist sicherzustellen, dass bei Überflutung ein Austritt dieser Stoffe verhindert wird (zB Schutz der Lagerräume gegen eindringendes und drückendes Wasser, Sicherung der Lagerbehälter gegen Aufschwimmen, Außendruck und Wassereintritt).

§ 15

Lagerräume für flüssige Brennstoffe (Heizöllagerräume)

(1) Heizöllagerräume müssen so angelegt und eingerichtet sein, dass ein Brand rasch und ungehindert bekämpft werden kann. Im Gefahrenfall dürfen Fluchtwege wie Notausgänge, Notausstiege, Ausgänge, Stiegen, Gänge oder sonstige Verkehrswege nicht unbenützt werden. Erforderlichenfalls müssen Pufferräume vorhanden sein, die brandbeständig ausgeführt und ausreichend ins Freie lüftbar sind, sowie zumindest brandhemmende, rauchdichte, in Fluchtrichtung aufgehende und selbst schließende Türen besitzen.

(2) Heizöllagerräume mit prismatischen Metalltanks sind so zu bemessen, dass zwischen Heizöllagerbehälter und umfassender Wand jeweils ein Mindestabstand von 60 cm (begehbar) vorzusehen ist. Beträgt der Nutzinhalt der Öllagerung weniger als 20 000 l, so dürfen bei Kunststofftanks diese Abstände an zwei aneinandergrenzenden Seiten auf ein Mindestmaß von 20 cm (einsehbar) verringert werden.

(3) Einwandige Heizöllagerbehälter sind in öldichten Wannen aufzustellen. Die öldichte Wanne ist so zu bemessen, dass der gesamte Inhalt der Behälter aufgenommen werden kann. Bei mehreren nicht kommunizierenden Behältern muss die öldichte Wanne so ausgeführt werden, dass der Inhalt des größten Behälters aufgenommen werden kann. Die Wanne ist statisch so zu bemessen, dass durch das ausgeflossene Öl keine unzulässigen Belastungen der Wände auftreten können. In öldichten Wannen dürfen keine Öffnungen oder Durchbrüche angeordnet werden, außer sie sind als öldichte Durchführungen ausgeführt.

(4) Heizöllagerräume dürfen keine Abflüsse nach außen, wie in Kanäle, auf Straßen oder Höfe, besitzen. In Lagerräumen sind Gasinstallationen, Wasserinstallationen, Verteilerleitungen der Heizungsanlage sowie Putztürchen nicht zulässig. Abwasser- und Luftleitungen dürfen nur dann vorhanden sein, wenn sie brandbeständig ummantelt sind.

(5) Heizöllagerräume sind direkt ins Freie zu lüften. Der Mindestquerschnitt der Lüftungsöffnung hat 400 cm² zu betragen. An der Mündungsöffnung der Lüftung sind geeignete Einbauten gemäß § 12 Abs. 5 vorzusehen. Die Lüftungsöffnung ist ständig offen zu halten. Für Lüftungskanäle gilt § 12 Abs. 4 sinngemäß. Bei Lagermengen über 20 000 l ist eine Querdurchlüftung anzustreben (je 400 cm² Mindestquerschnitt).

(6) Heizöllagerräume sind elektrisch beleuchtbar einzurichten. In Öllageräumen müssen elektrische Anlagen und elektrische Betriebsmittel den für brandgefährdete Räume (IP 54) geltenden elektrotechnischen Rechtsvorschriften entsprechen.

(7) Heizöllagerräume müssen als solche bei den Zugängen deutlich sichtbar und dauerhaft gekennzeichnet sein. Aufschriften mit dem Hinweis „Öllageraum! Rauchen, Hantieren mit offenem Feuer und Licht verboten!“ müssen an den Türen des Lagerraumes deutlich sichtbar und dauerhaft angebracht sein. Dieser Gefahren- und Verbotshinweis muss auch an der Tür eines eventuell notwendigen Pufferraumes deutlich sichtbar und dauerhaft angebracht sein.

(8) In Heizöllagerräumen dürfen außer den gelagerten flüssigen Brennstoffen nur solche Stoffe und Materialien vorhanden sein, die für die sichere Lagerung oder den sicheren Transport der flüssigen Brennstoffe erforderlich sind.

§ 16

Anforderungen an Heizöllagerbehälter

(1) Lagerbehälter sind entsprechend dem Stand der Technik zu fertigen, aufzustellen und zu prüfen.

(2) Lagerbehälter, ausgenommen durchscheinende Lagerbehälter, müssen mit einem Füllstandsanzeiger ausgerüstet sein. Als Füllstandsanzeiger dürfen zB Peilstäbe mit Kappverschraubung, pneumatische Anzeigen, Schwimmer etc. verwendet werden. Kommunizierende Anzeiger, zB aus Glas oder Kunststoff, sind nicht zulässig. Die höchstzulässige Füllmenge ist auf dem Füllstandsanzeiger kenntlich zu machen.

(3) Lagerbehälter müssen mit einer elektrischen Überfüllsicherung ausgerüstet sein, die vor Erreichen des höchstzulässigen Flüssigkeitsstandes den Füllvorgang selbsttätig unterbricht.

(4) Lagerbehälter, ausgenommen Batterietanks, müssen bei einem Inhalt von über 3 000 l eine Einstiegsöffnung mit 60 cm lichter Weite haben.

(5) Batterietanks dürfen bis zu einem Gesamtinhalt von höchstens 10 000 l zusammengeschlossen werden.

(6) Ortsgefertigte, prismatische Lagerbehälter müssen auf mindestens 15 cm hohen Fundamentstreifen aufgesetzt werden. Schweißnähte dürfen nicht auf diesen Fundamenten aufliegen.

§ 17

Heizöl-Rohrleitungen

(1) Die Leitungen müssen

1. aus metallischen Werkstoffen bestehen,
2. den auftretenden mechanischen, chemischen und thermischen Beanspruchungen standhalten und
3. über einen ausreichenden Korrosionsschutz verfügen.

Davon ausgenommen sind zugelassene Systeme für Batterietanks innerhalb von Lagerräumen.

(2) Bewegliche Leitungen dürfen nur

1. an einsehbaren Stellen,
2. in einer Länge von höchstens 2 m und

3. zum unmittelbaren Anschluss an den Brenner verlegt werden. Abs. 1 Z 2 und 3 gelten sinngemäß.

(3) Erdverlegte Leitungen sind so auszuführen, dass Undichtheiten rechtzeitig erkannt werden können. Doppelwandige Ausführungen mit selbsttätiger Lecküberwachung (Drucküberwachung) entsprechen dieser Voraussetzung.

(4) Der Füllstutzen ist

1. innerhalb der Auffangwanne, im Domschacht oder in einem eigenen flüssigkeitsdichten Füllschacht oder Füllschrank mit integrierten Auffangeinrichtungen zu situieren,
2. leicht erreich- und bedienbar anzuordnen,
3. mit einer Kappverschraubung abschließbar auszustatten und
4. gegen unbefugten Zugriff zu sichern.

(5) Es muss sichergestellt sein, dass die Leitung nach der Füllung entleert ist.

(6) Lagerbehälter über 1 000 l Inhalt sind mit einer Entlüftungsleitung auszustatten, die

1. ausreichend bemessen und nicht abschließbar ist,
2. ins Freie so hoch geführt ist, dass beim Befüllen ohne Pumpe die Flüssigkeit nicht ausfließen kann, jedoch mindestens 2,5 m über Erdniveau und
3. deren Rohrende gegen das Eindringen von Fremdkörpern und Niederschlagswasser gesichert ist.

(7) In Entnahmeleitungen aus Lagerbehältern sind beim Austritt aus dem Lagerbehälter innerhalb der Auffangwanne und unmittelbar vor der Feuerungsanlage Absperrvorrichtungen einzubauen. In die Entnahmeleitung ist an der höchsten Stelle der Leitung ein Magnetventil einzubauen, das automatisch mit dem Betrieb des Brenners öffnet und schließt.

§ 18

Unterirdische Heizöllagerung

(1) Die unterirdische Lagerung darf nur in Lagerbehältern erfolgen, die

1. normgerecht, zylindrisch oder kugelförmig und doppelwandig ausgeführt,
2. mit einem geprüften Leckanzeigerät (Drucküberwachung) ausgestattet und
3. gegen Korrosion von außen isoliert sind.

(2) Unterirdisch verlegte Lagerbehälter müssen

1. mit steinfreier Erde oder Sand in der Höhe von mindestens 1 m überschüttet werden; ist eine Überfahung ausgeschlossen, genügt eine Höhe von mindestens 50 cm,
2. von Grundstücksgrenzen, unterirdischen Räumen, Fundamenten, Kanälen und dgl. zumindest 1 m entfernt sein und
3. erforderlichenfalls gegen Wasserauftrieb gesichert werden.

(3) Unterirdisch verlegte Lagerbehälter dürfen nicht überbaut werden.

(4) Wird der Lagerbehälter überfahren und weist er einen Durchmesser von mehr als 2 m auf, ist durch eine statische Berechnung die Tragfähigkeit nachzuweisen.

(5) Der Domschacht des Lagerbehälters

1. darf den Behälter nicht belasten und
2. ist den zu erwartenden Lasten (zB Fahrzeuge) entsprechend tragsicher abzudecken.

(6) Die Füllstelle darf im Domschacht angeordnet werden, wenn der Kragen des Schachtes mit dem Behälter nachweislich von der Herstellerin oder vom Hersteller flüssigkeitsdicht verbunden ist.

§ 19

Heizöllagerung im Freien

(1) Im Freien sind Lagerbehälter standsicher aufzustellen und

1. doppelwandig mit einem geprüften Leckanzeigerät (Drucküberwachung) auszuführen oder
2. in eine Auffangwanne mit Schutz gegen das Eindringen von Niederschlagswasser zu stellen.

(2) Bei der Aufstellung ist ein Mindestabstand von

1. 50 cm gegen Brandwände,
2. 5 m gegen solche Wände mit Öffnungen,
3. 10 m gegen nicht brandbeständige Bauwerke oder andere Lagerungen von brennbaren Stoffen

einzuhalten.

§ 20

Leckanzeige

Bei Leckanzeigegeräten sind Hinweise auf die erforderlichen Sofortmaßnahmen, die bei einem Ansprechen des Leckanzeigegerätes durchzuführen sind, anzubringen.

§ 21

Prüfungen, Befunde

(1) Nach Aufstellung und vor Inbetriebnahme eines Lagerbehälters müssen bei der Betreiberin oder beim Betreiber der Anlage folgende von befugten Fachleuten ausgestellte Befunde über

1. die dem Stand der Technik entsprechende Herstellung, Prüfung und Aufstellung oder Verlegung des Lagerbehälters,
2. die Dichtheitsprüfung des erdverlegten Lagerbehälters einschließlich der Rohrleitungen und Armaturen mit 0,3 bar Überdruck,
3. die Ausführung ölführender Rohrleitungen und Verbindungen mit Angabe des verwendeten Rohr- und Isoliermaterials sowie die Druckprobe der Leitungen und Armaturen mit dem 1,5-fachen Betriebsdruck, mindestens jedoch mit einem Prüfdruck von 2 bar Überdruck Luft oder Inertgas,
4. die Erdung metallischer Lagerbehälter und Rohrleitungen mit Angabe des gemessenen Erdübergangswiderstandes und
5. die öldichte Ausführung von Auffangwannen, Rohrkanälen und Schächten

aufliegen. Sie sind zur Einsichtnahme aufzubewahren.

(2) Als befugte Fachleute (Abs. 1) gelten

1. staatlich autorisierte Anstalten oder in einem EU- oder EWR-Mitgliedstaat akkreditierte Stellen einschlägiger Fachbetriebe,
2. Ziviltechnikerinnen und Ziviltechniker einschlägiger Fachgebiete,
3. Amtssachverständige einschlägiger Fachrichtungen,
4. Gewerbetreibende, die zur Herstellung und Aufstellung der jeweiligen Anlagen berechtigt sind.

(3) Prüfungen nach Abs. 1 Z 2 und 3 sind bei erdverlegten Anlagen alle sechs Jahre zu wiederholen. Nach jeder Betriebsstörung, größeren Reparaturen und Erweiterungen sind alle Anlagen durch befugte Fachleute auf ihre Betriebssicherheit zu überprüfen.

6. Abschnitt

Wärmetechnische Anforderungen an Heizungsanlagen

§ 22

Betriebsbereitschaftsverluste

(1) Zentralheizgeräte mit mehreren Wärmeerzeugern sind mit Einrichtungen zu versehen, die wasserseitige Wärmeverluste gegenüber Wärmeerzeugern, die nicht in Bereitschaft sind, verhindern.

(2) Wärmeerzeuger sind mit geeigneten Absperreinrichtungen gegen Betriebsbereitschaftsverluste auszurüsten.

§ 23

Steuerung der Wärmeabgabe

Zentralheizgeräte sind mit mindestens einer zentralen, selbsttätig wirkenden Einrichtung auszustatten, die

1. der Beeinflussung der Wärmezufuhr zu den Verbraucherstellen in Abhängigkeiten von einer geeigneten Führungsgröße (zB Außentemperatur) dient und
2. eine zeitabhängige Beeinflussung der Wärmezufuhr zu den Verbraucherstellen ermöglicht.

§ 24

Einbau von Geräten zur Feststellung des Wärmeverbrauches

(1) Bei der Errichtung von gemeinsamen Wärmeversorgungsanlagen in Gebäuden mit mehr als drei Wohn- oder Geschäftseinheiten, für die die Heizkosten auf die Benutzerinnen und die Benutzer der Einheiten aufgeteilt werden, sind Geräte mit ausreichender Genauigkeit zur Feststellung der individuellen Wärmeverbrauchsanteile in den einzelnen Einheiten einzubauen.

(2) Wenn die Wärme von einer Wärmeerzeugungsanlage bezogen wird, die mehrere Wärmeversorgungseinheiten bedient, muss - sofern nicht bei jeder einzelnen Wohn- oder Geschäftseinheit ein geeichter Wärmezähler angebracht ist - zumindest ein geeichter Wärmezähler möglichst in unmittelbarer Nähe der Versorgungseinheit angebracht werden.

7. Abschnitt
Brenn- und Kraftstoffe

§ 25

Zulässige Brenn- und Kraftstoffe

Brenn- oder Kraftstoffe dürfen in Feuerungsanlagen oder Blockheizkraftwerken nur verfeuert werden, wenn sie folgende Anforderungen erfüllen:

Art	Brenn- oder Kraftstoff	technische Anforderungen
Gasförmige fossile Brennstoffe	Erdgas	ÖVGW Richtlinie G 31; Erdgas in Österreich - Gasbeschaffenheit; Ausgabe Mai 2001
	Flüssiggas	ÖNORM C 1301; Flüssiggase für Brennzwecke - Propan, Propen, Butan, Buten und deren Gemische - Anforderungen und Prüfverfahren; Ausgabe Mai 2001
Flüssige fossile Brennstoffe	Heizöl extra leicht schwefelarm (KN Code 27101941)*	ÖNORM C 1109; Flüssige Brennstoffe - Heizöl extra leicht - Gasöl zu Heizzwecken, Anforderungen; Ausgabe Dezember 2006
		Höchstzulässiger Schwefelgehalt: 0,0010%
	Heizöl extra leicht mit biogenen Komponenten	ONR 31115; Flüssige Brennstoffe - Heizöl extra leicht mit biogenen Komponenten - Mindestanforderungen; Ausgabe September 2009
		Höchstzulässiger Schwefelgehalt: 0,20%M
	Heizöl leicht (HL) (KN Code 27101961)**	ÖNORM C 1108; Flüssige Brennstoffe - Rückstandsheizöle, Anforderungen; Ausgabe Mai 2003
		Zulässig nur in neu errichteten Feuerungsanlagen > 400 kW Nennwärmeleistung und bis 1.1.2018 in bestehenden Anlagen > 70 kW Nennwärmeleistung.
		Höchstzulässiger Schwefelgehalt: 0,40%M
	Heizöl mittel (KN Code 27101961)**	ÖNORM C 1108; Flüssige Brennstoffe - Rückstandsheizöle, Anforderungen; Ausgabe Mai 2003
		Zulässig nur in Feuerungsanlagen > 5 MW Brennstoffwärmeleistung
		Höchstzulässiger Schwefelgehalt: 1,00%M
	Heizöl schwer (KN Code 27101961)**	ÖNORM C 1108; Flüssige Brennstoffe - Rückstandsheizöle, Anforderungen; Ausgabe Mai 2003
		Zulässig nur in Feuerungsanlagen > 10 MW Brennstoffwärmeleistung
Feste fossile Brennstoffe	Braun- und Steinkohle, Briketts, Torf und Koks, ausgenommen Petro(l)koks	Der Schwefelgehalt darf 0,30 g/MJ und bei Feuerungsanlagen über 400 kW Nennwärmeleistung 0,20 g/MJ nicht übersteigen (jeweils bezogen auf den Heizwert des Brennstoffs im wasserfreien

		Zustand und den verbrennbaren Anteil des Schwefels).
Standardisierte biogene Brennstoffe	Stückholz und Rinde	ÖNORM M 7132; Energiewirtschaftliche Nutzung von Holz und Rinde als Brennstoff, Begriffsbestimmungen und Merkmale; Ausgabe Juli 1998
	Holzhackgut	ÖNORM M 7133; Holzhackgut für energetische Zwecke, Anforderungen und Prüfbestimmungen; Ausgabe Februar 1998
	Holz- und Rindenpellets	ÖNORM M 7135; Presslinge aus naturbelassenem Holz oder naturbelassener Rinde - Pellets und Briketts, Anforderungen und Prüfbestimmungen; Ausgabe November 2000
	Biogene Heizöle	ÖNORM EN 14213; Heizöle, Fettsäure-Methylester (FAME), Anforderungen und Prüfverfahren; Ausgabe Jänner 2004
	Sonstige	Soweit sie nicht aus Materialien bestehen, die in Folge einer Behandlung mit Holzschutzmitteln oder einer Beschichtung halogenorganische Verbindungen oder Schwermetalle enthalten können. Der Gesamtchlorgehalt dieser Brennstoffe darf 1 500 mg/kg Trockensubstanz nicht übersteigen.
Nicht standardisierte biogene Brenn- und Kraftstoffe	Stroh, Ölsaaten, Pflanzenöle, Biogas, Klärgas, Holzgas, Deponiegas, Reste von Holzwerkstoffen und dgl.	Soweit sie nicht aus Materialien bestehen, die in Folge einer Behandlung mit Holzschutzmitteln oder einer Beschichtung halogenorganische Verbindungen oder Schwermetalle enthalten können. Der Gesamtchlorgehalt dieser Brennstoffe darf 1 500 mg/kg Trockensubstanz nicht übersteigen.
Flüssige fossile Kraftstoffe	Dieselmotorkraftstoff	ÖNORM EN 590; Kraftstoffe für Kraftfahrzeuge - Dieselmotorkraftstoff - Anforderungen und Prüfverfahren; Ausgabe April 2004
Flüssige biogene Kraftstoffe	Biogene Kraftstoffe	ÖNORM EN 14214; Kraftstoffe für Kraftfahrzeuge - Fettsäure-Methylester (FAME) - Anforderungen und Prüfverfahren; Ausgabe November 2003

* Gasöl gemäß Richtlinie 1999/32/EG des Rates vom 26. April 1999

** Schweröl gemäß Richtlinie 1999/32/EG

8. Abschnitt

Emissionsgrenzwerte und Abgasverluste für den Betrieb von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken

§ 26

Allgemeines

(1) Die in diesem Abschnitt angeführten Emissionsgrenzwerte und Abgasverluste für Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerke sind Mittelwerte, die auf die jeweilige Probenahmedauer, die Normbedingungen und den jeweiligen Sauerstoffgehalt bezogen sind. Sie gelten für Abgasmessungen vor Ort.

(2) Die Durchführung der Emissionsmessungen hat nach den anerkannten Regeln der Technik zu erfolgen und ist für jede Schadstoffkomponente bei jenem feuertechnisch stationären Betriebszustand durchzuführen, bei dem die Anlage vorwiegend betrieben wird (zB ÖNORM M 7510, Überprüfung von Heizungsanlagen, Ausgabe 2012 12 15).

§ 27

Feuerungsanlagen mit einer Nennwärmeleistung unter 50 kW

(1) Feuerungsanlagen mit einer Nennwärmeleistung unter 50 kW dürfen je nach Art des Brennstoffes folgende Emissionsgrenzwerte und Abgasverluste nicht überschreiten:

1. Feuerungsanlagen für feste Brennstoffe:

Parameter	händisch beschickt	automatisch beschickt
Abgasverlust (%)	20	19
CO (mg/m ³)	3 500	1 500

Der Grenzwert für CO ist für biogene Brennstoffe auf einen Sauerstoffgehalt von 11%, für fossile Brennstoffe auf einen Sauerstoffgehalt von 6% bezogen.

2. Feuerungsanlagen für flüssige Brennstoffe:

Parameter	Grenzwert
Abgasverlust (%)	10
Rußzahl	1
CO (mg/m ³)	100

Der Grenzwert für CO ist auf einen Sauerstoffgehalt von 3% bezogen.

3. Feuerungsanlagen für gasförmige Brennstoffe:

Parameter	Feuerungsanlagen	Warmwasserbereiter ab 26 kW Nennwärmeleistung
Abgasverlust (%)	10	14
CO (mg/m ³)	100	200

Der Grenzwert für CO ist auf einen Sauerstoffgehalt von 3% bezogen.

(2) Für Feuerungsanlagen, die mit nicht standardisierten biogenen Brennstoffen betrieben werden, gelten für die erstmalige Überprüfung folgende Grenzwerte:

1. Feste biogene Brennstoffe:

Parameter	Grenzwerte
Abgasverlust (%)	19
Staub (mg/m ³)	150
CO (mg/m ³)	800*
OGC (mg/m ³)	50
NO _x (mg/m ³)	500

Die Grenzwerte für CO, NO_x, OGC und Staub sind auf einen Sauerstoffgehalt von 11% bezogen.

* Bei Teillastbetrieb kleiner 50% der Nennwärmeleistung darf der Grenzwert um bis zu 50% überschritten werden.

2. Flüssige biogene Brennstoffe:

Parameter	Grenzwerte
Abgasverlust (%)	10
Rußzahl	1
CO (mg/m ³)	100
NO _x (mg/m ³)	450
SO ₂ (mg/m ³)	170

Die Grenzwerte für CO, NO_x und SO₂ sind jeweils auf einen Sauerstoffgehalt von 3% bezogen. Die SO₂-Konzentration im Abgas kann auch rechnerisch ermittelt werden, wenn geeignete Nachweise über den Schwefelgehalt des Brennstoffes vorliegen.

3. Gasförmige biogene Brennstoffe:

Parameter	Grenzwerte
Abgasverlust (%)	10
CO (mg/m ³)	100
NO _x (mg/m ³)	200

SO ₂ (mg/m ³)	350
--------------------------------------	-----

Die Grenzwerte für CO, NO_x und SO₂ sind jeweils auf einen Sauerstoffgehalt von 3% bezogen.

§ 28

Feuerungsanlagen ab 50 kW Nennwärmeleistung

Für Feuerungsanlagen ab 50 kW Nennwärmeleistung sind die Emissionsgrenzwerte und Abgasverluste der Feuerungsanlagen-Verordnung anzuwenden. Solange und insoweit die Feuerungsanlagen-Verordnung keine Vorgaben für Emissionsgrenzwerte und Abgasverluste für Feuerungsanlagen enthält, die mit biogenen Brennstoffen betrieben werden, gelten die Grenzwerte gemäß § 27 mit folgenden Abweichungen:

1. Die Grenzwerte gemäß § 27 Abs. 2 gelten auch für umfassende wiederkehrende Überprüfungen.
2. Der Grenzwert für Kohlenmonoxid gemäß § 27 Abs. 2 Z 1 darf nur für Feuerungsanlagen bis 100 kW Nennwärmeleistung bei Teillastbetrieb kleiner 50% der Nennwärmeleistung um bis zu 50% überschritten werden.
3. Der höchstzulässige Abgasverlust von 10% gemäß § 27 Abs. 2 Z 2 gilt nur für Feuerungsanlagen für flüssige Brennstoffe MW Brennstoffwärmeleistung.
4. Für Feuerungsanlagen für flüssige biogene Brennstoffe über 3 MW Brennstoffwärmeleistung gelten anstelle der Grenzwerte gemäß § 27 Abs. 2 Z 2 folgende Grenzwerte:

Parameter	Grenzwerte
Rußzahl	1
Staub	50
CO (mg/m ³)	80
NO _x (mg/m ³)	350
SO ₂ (mg/m ³)	170

Die Grenzwerte für CO, NO_x, SO₂ und Staub sind jeweils auf einen Sauerstoffgehalt von 3% bezogen. Die SO₂-Konzentration im Abgas kann auch rechnerisch ermittelt werden, wenn geeignete Nachweise über den Schwefelgehalt des Brennstoffes vorliegen.

§ 29

Blockheizkraftwerke

(1) Blockheizkraftwerke dürfen je nach Art des Brennstoffes folgende Emissionsgrenzwerte nicht überschreiten:

1. Heizöl extra leicht, Dieselmotortreibstoff, Biodiesel, Pflanzenöle:

Parameter	Brennstoffwärmeleistung (MW)		
	bis 0,25	> 0,25 - 2,5	> 2,5
Boschzahl	3	-	-
Staub (mg/m ³)	-	50	30
CO (mg/m ³)	650	250	250
NO _x (mg/m ³)	1 200	400	250

2. Erdgas, Flüssiggas

Parameter	Brennstoffwärmeleistung (MW)	
	bis 2,5	> 2,5
CO (mg/m ³)	200	200
NO _x (mg/m ³)	250	150
NMHC (mg/m ³)	150	50

3. Biogas, Klärgas, Holzgas, Deponiegas:

Parameter	Brennstoffwärmeleistung (MW)	
	bis 0,25	> 0,25
CO (mg/m ³)	1 000*	400*
NO _x (mg/m ³)	1 000	500
NMHC (mg/m ³)	-	150

Die Grenzwerte für CO, NO_x, NMHC und Staub der Z 1 bis 3 sind jeweils auf einen Sauerstoffgehalt von 5% bezogen.

* Für mit Holzgas betriebene Blockheizkraftwerke gilt ein Wert von 1 500 mg/m³.

(2) Ausgenommen von den Anforderungen nach Abs. 1 sind:

1. Blockheizkraftwerke in Objekten, die an keine öffentliche Stromversorgung angeschlossen sind und nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand an eine öffentliche Stromversorgung angeschlossen werden könnten;
2. Blockheizkraftwerke, die nur als Ausfallreserve dienen oder nachweislich nicht mehr als 250 Stunden pro Jahr in Betrieb sind.

9. Abschnitt

Errichtung und Ausstattung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken

§ 30

Errichtung und Ausstattung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken, Meldepflicht, Prüfbuch, Anlagendatenblatt

(1) Von der Betreiberin oder vom Betreiber der Anlage ist spätestens innerhalb von vier Wochen nach Inbetriebnahme der Überwachungsstelle sowie der Behörde schriftlich oder auf elektronischem Wege

1. jede Errichtung,
2. jede Änderung, die für die Verbrennungsgüte von Bedeutung ist, und
3. jeder Austausch einer Feuerungsanlage, eines Blockheizkraftwerkes oder von wesentlichen Teilen davon

zu melden.

Eine schriftliche Ausfertigung dieser Meldung ist auch im Prüfbuch der Betreiberin oder des Betreibers für die Dauer des Bestands der Feuerungsanlage bei dieser aufzubewahren.

(2) Das Prüfbuch gemäß Abs. 1 ist ein Umschlagblatt im Format A3 mit der Aufschrift „Prüfbuch für Heizungsanlagen“. Das Formular „Prüfbuch für Heizungsanlagen“ ist in **Anlage 2.1** festgelegt und im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlicht.

(3) Die schriftliche Meldung gemäß Abs. 1 hat unter Verwendung des Formulars „Anlagendatenblatt Heizungsanlagen“ gemäß **Anlage 2.2** zu erfolgen, welches im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlicht ist. Eine Ausfertigung des ausgefüllten Anlagendatenblatts ist für die Dauer des Bestands der Feuerungsanlage oder des Blockheizkraftwerkes im Prüfbuch aufzubewahren.

(4) Die Überwachungsstelle hat Art und Standort der Anlage sowie Name und Anschrift der Betreiberin oder des Betreibers anhand des Anlagendatenblatts schriftlich oder elektronisch zu erfassen und in die Anlagendatenbank (gemäß § 48 Bgld. HKG) zu übernehmen.

(5) Abs. 1 bis 4 gilt für nicht fangebundene Anlagen sinngemäß.

§ 31

Dimensionierung von Feuerungsanlagen

Zur Gewährleistung einer effizienten Energienutzung sind neue oder zu ändernde zentrale Feuerungsanlagen ab einer Brennstoffwärmeleistung von mindestens 6 kW auf Grund einer Heizlastberechnung zu dimensionieren.

10. Abschnitt

Erstmalige und wiederkehrende Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken

§ 32

Erstmalige und wiederkehrende Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken, Prüfbericht

- (1) Vom Prüforgan ist über das Ergebnis der Überprüfungen gemäß
1. § 25 Bgld. HKG (Erstmalige und wiederkehrende Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken),
 2. § 26 Bgld. HKG (Raumheizgeräte),
 3. § 27 Bgld. HKG (Einfache Überprüfung),
 4. § 28 Bgld. HKG (Umfassende Überprüfung) oder
 5. § 30 Bgld. HKG (Außerordentliche Überprüfung)

je nach Art der Anlage und des verwendeten Brennstoffes ein Prüfbericht entsprechend den im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlichten Formularen zu erstellen (**Anlage 2.3**, **Anlage 2.4** oder **Anlage 2.5**). Der Prüfbericht ist der Betreiberin oder dem Betreiber der Anlage auszuhandigen. Die Betreiberin oder der Betreiber der Anlage hat den Prüfbericht bei der Heizungsanlage im Prüfbuch (**Anlage 2.1**) für die Dauer des Betriebs der Anlage aufzubewahren. Der Prüfbericht ist der Überwachungsstelle, der unabhängigen Kontrollstelle bei der für die Vollziehung dieser Verordnung zuständigen Abteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung und der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen.

(2) Folgende Vorgangsweise zur Berichtigung von fehlerhaften Anlagendatenblättern und Prüfberichten wird festgelegt:

1. Werden in Anlagendatenblättern oder Prüfberichten fehlerhafte Eintragungen festgestellt, hat das Prüforgan, das den fehlerhaften Eintrag festgestellt hat, die Eintragungen zu prüfen und gegebenenfalls die Berichtigung der Eintragung entsprechend dem im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlichten Formular **Anlage 2.7** (Berichtigung fehlerhafter Eintragungen in Anlagendatenblättern und Prüfberichten) durchzuführen. Das ausgefüllte Formular gemäß **Anlage 2.7** Z 1 ist dem berichtigten Anlagendatenblatt oder dem berichtigten Prüfbericht anzuschließen und im Prüfbuch für die Dauer des Bestands der Anlage aufzubewahren.
2. Kann zwischen der Betreiberin oder dem Betreiber der Feuerungsanlage oder des Blockheizkraftwerkes und dem Prüforgan, das den fehlerhaften Eintrag festgestellt hat, keine Einigung erzielt werden, zB
 - a) ob eine Berichtigung erfolgen soll,
 - b) wer die Berichtigung durchführt,
 - c) ob eine neuerliche Abgasmessung erforderlich ist und/oder
 - d) wer die bereits entstandenen und welche weiteren Kosten zu tragen hat,
 kann die Betreiberin oder der Betreiber oder das Prüforgan, das den Fehler festgestellt hat, die Behörde um Entscheidung ersuchen.
3. Zur Feststellung und Dokumentation des Sachverhaltes und der von der Behörde getroffenen Anordnungen kann eine Verhandlung durch die Behörde durchgeführt werden. Die in Z 2 lit. d angeführten Personen sind zu laden. Es ist eine Niederschrift unter Verwendung des Formulars **Anlage 2.7** Z 2 aufzunehmen, das im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlicht ist. Z 1 gilt sinngemäß. Für diesen Verhandlungstermin kann bei Bedarf auch eine außerordentliche Überprüfung gemäß § 30 Bgld. HKG mit Bescheid festgelegt werden. Das ausgefüllte Formular gemäß **Anlage 2.7** Z 2 ist dem berichtigten Anlagendatenblatt oder dem berichtigten Prüfbericht anzuschließen und im Prüfbuch für die Dauer des Bestands der Anlage aufzubewahren.

(3) Der Prüfbericht und die Korrekturen von Anlagendatenblättern und Prüfberichten gemäß Abs. 2 sind vom Prüforgan in die Anlagendatenbank (§ 48 Bgld. HKG) einzugeben. Über Berichtigungen gemäß Abs. 2 ist die Überwachungsstelle und die unabhängige Kontrollstelle zu informieren.

(4) Anlässlich der erstmaligen Überprüfung der Anlage sind in der Anlagendatenbank auch zu erfassen:

1. die Daten über die technische Ausstattung der Heizungsanlage,

2. der zu verwendende Brenn- oder Kraftstoff,
 3. der Wirkungsgrad des Kessels und der Kesseldimensionierung im Verhältnis zum Heizbedarf des Gebäudes sowie
 4. wesentliche Änderungen.
- (5) Die Durchführung der Überprüfungen gemäß Abs. 1 hat im Fall der
1. einfachen und außerordentlichen Überprüfung nach
 - a) ÖNORM M 7510-2, Überprüfung von Heizungsanlagen Teil 2: Einfache Überprüfung von Feuerungsanlagen für flüssige und gasförmige Brennstoffe, Ausgabe 2012 12 15, oder
 - b) ÖNORM M 7510-4, Überprüfung von Heizungsanlagen Teil 4: Einfache Überprüfung von Feuerungsanlagen für feste Brennstoffe, Ausgabe 2012 12 15, und
 2. umfassenden Überprüfung nach
 - a) ÖNORM M 7510-3, Überprüfung von Heizungsanlagen Teil 3: Umfassende Überprüfung von Feuerungsanlagen für flüssige und gasförmige Brennstoffe, Ausgabe 2011 12 01, oder
 - b) ÖNORM M 7510-5, Überprüfung von Heizungsanlagen Teil 5: Umfassende Überprüfung von Feuerungsanlagen für feste Brennstoffe, Ausgabe 2011 12 01,
- zu erfolgen.

§ 33

Außerordentliche Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken, Prüfbericht

(1) Sind beim Betrieb einer Feuerungsanlage oder eines Blockheizkraftwerkes Emissionen gegeben, die Zweifel an der einwandfreien Funktion der Anlage aufkommen lassen, ist die Anlage unverzüglich einer außerordentlichen Überprüfung gemäß § 30 Bgl. HKG durch Prüfberechtigte gemäß § 37 Bgl. HKG zu unterziehen. Zweifel an der einwandfreien Funktion einer Feuerungsanlage oder eines Blockheizkraftwerkes können bei der Behörde auf Grund von Beschwerden oder amtlichen Wahrnehmungen aufkommen oder bekannt werden.

(2) Die Ergebnisse von außerordentlichen Überprüfungen gemäß § 30 Bgl. HKG sind je nach Art der Feuerungsanlage und des verwendeten Brennstoffs im jeweiligen Prüfbericht einzutragen. Die Formulare für die Prüfberichte (**Anlage 2.3**, **Anlage 2.4** und **Anlage 2.5**) sind im Internet unter <http://e-government.bgl.gv.at/formulare> veröffentlicht. Der Prüfbericht ist der Betreiberin oder dem Betreiber der Anlage auszuhändigen. Die Betreiberin oder der Betreiber der Anlage hat den Prüfbericht bei der Anlage im Prüfbuch (**Anlage 2.1**) für die Dauer des Betriebs der Anlage aufzubewahren. Auf Verlangen ist der Prüfbericht der Überwachungsstelle, der unabhängigen Kontrollstelle, der für die Vollziehung dieser Verordnung zuständigen Abteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung oder der zuständigen Behörde vorzulegen.

(3) § 32 Abs. 2 und 3 gilt sinngemäß.

§ 34

Behebung von Mängeln, Prüfbericht

Das Ergebnis der Überprüfungen in den Verfahren zur Behebung von Mängeln der Feuerungsanlage oder des Blockheizkraftwerkes gemäß § 32 Bgl. HKG ist durch das Prüforgan im Prüfbericht gemäß **Anlage 2.3**, **Anlage 2.4** oder **Anlage 2.5** je nach Art der Feuerungsanlage und des verwendeten Brennstoffes einzutragen und in die Anlagendatenbank einzugeben. Die angeführten Formulare sind im Internet unter <http://e-government.bgl.gv.at/formulare> veröffentlicht.

§ 35

Überwachungsstelle, Prüfbericht

(1) Die Überwachungsstelle (§ 33 Bgl. HKG) hat die an sie übermittelten Anlagendatenblätter (**Anlage 2.2**) und Prüfberichte (**Anlage 2.3**, **Anlage 2.4** oder **Anlage 2.5**) in die Anlagendatenbank gemäß § 48 Bgl. HKG zu übernehmen.

(2) Die Betreiberin oder der Betreiber ist von der beabsichtigten Durchführung einer Überprüfung gemäß § 33 Bgl. HKG durch die Überwachungsstelle anlässlich der Kehrtätigkeit rechtzeitig zu verständigen. Überprüfungen außerhalb der Heizperiode sind dabei möglichst zu vermeiden.

(3) Das Ergebnis

1. der Überprüfung betreffend die Feuerungsanlage oder das Blockheizkraftwerk und

2. der Einsichtnahme in das jeweilige Prüfbuch gemäß § 33 Abs. 2 bis 4 Bgld. HKG ist in den Prüfbericht gemäß **Anlage 2.6** einzutragen und in die Anlagendatenbank einzugeben. Das Formular (**Anlage 2.6**) ist im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlicht.

(4) Meldungen von Prüforganen, die gemäß § 32 Abs. 2 Korrekturen von fehlerhaften Eintragungen in Anlagendatenblättern oder in Prüfberichten betreffend Feuerungsanlagen durchgeführt haben (**Anlage 2.7**), sind von der Überwachungsstelle zu prüfen und festzustellen, ob die Richtigstellung auch in der Anlagendatenbank erfolgt ist.

§ 36

Unabhängiges Kontrollsystem für Feuerungsanlagen

(1) Für die Übermittlung der Prüfberichte für Feuerungsanlagen nach Durchführung einer Energieeffizienzprüfung gemäß § 34 Bgld. HKG durch Prüforgane an die unabhängige Kontrollstelle bei der für die Vollziehung dieser Verordnung zuständigen Abteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung kann ein Formular gemäß **Anlage 3** verwendet werden. Das Formular ist im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlicht.

(2) Meldungen von Prüforganen, die gemäß § 32 Abs. 2 oder § 39 Abs. 3 Korrekturen von fehlerhaften Eintragungen in Anlagendatenblättern oder in Prüfberichten betreffend Heizungsanlagen oder Klimaanlage durchgeführt haben (**Anlage 2.7**), sind von der unabhängigen Kontrollstelle dahingehend zu prüfen, ob die Richtigstellung auch in der Anlagendatenbank erfolgt ist.

§ 37

Entgelt für Überprüfungen von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken

(1) Die Verrechnung der im Zuge der erstmaligen und wiederkehrenden Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken gemäß §§ 25 bis 28 Bgld. HKG anfallenden Arbeiten erfolgt nach dem Zeitaufwand je angefangener halber Stunde. Das Entgelt für eine halbe Stunde darf höchstens 18,20 Euro betragen. Bei Heizungsanlagen mit einer Nennwärmeleistung bis 50 kW darf der verrechnete Betrag 36,30 Euro nicht übersteigen.

(2) Für die Kontrolle des Prüfbuches durch die Überwachungsstelle gemäß § 33 Bgld. HKG gebührt ein Entgelt von 5,50 Euro.

(3) In den genannten Beträgen ist die Umsatzsteuer nicht enthalten.

§ 38

Kosten der Behörde für die außerordentliche Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken

Erwachsen der Behörde bei außerordentlichen Überprüfungen gemäß § 30 Bgld. HKG Kosten, sind die Bestimmungen der §§ 75 ff Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 - AVG anzuwenden. Die Vorschreibung der Kosten hat mit Bescheid zu erfolgen.

11. Abschnitt

Überprüfung von Klimaanlage

§ 39

Überprüfung von Klimaanlage, Prüfbuch, Anlagendatenblatt und Prüfbericht

(1) Klimaanlage mit einer Nennleistung von mehr als 12 kW sind von der Betreiberin oder vom Betreiber spätestens vier Wochen nach Inbetriebnahme einer erstmaligen Überprüfung und danach alle drei Jahre einer wiederkehrenden Überprüfung gemäß § 35 Abs. 2 bis 4 Bgld. HKG durch Prüfberechtigte für Klimaanlage gemäß § 37 Bgld. HKG zu unterziehen. Die wiederkehrende Überprüfung kann auch jeweils innerhalb eines Monats vor oder nach dem sich aus diesem Absatz ergebenden spätesten Zeitpunkt erfolgen, ohne dass sich der Termin für die nächste Überprüfung dadurch verschiebt.

(2) Bei der erstmaligen Überprüfung sind vom Prüforgan im „Anlagendatenblatt und Prüfbericht für Klimaanlage“ (**Anlage 4.2**) die Daten über die technische Ausstattung der Klimaanlage, über die Beurteilung des Wirkungsgrads der Anlage und Anlagendimensionierung im Verhältnis zum Kühlbedarf des Gebäudes sowie eventuelle wesentliche Änderungen zu erfassen. Über das Ergebnis der erstmaligen Überprüfung und jeder wiederkehrenden Überprüfung ist vom Prüforgan ein Prüfbericht (**Anlage 4.2**) zu erstellen. Das Anlagendatenblatt und der Prüfbericht sind der Betreiberin oder dem Betreiber der Anlage auszuhändigen. Die Betreiberin oder der Betreiber der Anlage hat das Anlagendatenblatt und den

Prüfbericht für die Klimaanlage für die Dauer des Betriebs der Anlage im „Prüfbuch für Klimaanlagen“ (**Anlage 4.1**) aufzubewahren. Das Anlagendatenblatt und der Prüfbericht über die erstmalige Überprüfung sind der Gemeinde vorzulegen. Auf Verlangen ist der Prüfbericht über die wiederkehrende Überprüfung der unabhängigen Kontrollstelle bei der für die Vollziehung dieser Verordnung zuständigen Abteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung oder der Gemeinde vorzulegen. Die Formblätter **Anlage 4.1** und **Anlage 4.2** sind im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlicht.

(3) Werden in Anlagendatenblättern oder Prüfberichten fehlerhafte Eintragungen festgestellt, ist § 32 Abs. 2 und 3 sinngemäß anzuwenden.

(4) Das Anlagendatenblatt und der Prüfbericht sind vom Prüforgan in der Anlagendatenbank zu erfassen.

§ 40

Behebung von Mängeln, Prüfbericht

(1) Ergeben sich bei der Überprüfung einer Klimaanlage Mängel, sind diese vom Prüforgan im Prüfbericht gemäß § 39 zu vermerken. Das Formular für den Prüfbericht ist in **Anlage 4.2** festgelegt. Das Formular ist im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlicht.

(2) Bei Vorliegen von Mängeln ist vom Prüforgan eine angemessene acht Wochen nicht überschreitende Frist für deren Behebung zu setzen. Das Prüforgan, das die Überprüfung vorgenommen hat, hat nach dem Ablauf der gesetzten Frist zu überprüfen, ob der Mangel behoben worden ist. Das Ergebnis der Überprüfung ist im Prüfbericht einzutragen. Wurde der Mangel nicht oder nicht ordnungsgemäß behoben, so hat das Prüforgan die Behörde davon unverzüglich schriftlich zu verständigen.

(3) § 32 Abs. 5 und 6, Abs. 8 Z 1 und 2 und Abs. 9 Bgld. HKG gilt sinngemäß.

§ 41

Unabhängiges Kontrollsystem für Klimaanlagen

(1) Für die Übermittlung der Prüfberichte für Klimaanlagen nach Durchführung einer Energieeffizienzprüfung gemäß § 35 Abs. 2 Z 6 und Abs. 5 Bgld. HKG durch Prüforgane an die unabhängige Kontrollstelle bei der für die Vollziehung dieser Verordnung zuständigen Abteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung kann ein Formular gemäß **Anlage 3** verwendet werden. Das Formular ist im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlicht.

(2) Meldungen von Prüforganen, die gemäß § 39 Abs. 3 Berichtigungen von fehlerhaften Eintragungen in Anlagendatenblättern oder in Prüfberichten durchgeführt haben (**Anlage 2.7**), sind von der unabhängigen Kontrollstelle dahingehend zu prüfen und festzustellen, ob die Richtigstellung auch in der Anlagendatenbank erfolgt ist.

§ 42

Entgelt für die Überprüfung von Klimaanlagen

Die Höhe des Entgelts für die Überprüfung von Klimaanlagen durch Überprüfungsorgane für Klimaanlagen auf Grund dieser Verordnung kann mit der Betreiberin oder dem Betreiber frei vereinbart werden.

12. Abschnitt

Prüfberechtigte und Prüforgane für Feuerungsanlagen, Blockheizkraftwerke und Klimaanlagen

§ 43

Ansuchen um Eintragung in die Liste der Prüfberechtigten für Feuerungsanlagen, Blockheizkraftwerke und Klimaanlagen, Zuweisung einer Prüfnummer

(1) Die Überprüfungstätigkeit der Prüfberechtigten und Prüforgane gemäß § 37 Bgld. HKG hat in unabhängiger Weise durch qualifizierte und zugelassene Fachleute zu erfolgen.

(2) Personen gemäß § 37 Abs. 1 Z 2 bis 5 Bgld. HKG können unter Nachweis ihrer Kenntnisse gemäß §§ 40 und 41 Bgld. HKG die Eintragung in die Liste der Prüfberechtigten für Heizungsanlagen und Klimaanlagen gemäß § 37 Abs. 2 Bgld. HKG und die gleichzeitige Zuweisung einer Prüfnummer bei der für die Vollziehung dieses Gesetzes zuständigen Abteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung beantragen. Das Ansuchen kann unter Verwendung des Formulars gemäß **Anlage 5**

gestellt werden. Das Formular ist im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlicht. Die Prüfnummer besteht aus der Länderzuordnung, den Buchstaben „BPR“ und einer fortlaufenden Nummer. Die schriftliche Zuweisung der Prüfnummer hat auch das Datum zu enthalten, an dem die Eintragung in die Liste erfolgt ist. Die Berechtigung zur Überprüfung beginnt mit der Zuweisung der Prüfnummer.

(3) Personen, die mit Bescheid gemäß § 20 Bgld. Luftreinhalte- und Heizungsanlagengesetz 1999, Bgld. LHG 1999, LGBl. Nr. 44/2000, oder gemäß § 20 des Burgenländischen Luftreinhalte-, Heizungsanlagen- und Klimaanlagengesetzes 2008 - Bgld. LHKG 2008, LGBl. Nr. 44/2000, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 23/2016, zu Überprüfungsorganen für Heizungsanlagen bestellt wurden, werden bei Vorliegen der Voraussetzungen gemäß § 37 Abs. 4 oder 5 Bgld. HKG auf Antrag in die Liste der Prüfberechtigten für Heizungsanlagen übernommen und es wird eine Prüfnummer zugewiesen. Der Antrag kann unter Verwendung des Formulars gemäß **Anlage 5** gestellt werden. Das Formular ist im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlicht.

(4) Personen, die mit Bescheid gemäß § 20b Bgld. LHKG 2008 zu Überprüfungsorganen für Klimaanlagen bestellt wurden, werden bei Vorliegen der Voraussetzungen gemäß § 37 Abs. 6 Bgld. HKG auf Antrag in die Liste der Prüfberechtigten für Klimaanlagen übernommen und es wird eine Prüfnummer zugewiesen. Der Antrag kann unter Verwendung des Formulars gemäß **Anlage 5** gestellt werden. Das Formular ist im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlicht.

(5) Prüfberechtigte, die in anderen Bundesländern bereits in die Liste der Prüfberechtigten für Heizungsanlagen oder Klimaanlagen eingetragen sind, werden auf Antrag nach Bekanntgabe der Registrierungsnummer ihres Bundeslandes in die burgenländische Liste der Prüfberechtigten gemäß § 37 Abs. 2 Bgld. HKG eingetragen und es wird eine Prüfnummer zugewiesen. Ein schriftlicher Nachweis über die erfolgte Eintragung in die Liste des jeweils anderen Bundeslandes ist dem Antrag anzuschließen. Der Antrag kann unter Verwendung des Formulars gemäß **Anlage 5** gestellt werden. Das Formular ist im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlicht.

(6) Das Amt der Burgenländischen Landesregierung nimmt Einsicht in die der Behörde zur Verfügung stehenden Register, insbesondere durch Abfrage des Melderegisters, Gewerberegisters oder des Firmenbuchs, um die zu beweisenden Tatsachen und Rechtsverhältnisse zB den Vor- und Familiennamen, den Wohnsitz, die Staatsbürgerschaft, die Berufsausbildung oder die berufliche Tätigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers feststellen zu können. Personen, deren oben angeführten Daten in den genannten Registern noch nicht enthalten sind, sind verpflichtet, schriftliche Dokumente (zB Staatsbürgerschaftsnachweis, Meldezettel, Zeugnisse über Berufsausbildungen oder berufliche Tätigkeiten) vorzulegen, die die erforderlichen Tatsachen und Rechtsverhältnisse nachweisen. Den Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, sind beglaubigte deutsche Übersetzungen anzuschließen.

§ 44

Meldung der Beendigung der Prüfungstätigkeit für Feuerungsanlagen, Blockheizkraftwerke oder Klimaanlagen

Prüfberechtigte und Prüforgane für Feuerungsanlagen, Blockheizkraftwerke oder Klimaanlagen gemäß § 37 Bgld. HKG sind verpflichtet, die Beendigung ihrer Tätigkeit bei der für die Vollziehung dieses Gesetzes zuständigen Abteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung ohne unnötigen Aufschub schriftlich mitzuteilen. Die Meldung kann unter Verwendung des Formulars gemäß **Anlage 5** erfolgen. Das Formular ist im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlicht. Die schriftliche Mitteilung der erfolgten Löschung aus der Liste der Prüfberechtigten hat auch das Datum zu enthalten, an dem die Löschung erfolgt ist.

13. Abschnitt

Anforderungen an Prüfberechtigte und Prüforgane für Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerke, Nachweis der Kenntnisse

§ 45

Nachweis der Kenntnisse über Emissions- und Abgasmessungen und Feuerungstechnik

- (1) Als Nachweis der
 1. besonderen Kenntnisse über die Durchführung von Emissions- und Abgasmessungen,
 2. Grundkenntnisse der Feuerungstechnik und Emissionsfragen,

3. besonderen Kenntnisse hinsichtlich Überprüfungen entsprechend den einschlägigen technischen Richtlinien einschließlich der Funktion und Wartungserfordernisse von Messgeräten,
4. einschlägigen Kenntnisse auf dem Gebiet der Energieeffizienz von Heizungsanlagen sowie Grundkenntnisse über die energetische Sanierung von Gebäuden (zB Gebäudebeurteilungskurs) und
5. Grundkenntnisse über einschlägige Rechtsvorschriften

kommen Zeugnisse oder Bestätigungen über die Absolvierung eines Kurses in einer Schulungsstelle gemäß § 40 Abs. 4 Z 2 Bgld. HKG, in dem die Inhalte gemäß Z 1 bis 3 und 5 gelehrt wurden, in Betracht. Die Kursdauer für die Erlangung der Nachweise gemäß Abs. 1 Z 1 bis 3 und 5 muss mindestens 40 Lehreinheiten zu je 45 Minuten betragen. Davon müssen mindestens 6 Lehreinheiten zu je 45 Minuten die Vermittlung von Grundkenntnissen über einschlägige Rechtsvorschriften (§ 47) beinhalten. Die Teilnahme am Kurs und die erfolgreiche Ablegung einer Prüfung über die gelehrteten Inhalte muss mit einem Zeugnis oder einer Bestätigung nachgewiesen werden.

(2) Die Prüfung gemäß Abs. 1 kann bei einer unabhängigen Prüferin oder bei einem unabhängigen Prüfer oder einer Schulungsstelle gemäß § 40 Abs. 4 Bgld. HKG abgelegt werden.

(3) Unabhängige Prüferinnen oder Prüfer gemäß § 40 Abs. 4 Z 1 Bgld. HKG sind bezüglich der Kenntnisse gemäß

1. Abs. 1 Z 1 bis 4 Amtssachverständige für das Heizungswesen beim Amt der Burgenländischen Landesregierung,
2. Abs. 1 Z 5 rechtskundige Bedienstete der für die Vollziehung dieser Verordnung zuständigen Abteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung.

(4) Prüferinnen oder Prüfer einer Schulungsstelle gemäß § 40 Abs. 4 Bgld. HKG müssen Bedienstete oder Vertragspartnerinnen oder Vertragspartner (zB Werkvertrag) der Organisationseinheit sein, die für die Vollziehung dieser Regelung zuständig ist und

1. mindestens eine der in § 48 Abs. 2 bis 4 oder in § 49 Abs. 2 bis 4 angeführten Ausbildungen nachweisen können, wenn sie die Kenntnisse gemäß Abs. 1 Z 1 bis 4 (technische Fachbereiche) prüfen,
2. rechtskundig sein, wenn sie die Kenntnisse gemäß Abs. 1 Z 5 (Grundkenntnisse über Rechtsvorschriften) prüfen.

(5) Die Prüfung muss schriftlich und mündlich in deutscher Sprache ohne Beiziehung einer Dolmetscherin oder eines Dolmetschers abgelegt werden.

§ 46

Nachweis der Kenntnisse über Energieeffizienz von Heizungen und energetische Sanierung von Gebäuden

(1) Als Nachweise der einschlägigen Kenntnisse auf dem Gebiet der Energieeffizienz von Heizungsanlagen sowie Grundkenntnisse über die energetische Sanierung von Gebäuden gemäß § 45 Abs. 1 Z 4 (zB Gebäudebeurteilungskurs) kommen Zeugnisse oder Bestätigungen über die Teilnahme an einem Ausbildungskurs in einer Schulungsstelle gemäß § 40 Abs. 4 Z 2 Bgld. HKG, in dem die Inhalte gemäß Abs. 2 gelehrt wurden, und die erfolgreiche Ablegung einer diesbezüglichen Prüfung in Betracht.

(2) Der Ausbildungskurs muss mindestens folgende Lehrinhalte umfassen:

1. Energieausweise
2. Grundlagen betreffend den Wärmebedarf von Gebäuden (U-Wert Berechnung, Grundlagen der Bauphysik)
3. Heizlastberechnung
4. Heizlastabschätzungsmöglichkeiten
5. Sanierungsempfehlungen.

Die Dauer der Schulung muss mindestens 28 Lehreinheiten zu je 45 Minuten betragen.

(3) § 45 Abs. 1 und 2, Abs. 3 Z 1, Abs. 4 Z 1 und Abs. 5 gilt sinngemäß.

§ 47

Nachweis der Grundkenntnisse über einschlägige Rechtsvorschriften

(1) Als Nachweise der Grundkenntnisse über einschlägige Rechtsvorschriften gemäß Abs. 2 kommen Zeugnisse oder Bestätigungen über

1. die Teilnahme an einem Ausbildungskurs an einer Schulungsstelle gemäß § 40 Abs. 4 Z 2 Bgld. HKG, in dem die Inhalte gemäß Abs. 2 gelehrt wurden, mit einer Kursdauer von mindestens 6 Lehreinheiten zu je 45 Minuten (§ 45 Abs. 1) und
2. die erfolgreiche Ablegung einer Prüfung über die Inhalte gemäß Abs. 2 bei einer unabhängigen Prüferin oder einem unabhängigen Prüfer oder bei einer Schulungsstelle gemäß § 40 Abs. 4 Bgld. HKG

in Betracht.

- (2) Die Grundkenntnis einschlägiger Rechtsvorschriften gemäß § 45 Abs. 1 Z 5 umfasst die Kenntnis
 1. des Bgld. HKG,
 2. der auf Grund des Bgld. HKG erlassenen Verordnungen,
 3. über die Erstellung eines ordnungsgemäßen Überprüfungsbefundes,
 4. betreffend die Vornahme der erforderlichen Eintragungen in das Anlagendatenblatt und das Prüfbuch, sowie
 5. über das schriftliche Verfassen allfälliger Anzeigen an die Behörde auf Grund der genannten Bestimmungen.

(3) Unabhängige Prüferinnen oder Prüfer gemäß § 40 Abs. 4 Z 1 Bgld. HKG sind hinsichtlich der Prüfung der Kenntnisse gemäß Abs. 2 rechtskundige Bedienstete der für die Vollziehung dieser Verordnung zuständigen Abteilung beim Amt der Burgenländischen Landesregierung.

(4) Prüferinnen oder Prüfer einer Schulungsstelle gemäß § 40 Abs. 4 Z 2 Bgld. HKG, die die Kenntnisse gemäß Abs. 2 prüfen, müssen rechtskundige Bedienstete oder Vertragspartnerinnen oder Vertragspartner (zB Werkvertrag) der Organisationseinheit der Schulungsstelle sein, die für die Vollziehung dieser Verordnung zuständig ist.

(5) Die Prüfung muss schriftlich und mündlich in deutscher Sprache ohne Beiziehung einer Dolmetscherin oder eines Dolmetschers abgelegt werden.

§ 48

Nachweis der Kenntnisse für die Prüfung von Heizungsanlagen, die mit festen oder flüssigen Brennstoffen betrieben werden, durch andere Ausbildungen, Zeugnisse oder Bestätigungen als gemäß §§ 45 bis 47

- (1) Kenntnisse über
 1. technische Fachbereiche und Rechtsvorschriften gemäß § 40 Abs. 1 Z 1 bis 5 Bgld. HKG oder
 2. technische Fachbereiche gemäß § 40 Abs. 1 Z 1 bis 4 Bgld. HKG

betreffend Heizungsanlagen, die mit festen oder flüssigen Brennstoffen betrieben werden, werden durch Vorlage der in Abs. 2 bis 4 genannten Unterlagen nachgewiesen.

(2) Für Ziviltechnikerinnen oder Ziviltechniker folgender Fachgebiete werden die Kenntnisse gemäß Abs. 1 Z 1 durch Vorlage geeigneter Zeugnisse oder Bestätigungen über die Ausbildung in diesen Fachbereichen nachgewiesen:

1. Chemie
2. Gas- und Feuerungstechnik
3. Gebäudetechnik
4. Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurwesen im Maschinenbau
5. Mechatronik
6. Physik
7. Technische Chemie
8. Technische Physik
9. Verfahrenstechnik oder
10. gleichwertige Fachgebiete gemäß Abs. 5.

(3) Nach erfolgreicher Ablegung

1. der Lehrabschlussprüfung in folgenden Lehrberufen sind die Kenntnisse gemäß Abs. 1 Z 2 durch Vorlage geeigneter Zeugnisse oder Bestätigungen nachgewiesen:
 - a) Rauchfangkehrerin oder Rauchfangkehrer nach der Rauchfangkehrer/Rauchfangkehrerin-Ausbildungsordnung, BGBl. II Nr. 158/2018,
 - b) Installations- und Gebäudetechnikerin oder Installations- und Gebäudetechniker nach der Installations- und Gebäudetechnik-Ausbildungsordnung, BGBl. II Nr. 63/2008, oder

- c) Hafnerin oder Hafner nach der Hafner/in-Ausbildungsordnung, BGBl. II Nr. 116/2015.
2. der Meisterprüfung in mindestens einem der in Z 1 lit. a bis c angeführten Lehrberufe sind die erforderlichen Kenntnisse gemäß Abs. 1 Z 1 durch die Vorlage eines entsprechenden Meisterprüfungszeugnisses jedenfalls nachgewiesen.
- (4) Ingenieurinnen oder Ingenieure für die nachfolgend angeführten Fachbereiche weisen mit geeigneten Zeugnissen oder Unterlagen das Vorliegen der Kenntnisse gemäß Abs. 1 Z 1 nach:
1. Bauphysik
 2. Gebäudetechnik
 3. Installationstechnik
 4. Maschinenbau
 5. Mess-, Steuer- und Regeltechnik
 6. Physikalische Messtechnik
 7. Technische Chemie
 8. Technische Physik
 9. Technischer Umweltschutz
 10. Verfahrenstechnik
 11. Wirtschaftsingenieurwesen im Maschinenbau
 12. Wirtschaftsingenieurwesen in der Technischen Chemie oder
 13. Mechatronik für Maschinen- und Fertigungstechnik.
- (5) Die Nachweise über die erforderlichen Kenntnisse gemäß Abs. 1 können auch durch andere Zeugnisse und Ausbildungsnachweise als gemäß Abs. 2 bis 4 erbracht werden, wenn diese von der Landesregierung als gleichwertig anerkannt werden.

§ 49

Nachweis der Kenntnisse für die Prüfung von Heizungsanlagen, die mit gasförmigen Brennstoffen betrieben werden, durch andere Ausbildungen, Zeugnisse oder Bestätigungen als gemäß §§ 45 bis 47

- (1) Kenntnisse über
1. technische Fachbereiche und Rechtsvorschriften gemäß § 40 Abs. 1 Z 1 bis 5 Bgld. HKG oder
 2. technische Fachbereiche gemäß § 40 Abs. 1 Z 1 bis 4 Bgld. HKG
- betreffend Heizungsanlagen, die mit gasförmigen Brennstoffen betrieben werden, werden durch Vorlage der in Abs. 2 bis 4 genannten Unterlagen nachgewiesen.
- (2) Für Ziviltechnikerinnen oder Ziviltechniker folgender Fachgebiete werden die Kenntnisse gemäß Abs. 1 Z 1 durch Vorlage geeigneter Zeugnisse oder Bestätigungen über die Ausbildung in diesen Fachbereichen nachgewiesen:
1. Gas- und Feuerungstechnik oder
 2. Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurwesen im Maschinenbau oder
 3. gleichwertige Fachgebiete gemäß Abs. 5.
- (3) Nach erfolgreicher Ablegung
1. der Lehrabschlussprüfung in folgenden Lehrberufen sind die Kenntnisse gemäß Abs. 1 Z 2 durch Vorlage geeigneter Zeugnisse oder Bestätigungen nachgewiesen:
 - a) Rauchfangkehrerin oder Rauchfangkehrer nach der Rauchfangkehrer/Rauchfangkehrerin-Ausbildungsordnung, BGBl. II Nr. 158/2018, oder
 - b) Installations- und Gebäudetechnikerin oder Installations- und Gebäudetechniker nach der Installations- und Gebäudetechnik-Ausbildungsordnung, BGBl. II Nr. 63/2008.
 2. der Meisterprüfung in mindestens einem der in Z 1 lit. a und b angeführten Lehrberufe sind die erforderlichen Kenntnisse gemäß Abs. 1 Z 1 durch die Vorlage eines entsprechenden Meisterprüfungszeugnisses jedenfalls nachgewiesen.
- (4) Ingenieurinnen oder Ingenieure für die Fachbereiche gemäß § 48 Abs. 4 weisen mit geeigneten Zeugnissen oder Unterlagen das Vorliegen der Kenntnisse gemäß Abs. 1 Z 1 nach.
- (5) Die Nachweise über die erforderlichen Kenntnisse gemäß Abs. 1 können auch durch andere Zeugnisse und Ausbildungsnachweise als gemäß Abs. 2 bis 4 erbracht werden, wenn diese von der Landesregierung als gleichwertig anerkannt werden.

14. Abschnitt

Nachweis der Kenntnisse durch Ablegung einer Prüfung durch eine unabhängige Prüferin oder einen unabhängigen Prüfer

§ 50

Prüfung durch eine unabhängige Prüferin oder einen unabhängigen Prüfer, Allgemeines

(1) Die Prüfung durch eine unabhängige Prüferin oder einen unabhängigen Prüfer aus der für die Vollziehung dieser Verordnung zuständigen Abteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung ist gemäß den Bestimmungen dieses Abschnittes durchzuführen.

(2) Die Prüfung umfasst entweder alle oder einzelne Fachbereiche gemäß § 40 Abs. 1 Z 1 bis 5 Bgld. HKG. Im Ansuchen um Zulassung zur Prüfung ist anzuführen, welche Fachbereiche gemäß § 40 Abs. 1 Bgld. HKG Gegenstand der Prüfung sind. Die erforderlichen Kenntnisse in den anderen Fachbereichen sind durch geeignete schriftliche Unterlagen gemäß §§ 45 bis 49 nachzuweisen.

§ 51

Prüfungsvorgang

(1) Der Prüfungskandidatin oder dem Prüfungskandidaten sind je nach dem Umfang der zu prüfenden Fachbereiche Aufgaben gemäß § 40 Abs. 1 Z 1 bis 5 Bgld. HKG schriftlich zu stellen und ihr oder ihm eine Vorbereitungszeit von mindestens 15 Minuten einzuräumen. Die Aufgaben sind der Prüfungskandidatin oder dem Prüfungskandidaten allgemein verständlich zu stellen. Die zulässigen Arbeitsbehelfe zur Vorbereitung sind bekannt zu geben. Auf die Folgen der Verwendung unzulässiger Arbeitsbehelfe (Abs. 4) ist hinzuweisen.

(2) Nach Ablauf der Vorbereitungszeit gemäß Abs. 1 ist die Prüfung in Form eines Fachgesprächs anhand der der Kandidatin oder dem Kandidaten schriftlich gestellten Aufgaben nach den folgenden Vorgaben durchzuführen:

1. Sofern rechtliche und technische Themenbereiche gemäß § 40 Abs. 1 Z 1 bis 5 Bgld. HKG geprüft werden, ist das Fachgespräch mit einer Prüfungskommission aus der mit der Vollziehung des Bgld. HKG und dieser Verordnung betrauten Abteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung bestehend aus einer oder einem rechtskundigen Bediensteten dieser Abteilung sowie aus einer oder einem Amtssachverständigen für das Heizungswesen zu führen.
2. Werden nur die Fachbereiche gemäß § 40 Abs. 1 Z 1 bis 4 Bgld. HKG (technische Themen) geprüft, ist das Fachgespräch nur mit einer oder einem Amtssachverständigen für das Heizungswesen zu führen.
3. Wird ausschließlich der Fachbereich gemäß § 40 Abs. 1 Z 5 Bgld. HKG „Grundkenntnisse über die einschlägigen Rechtsvorschriften“ geprüft, ist das Fachgespräch nur mit einer oder einem rechtskundigen Bediensteten der für die Vollziehung des Bgld. HKG und dieser Verordnung zuständigen Abteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung zu führen.

(3) Das Fachgespräch gemäß Abs. 2 Z 1 soll in der Regel etwa 30 Minuten, jedenfalls nicht länger als 60 Minuten dauern. Teilprüfungen gemäß Abs. 2 Z 2 oder 3 sollen nicht länger als 30 Minuten dauern.

(4) Wenn eine Kandidatin oder ein Kandidat versucht, den Prüfungserfolg durch Verwendung unzulässiger Arbeitsbehelfe zu beeinflussen, ist sie oder er von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden oder von der Person, die die Vorbereitung auf das Fachgespräch beaufsichtigt, oder von der Prüferin oder dem Prüfer zu verwarnen. Bei Ordnungsverstößen, die die Weiterführung der Prüfung behindern, oder nach mehrmaliger Verwarnung hat die Prüfungskommission oder die Prüferin oder der Prüfer unter Berücksichtigung der Art der Ordnungsverstöße und der Verwarnungen über den Ausschluss von der weiteren Prüfung zu beschließen, gegebenenfalls den Ausschluss von der weiteren Prüfung anzuordnen und festzulegen, ab wann die Kandidatin oder der Kandidat neuerlich zur Prüfung antreten darf.

§ 52

Prüfungstermine

(1) Es ist jährlich mindestens ein Termin für die Abhaltung einer Prüfung festzusetzen.

(2) Der Prüfungstermin ist im Internet unter <https://www.burgenland.at/luft/> kundzumachen.

(3) Solange die Durchführung einer Prüfung gemäß § 45 (Nachweis der Kenntnisse über Emissions- und Abgasmessung und Feuerungstechnik) beim Amt der Burgenländischen Landesregierung aus

technischen Gründen nicht möglich ist, ist ein diesbezüglicher Hinweis bei der Ausschreibung der Prüfungstermine im Internet anzuführen.

§ 53

Zulassung zur Prüfung

Zur Prüfung ist zuzulassen, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat und eine mindestens einjährige facheinschlägige Praxis bei einer Rauchfangkehrerin oder bei einem Rauchfangkehrer oder in einem Gewerbebetrieb, der nach den gewerberechtlichen Vorschriften zur Errichtung, Änderung und Instandhaltung von Heizungsanlagen oder zur Durchführung von Untersuchungen, Überprüfungen und Messungen von Heizungsanlagen befugt ist, nachweist und vertrauenswürdig ist.

§ 54

Ansuchen um Zulassung zur Prüfung

(1) Die Prüfungswerberin oder der Prüfungswerber hat das Ansuchen um Zulassung zur Prüfung spätestens sechs Wochen vor dem festgelegten Prüfungstermin bei der Landesregierung einzubringen. Im Ansuchen ist anzuführen, welche/r Fachbereich/e gemäß § 40 Abs. 1 Z 1 bis 5 Bgld. HKG Prüfungsgegenstand ist/sind.

(2) Für das Ansuchen um Zulassung zur Prüfung kann das Formular nach dem Muster der **Anlage 6** verwendet werden. Das Formular ist im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlicht.

(3) Dem Ansuchen um Zulassung sind anzuschließen:

1. der Nachweis über eine mindestens einjährige facheinschlägige Praxis,
2. der Nachweis über ein bestehendes Dienstverhältnis,
3. der Nachweis der Kenntnisse durch bereits vorliegende Zeugnisse und Bestätigungen gemäß §§ 45 bis 49 der Fachbereiche gemäß § 40 Abs. 1 Z 1 bis 5 Bgld. HKG, die nicht mehr geprüft werden müssen, und
4. der Nachweis der Entrichtung der Prüfungsgebühr.

(4) Den Unterlagen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, sind beglaubigte deutsche Übersetzungen anzuschließen.

(5) Das Amt der Burgenländischen Landesregierung nimmt Einsicht in die der Behörde zur Verfügung stehenden Register, insbesondere durch Abfrage des Melderegisters, Gewerberegisters oder des Firmenbuchs, um die zu beweisenden Tatsachen und Rechtsverhältnisse zB den Vor- und Familiennamen, den Wohnsitz, die Staatsbürgerschaft, die Berufsausbildung oder die berufliche Tätigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers feststellen zu können. Personen, deren oben angeführten Daten in den genannten Registern noch nicht enthalten sind, sind verpflichtet, schriftliche Dokumente (zB Staatsbürgerschaftsnachweis, Meldezettel, Zeugnisse über Berufsausbildungen oder berufliche Tätigkeiten) vorzulegen, die die erforderlichen Tatsachen und Rechtsverhältnisse nachweisen. Den Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, sind beglaubigte deutsche Übersetzungen anzuschließen.

§ 55

Einladung zur Prüfung

Wenn die Prüfungswerberin oder der Prüfungswerber zur Prüfung zugelassen wird, so ist sie oder er rechtzeitig schriftlich zur Prüfung einzuladen. In der Einladung sind Zeit und Ort der Prüfung, die Fachbereiche der Prüfung sowie jene Unterlagen anzuführen, die sie oder er für die Prüfung mitzubringen hat.

§ 56

Prüfungsgebühren

(1) Die Prüfungswerberin oder der Prüfungswerber hat als Kostenbeitrag zur Durchführung der Prüfung eine Prüfungsgebühr zu entrichten.

(2) Die Höhe der Prüfungsgebühr beträgt 73 Euro.

§ 57

Entschädigung und Verwaltungsaufwand

Die Prüfungsstelle hat bei Durchführung der Prüfung

1. während der Dienstzeit der Prüfungskommission 25% der Prüfungsgebühren zu gleichen Teilen an die Mitglieder der Prüfungskommission als angemessene Entschädigung zu entrichten. Die verbleibenden 75% sind zur Abdeckung des durch die Abhaltung der Prüfung entstandenen sonstigen besonderen Verwaltungsaufwandes zu verwenden;
2. außerhalb der Dienstzeit der Prüfungskommission 80% der Prüfungsgebühren zu gleichen Teilen an die Mitglieder der Prüfungskommission als angemessene Entschädigung zu entrichten. Die verbleibenden 20% sind zur Abdeckung des durch die Abhaltung der Prüfung entstandenen sonstigen besonderen Verwaltungsaufwandes zu verwenden.

§ 58

Rückerstattung der Prüfungsgebühr

Die Prüfungsgebühr ist der Prüfungswerberin oder dem Prüfungswerber zur Gänze zurückzuerstatten, wenn die Prüfungswerberin oder der Prüfungswerber

1. zur Prüfung nicht zugelassen wird oder
2. spätestens drei Wochen vor dem Prüfungstermin die Bekanntgabe ihres oder seines Rücktritts zur Post gibt oder
3. nachweist, dass sie oder er an der termingemäßen Ablegung der Prüfung ohne ihr oder sein Verschulden verhindert war.

§ 59

Zeugnis

Die oder der Vorsitzende oder die Prüferin oder der Prüfer hat der Prüfungswerberin oder dem Prüfungswerber das Prüfungsergebnis mündlich mitzuteilen und bei bestandener Prüfung ein Zeugnis nach dem Muster der **Anlage 7** auszustellen und zu übergeben. Im Zeugnis ist anzuführen, ob bei der Prüfung die technischen Fachbereiche (§§ 45 und 46) und/oder die Kenntnis über Rechtsvorschriften (§ 47) geprüft und bestanden wurden.

§ 60

Wiederholungsprüfung

- (1) Sofern Prüfungsgegenstände sowohl technische Fachbereiche (§§ 45 und 46) als auch Rechtsvorschriften (§ 47) waren und einer dieser Teilbereiche nicht bestanden wurde, muss der bestandene Teilbereich bei der Wiederholungsprüfung nicht nochmals geprüft werden.
- (2) Eine nicht bestandene Prüfung darf frühestens nach sechs Wochen wiederholt werden. Die Wiederholung der Prüfung ist dreimal zulässig.

15. Abschnitt

Anforderungen an Prüfberechtigte und Prüforgane für Klimaanlageanlagen, Nachweise

§ 61

Nachweis der Anforderungen an Prüfberechtigte und Prüforgane für Klimaanlageanlagen

- (1) Die Überprüfungstätigkeit der Prüfberechtigten und Prüforgane für Klimaanlageanlagen gemäß § 37 Bgld. HKG hat in unabhängiger Weise durch qualifizierte und/oder zugelassene Fachleute zu erfolgen. Klimaanlageanlagen, die der Kälteanlagenverordnung unterliegen, dürfen nur von befugten fachkundigen Personen gemäß Kälteanlagenverordnung errichtet und überprüft werden.
- (2) Über die erforderlichen Kenntnisse gemäß § 41 Bgld. HKG verfügen Personen oder Bedienstete nachfolgend angeführter Stellen durch Vorlage folgender Zeugnisse oder Bestätigungen:
 1. Zeugnis über die erfolgreiche Ablegung der Lehrabschlussprüfung in mindestens einem der nachfolgend angeführten Lehrberufe:
 - a) Heizungstechnik oder Lüftungstechnik (§ 94 Z 31 GewO 1994),
 - b) Kälte- und Klimatechnik (§ 94 Z 37 GewO 1994),
 2. Meisterprüfungszeugnis über mindestens einen der in Z 1 lit. a und b angeführten Lehrberufe,
 3. Bestätigung über mindestens eine Befugnis als Ziviltechnikerin oder Ziviltechniker gemäß § 48 Abs. 2 oder § 49 Abs. 2,

4. Bestätigung über mindestens eine Befugnis betreffend den fachlichen Umfang der Akkreditierung einer akkreditierten oder benannten Stelle gemäß § 48 Abs. 2 oder 4, oder § 49 Abs. 2 oder 4 oder

5. Bestätigung über mindestens eine Befugnis als Ingenieurin oder Ingenieur in den Fachbereichen gemäß § 48 Abs. 4 oder § 49 Abs. 4.

(3) Soweit der Nachweis der erforderlichen Kenntnisse nicht durch Befugnisse oder Zeugnisse nach Abs. 2 erbracht werden kann, ist er durch Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstige Befähigungsnachweise zu erbringen, wenn durch sie der Abschluss einer gleichartigen Ausbildung an einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Niveau nachgewiesen wird.

(4) § 40 Abs. 5 bis 8 Bgld. HKG gilt sinngemäß.

(5) Die Bestimmungen zur Gleichstellung und Anerkennung ausländischer Ausbildungen gemäß §§ 42 und 43 Bgld. HKG gelten sinngemäß.

16. Abschnitt

Sonderbestimmungen für mittelgroße Feuerungsanlagen

§ 62

Geltungsbereich

Für Feuerungsanlagen mit einer Brennstoffwärmeleistung von mindestens 0,1 MW und weniger als 50 MW, die sich nicht in gewerblichen Betriebsanlagen befinden, sind die Bestimmungen der FAV 2019, sinngemäß anzuwenden. Feuerungsanlagen mit einer Nennwärmeleistung von 50 kW bis zu einer Brennstoffwärmeleistung von 1 MW und weniger als 50 MW werden im folgenden Text als „mittelgroße Feuerungsanlagen“ bezeichnet.

§ 63

Vermerk der Registrierung im Anlagendatenblatt

Bei mittelgroßen Feuerungsanlagen ist im Anlagendatenblatt (**Anlage 2.2**) anzugeben, ob die Registrierung gemäß § 45 Bgld. HKG

1. im Onlineregister www.edm.gv.at erfolgt ist, oder

2. auf Grund welcher bundesrechtlichen Verpflichtung die Anlage registriert worden ist.

Die Betreiberin oder der Betreiber der Anlage hat den schriftlichen Nachweis der Registrierung für die Dauer des Betriebes der Anlage im Prüfbuch (**Anlage 2.1**) aufzubewahren. Die Formulare **Anlage 2.1** und **Anlage 2.2** sind im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlicht.

§ 64

Emissionsgrenzwerte für mittelgroße Feuerungsanlagen

(1) Auf Feuerungsanlagen gemäß § 62 sind die in der **Anlage 8** festgelegten Emissionsgrenzwerte und Abgasverluste sinngemäß anzuwenden. Für die Ermittlung der Abgasverluste ist die FAV 2019 sinngemäß anzuwenden.

(2) Für Feuerungsanlagen mit einer Brennstoffwärmeleistung von mindestens 50 MW sind die Emissionsvorschriften im Sinne des EG-K 2013 anzuwenden.

(3) Überschreitungen der in **Anlage 8** festgelegten Emissionsgrenzwerte hat die Behörde auf Antrag mit Bescheid zuzulassen, wenn und soweit die Voraussetzungen des § 9 Abs. 1 Z 1 bis 3 FAV 2019 vorliegen. § 9 FAV 2019 gilt sinngemäß. In jedem Fall hat die Behörde sicherzustellen, dass keine erheblichen Umweltverschmutzungen verursacht werden und ein hohes Schutzniveau für die Umwelt insgesamt erreicht wird.

§ 65

Grenzwernermittlung bei Verwendung mehrerer Brennstoffe

(1) Werden in einer Feuerungsanlage gleichzeitig zwei oder mehr Brennstoffe verwendet, so ist der Emissionsgrenzwert für jeden Schadstoff nach den folgenden Rechenschritten, in der Reihenfolge von Z 1 bis 3, zu berechnen:

1. Bestimmung des Emissionsgrenzwerts für jeden einzelnen Brennstoff nach Maßgabe der **Anlage 8**;

2. Ermittlung der gewichteten Emissionsgrenzwerte für die einzelnen Brennstoffe; diese Werte erhält man, indem man die einzelnen Emissionsgrenzwerte nach Z 1 mit der Brennstoffwärmeleistung der einzelnen Brennstoffe multipliziert und das Produkt durch die Summe der Brennstoffwärmeleistungen aller Brennstoffe dividiert;
3. Addition der gewichteten Emissionsgrenzwerte für die einzelnen Brennstoffe unter Berücksichtigung des jeweiligen Bezugssauerstoffgehalts.

Die gemäß Z 1 bis 3 vorzunehmende Berechnung kann auch durch folgende Mischungsformel dargestellt werden:

$$\begin{aligned}
 \text{EGW}_{\text{tot}} = & \text{EGW}_{\text{BS1}} \times \frac{\text{BWL}_{\text{BS1}}}{\text{BWL}_{\text{tot}}} + \text{EGW}_{\text{BS2}} \times \frac{\text{BWL}_{\text{BS2}} \times (21 - \text{O}_{2, \text{BS1}})}{\text{BWL}_{\text{tot}} \times (21 - \text{O}_{2, \text{BS2}})} + \text{EGW}_{\text{BSn}} \\
 & \times \frac{\text{BWL}_{\text{BSn}} \times (21 - \text{O}_{2, \text{BS1}})}{\text{BWL}_{\text{tot}} \times (21 - \text{O}_{2, \text{BSn}})}
 \end{aligned}$$

Legende:

EGW_{tot} ...Emissionsgrenzwert der Feuerungsanlage

EGW_{BS1} ...Emissionsgrenzwert Brennstoff 1 unter Maßgabe der gesamten Brennstoffwärmeleistung (Summe der Brennstoffwärmeleistungen aller eingesetzten Brennstoffe)

BS1 ...Brennstoff 1

BWL_{BS1} ...Brennstoffwärmeleistung Brennstoff 1

BWL_{tot} ...Summe der BWL aller eingesetzten BS

EGW_{BS2} ...Emissionsgrenzwert Brennstoff 2 unter Maßgabe der gesamten Brennstoffwärmeleistung (Summe der Brennstoffwärmeleistungen aller eingesetzten Brennstoffe)

BS2 ...Brennstoff 2

BWL_{BS2} ...Brennstoffwärmeleistung Brennstoff 2

$\text{O}_{2, \text{BS1}}$...Bezugssauerstoffgehalt für Brennstoff 1 in Prozent

$\text{O}_{2, \text{BS2}}$...Bezugssauerstoffgehalt für Brennstoff 2 in Prozent

n...Platzhalter.

Für jeden weiteren Brennstoff ist jeweils ein vollständiger Additionsterm hinzuzufügen.

(2) Abweichend von Abs. 1 darf bei Mischfeuerungsanlagen mit einer Brennstoffwärmeleistung von weniger als 1 MW der Emissionsgrenzwert entsprechend jenem Brennstoff bestimmt werden, der in einem Kalendermonat mindestens 80% der Brennstoffwärmeleistung der Feuerungsanlage erbringt.

§ 66

Überwachung, wiederkehrende Überprüfung und Bewertung von mittelgroßen Feuerungsanlagen

(1) Die Einhaltung der Emissionsgrenzwerte gemäß § 64 (**Anlage 8**) ist von der Betreiberin oder vom Betreiber gemäß **Anlage 9** Teil 1 (Überwachung der Emissionen durch den Anlageninhaber) zu überwachen.

(2) Wiederkehrende Überprüfungen sind mindestens in folgenden Zeitabständen durchzuführen:

1. bei mittelgroßen Feuerungsanlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von mindestens 1 MW und höchstens 20 MW mindestens alle drei Jahre,
2. bei mittelgroßen Feuerungsanlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von mehr als 20 MW jährlich.

(3) §§ 13 und 14 FAV 2019 sind sinngemäß anzuwenden.

(4) Erstmalige und wiederkehrende Überprüfungen gemäß §§ 13 und 14 FAV 2019 sind erstmaligen und wiederkehrenden Überprüfungen gemäß §§ 25 bis 30 Bgl. HKG und gemäß §§ 32 bis 38 dieser Verordnung gleichzuhalten.

§ 67

Pflichten der Betreiberin oder des Betreibers mittelgroßer Feuerungsanlagen

(1) Die Betreiberin oder der Betreiber hat die Emissionen gemäß **Anlage 9** Teil 2 (Messung und Auswertung) zu überwachen und dazu Prüfberechtigte gemäß § 68 zu beauftragen.

(2) Für die Überwachung von mittelgroßen Feuerungsanlagen, in denen mehrere Brennstoffe verwendet werden, müssen die Emissionen während der Verfeuerung des Brennstoffes oder des Brennstoffgemisches, bei dem die höchste Emissionsmenge zu erwarten ist, über einen für normale Betriebsbedingungen repräsentativen Zeitraum gemessen werden.

(3) Die Betreiberin oder der Betreiber muss die Überwachungsergebnisse so aufzeichnen und verarbeiten, dass die Einhaltung der Emissionsgrenzwerte und Abgasverluste gemäß **Anlage 9** Teil 2 überprüft werden kann.

§ 68

Qualifikation der Prüfberechtigten für mittelgroße Feuerungsanlagen

(1) Als Prüfberechtigte kommen Personen in Betracht, die die Voraussetzungen des § 34 EG-K 2013 erfüllen. §§ 37 bis 43 Bgld. HKG (Prüfberechtigte für Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerke) und der 12. und 13. Abschnitt dieser Verordnung (Prüfberechtigte, Anforderungen und Nachweise) sind sinngemäß anzuwenden.

(2) §§ 12 und 13 Abs. 4 FAV 2019 sind sinngemäß anzuwenden.

17. Abschnitt

Schlussbestimmungen

§ 69

Behörde

Für Feuerungsanlagen gemäß § 62 ist die Bezirksverwaltungsbehörde Behörde im Sinne dieser Verordnung.

§ 70

Verweisungen

(1) Soweit in dieser Verordnung auf Landesgesetze verwiesen wird, sind diese in ihrer jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

(2) Soweit in dieser Verordnung auf bundesrechtliche Regelungen verwiesen wird, sind diese in der nachstehend angeführten Fassung anzuwenden:

1. Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen - EG-K 2013, BGBl. I Nr. 127/2013, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 81/2015;
2. Gewerbeordnung 1994 - GewO 1994, BGBl. Nr. 194/1994, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 112/2018;
3. Feuerungsanlagen-Verordnung 2019 - FAV 2019, BGBl. II Nr. 293/2019;
4. Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 - AVG, BGBl. Nr. 51/1991, in der Fassung des Bundesgesetzes, BGBl. I Nr. 58/2018;
5. Kälteanlagenverordnung, BGBl. Nr. 305/1969, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 450/1994;
6. Immissionsschutzgesetz-Luft - IG-L, BGBl. I Nr. 115/1997, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 73/2018;
7. Normengesetz 2016 - NormG 2016, BGBl. I Nr. 153/2015;
8. Abfallverbrennungsverordnung - AVV, BGBl. II Nr. 389/2002, in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 135/2013.

§ 71

Umsetzungshinweise

(1) Durch diese Verordnung werden folgende Richtlinien umgesetzt:

1. Richtlinie 2003/109/EG betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen, ABl. Nr. L 16 vom 23.01.2004 S. 44, in der Fassung der Richtlinie 2011/51/EU, ABl. Nr. L 132 vom 19.05.2011 S. 1;
2. Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, ABl. Nr. L 158 vom 30.04.2004 S. 77;

3. Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, ABl. Nr. L 255 vom 30.09.2005 S. 22, in der Fassung der Richtlinie 2013/55/EU, ABl. Nr. L 354 vom 28.12.2013 S. 132;
 4. Richtlinie 2006/123/EG über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. Nr. L 376 vom 27.12.2006 S. 36;
 5. Beschluss Nr. 768/2008/EG über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für die Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung des Beschlusses 93/465/EWG, ABl. Nr. L 218 vom 13.08.2008 S. 82;
 - 5a. Richtlinie 2009/72/EG über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/54/EG, ABl. Nr. L 211 vom 14.08.2009 S. 55;
 6. Richtlinie 2009/125/EG zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte, ABl. Nr. L 285 vom 31.10.2009 S. 10;
 7. Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, ABl. Nr. L 153 vom 18.06.2010 S. 13;
 8. Richtlinie 2011/95/EU über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes, ABl. Nr. L 337 vom 20.12.2011 S. 9;
 9. Richtlinie 2011/98/EU über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, ABl. Nr. L 343 vom 23.12.2011 S. 1;
 10. Richtlinie 2015/2193/EU zur Begrenzung der Emissionen bestimmter Schadstoffe aus mittelgroßen Feuerungsanlagen in die Luft, ABl. Nr. L 313 vom 28.11.2015 S. 1 und
 11. Richtlinie 2016/802/EU über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe, ABl. Nr. L 132 vom 21.05.2016 S. 58.
- (2) Mit dieser Verordnung werden folgende Verordnungen durchgeführt:
1. Verordnung 813/2013/EU zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG zur Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Raumheizgeräten und Kombiheizgeräten, ABl. Nr. L 239 vom 02.08.2013 S. 136;
 2. Verordnung 814/2013/EU zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG zur Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Warmwasserbereitern und Warmwasserspeichern, ABl. Nr. L 239 vom 02.08.2013 S. 162;
 3. Verordnung 2015/1185/EU zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG zur Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Festbrennstoff-Einzelraumheizgeräten, ABl. Nr. L 193 vom 24.04.2015 S. 1;
 4. Verordnung 2015/1188/EU zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG zur Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Einzelraumheizgeräten, ABl. Nr. L 193 vom 28.04.2015 S. 76;
 5. Verordnung 2015/1189/EU zur Durchführung der Richtlinie 2009/125/EG zur Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung von Festbrennstoffkesseln, ABl. Nr. L 193 vom 28.04.2015 S. 100;
 6. Verordnung 2016/426/EU über Geräte zur Verbrennung gasförmiger Brennstoffe und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/142/EG, ABl. Nr. L 81 vom 31.03.2016 S. 99;
 7. Verordnung 2016/679/EU zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung), ABl. Nr. L 119 vom 04.05.2016 S. 1 und
 8. Verordnung 2017/1369/EU zur Festlegung eines Rahmens für die Energieverbrauchskennzeichnung und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/30/EU, ABl. Nr. L 198 vom 28.07.2017 S. 1.

§ 72

Übergangsbestimmungen

(1) Die Bestätigung gemäß § 20 Abs. 7 Bgld. LHKG 2008 (Ausweis der Überprüfungsorgane als Nachweis der Prüfberechtigung) gilt so lange die Prüfbefugnis besteht. Spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Bgld. HKG erlischt die Gültigkeit aller Bestätigungen. Die Bestätigungen sind an die für

die Vollziehung dieser Verordnung zuständige Abteilung des Amtes der Burgenländischen Landesregierung zurückzusenden.

(2) Für Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerke gemäß § 25 Bgld. HKG und Klimaanlageanlagen gemäß § 35 Bgld. HKG, die bei Inkrafttreten des Bgld. HKG bereits errichtet und/oder in Betrieb waren, ist anlässlich der erstmaligen Überprüfung vom Prüforgan ein Anlagendatenblatt gemäß **Anlage 2.2** oder **Anlage 4.2** auszufüllen und an die Behörde und die Überwachungsstelle zu übermitteln. Eine Ausfertigung des Anlagendatenblattes ist der Betreiberin oder dem Betreiber zu übergeben und von dieser oder diesem im Prüfbuch (**Anlage 2.1** oder **Anlage 4.1**) für die Dauer des Bestandes der Anlage aufzubewahren. Die Formulare „Anlagendatenblatt“ und „Prüfbuch“ sind im Internet unter <http://e-government.bgld.gv.at/formulare> veröffentlicht.

(3) Bei Heizkesseln mit einer Nennleistung von mehr als 20 kW, die nach dem 2. Februar 2013 errichtet wurden und bei welchen bis jetzt noch keine Energieeffizienzüberprüfung gemäß § 25 Abs. 4 bis 8 Bgld. HKG in Verbindung mit § 32 Abs. 1 dieser Verordnung durchgeführt wurde, ist eine solche Überprüfung innerhalb der Frist für die nächste wiederkehrende Überprüfung von der Betreiberin oder vom Betreiber zu veranlassen.

(4) Die Prüfbücher für Heizungsanlagen gemäß § 19 Abs. 8 und 9 Bgld. LHKG 2008 sind weiterhin bei den Heizungsanlagen für die Dauer des Bestandes der Anlagen aufzubewahren.

(5) Die Prüfbücher für Klimaanlageanlagen gemäß § 19b Abs. 5 Bgld. LHKG 2008 sind weiterhin bei den Klimaanlageanlagen für die Dauer des Bestandes der Anlagen aufzubewahren.

(6) Für die Dauer eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Verordnung muss, solange die gewerberechtliche Geschäftsführerin oder der gewerberechtliche Geschäftsführer die erforderlichen Ausbildungsnachweise gemäß § 40 Abs. 1 Bgld. HKG nicht vorlegen kann, mindestens ein Prüforgan des Unternehmens die entsprechenden Kenntnisse nachweisen können.

(7) Ab dem 1. Jänner 2025 dürfen die in die Luft eingebrachten SO₂-, NO_x- und Staubemissionen aus einer bestehenden mittelgroßen Feuerungsanlage gemäß § 2 Z 2 mit einer Feuerungswärmeleistung von mehr als 5 MW die in **Anlage 8**, Teil 1, festgelegten Emissionsgrenzwerte nicht überschreiten.

(8) Ab dem 1. Jänner 2030 dürfen die in die Luft eingebrachten SO₂-, NO_x- und Staubemissionen aus einer bestehenden mittelgroßen Feuerungsanlage gemäß § 2 Z 2 mit einer Feuerungswärmeleistung von höchstens 5 MW die in **Anlage 8**, Teil 1, festgelegten Emissionsgrenzwerte nicht überschreiten.

(9) Seit 20. Dezember 2018 dürfen die in die Luft eingebrachten SO₂-, NO_x- und Staubemissionen aus einer neuen mittelgroßen Feuerungsanlage gemäß § 2 Z 11 die in **Anlage 8**, Teil 2, festgesetzten Emissionsgrenzwerte nicht überschreiten.

(10) Die Anlagendatenblätter und Prüfberichte gemäß §§ 30 und 32, die nach Inkrafttreten dieser Verordnung und vor Einrichtung der Anlagendatenbank erstellt wurden, sind innerhalb von sechs Monaten nach Bereitstellung der Anlagendatenbank nachträglich im System zu erfassen. Der Beginn der Bereitstellung der Anlagendatenbank ist im Internet unter <https://www.burgenland.at/luft/> kundzumachen.

(11) Für Produkte wie Festbrennstoffkessel für die Raumheizung und/oder Warmwasserbereitung, die in den Geltungsbereich der Verordnung 2015/1189/EU fallen, gelten die Anforderungen gemäß Art. 8 dieser Verordnung für das Inverkehrbringen und die Inbetriebnahme hinsichtlich des Raumheizungs-Jahresnutzungsgrades sowie hinsichtlich des Ausstoßes von Staub, gasförmigen organischen Verbindungen, Kohlenmonoxid und Stickstoffoxiden ab 1. Jänner 2020.

(12) Für Raumheizgeräte und Zentralheizgeräte gelten die Anforderungen gemäß der Verordnung 2015/1185/EU für das Inverkehrbringen und die Inbetriebnahme hinsichtlich des Raumheizungs-Jahresnutzungsgrades sowie hinsichtlich des Ausstoßes von Staub, gasförmigen organischen Verbindungen, Kohlenmonoxid und Stickstoffoxiden ab 1. Jänner 2022.

(13) Bestehende mittelgroße Feuerungsanlagen, die Teil kleiner, isolierter Netze und isolierter Kleinstnetze sind, müssen ab dem 1. Jänner 2030 den in **Anlage 8** Teil 1 Tabellen 1, 2 und 3 festgelegten Emissionsgrenzwerten entsprechen.

§ 73

Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Notifikationshinweise

(1) Diese Verordnung tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

(2) Mit Inkrafttreten dieser Verordnung treten

1. die Luftreinhalteverordnung 1990, LGBl. Nr. 69/1990, in der Fassung der Verordnung LGBl. Nr. 42/2000 und

2. die Burgenländische Luftreinhalte- und Heizungsanlagenverordnung 2000 - LHG-VO 2000, LGBl. Nr. 79/2000, in der Fassung der Verordnung LGBl. Nr. 49/2002, außer Kraft.

(3) Diese Verordnung wurde unter Einhaltung der Bestimmungen der Richtlinie 2015/1535/EU über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft, ABl. Nr. L 241 vom 17.09.2015 S. 1, (Notifikationsnummer 2019/0085/A), notifiziert.

(4) Das Inhaltsverzeichnis, §§ 2, 62, 64 Abs. 1 und 3, § 66 Abs. 1, 3 und 4, §§ 67, 68 Abs. 2, § 70 Abs. 2, § 71 Abs. 1, § 72 Abs. 13, die **Anlagen 8** und **9** in der Fassung der Verordnung LGBl. Nr. 2/2020 treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

Anlage 1

Verfahren der EG-Baumusterprüfung

1. Die folgenden Bestimmungen beschreiben den Teil des Verfahrens, bei dem eine benannte Stelle gemäß § 3 Z 6 Bgld. HKG prüft und bestätigt, dass ein für die betreffende Produktion repräsentatives Muster den entsprechenden Vorschriften dieser Richtlinie entspricht.

2. Der Antrag auf EG-Baumusterprüfung ist von der Herstellerin oder vom Hersteller oder ihrem oder seinem in der Gemeinschaft ansässigen Bevollmächtigten bei einer benannten Stelle ihrer oder seiner Wahl einzureichen.

Der Antrag muss folgendes enthalten:

- Namen und Anschrift der Herstellerin oder des Herstellers und, wenn der Antrag von der oder dem Bevollmächtigten eingereicht wird, auch ihren oder seinen Namen und Anschrift;
- eine schriftliche Erklärung, dass derselbe Antrag bei keiner anderen benannten Stelle eingereicht worden ist;
- die technischen Unterlagen laut Ziffer 3.

Die Antragstellerin oder der Antragsteller hat der benannten Stelle ein für die betreffende Produktion repräsentatives Muster (im Folgenden als „Baumuster“ bezeichnet) zur Verfügung zu stellen. Die benannte Stelle kann weitere Muster verlangen, wenn sie diese für die Durchführung des Prüfungsprogramms benötigt.

3. Die technischen Unterlagen müssen eine Bewertung der Übereinstimmung des Produkts mit den Anforderungen der Richtlinie ermöglichen. Sie müssen in dem für diese Bewertung erforderlichen Maße Entwurf, Fertigungs- und Funktionsweise des Produkts abdecken und Folgendes enthalten, soweit dies für die Bewertung erforderlich ist:

- eine allgemeine Beschreibung des Baumusters;
- Entwürfe, Fertigungszeichnungen und -pläne von Bauteilen, Montage-Untergruppen, Schaltkreisen usw.;
- Beschreibungen und Erläuterungen, die zum Verständnis der genannten Zeichnungen und Pläne sowie der Funktionsweise des Produkts erforderlich sind;
- eine Liste der in Artikel 4 und Anhang III Messungen und Berechnungen der Verordnung 813/2013/EU genannten, ganz oder teilweise angewandten Normen sowie eine Beschreibung der zur Erfüllung der grundlegenden Anforderungen gewählten Lösungen, soweit die im Artikel genannten Normen nicht angewandt worden sind;
- die Ergebnisse der Konstruktionsberechnungen, Prüfungen usw.;
- Prüfberichte.

4. Die benannte Stelle

- hat die technischen Unterlagen zu prüfen,
- hat zu prüfen, ob das Baumuster in Übereinstimmung mit den technischen Unterlagen hergestellt wurde, und festzustellen, welche Bauteile nach den einschlägigen Bestimmungen der in Artikel 4 und Anhang III Messungen und Berechnungen der Verordnung 813/2013/EU genannten Normen und welche nicht nach diesen Normen entworfen wurden;
- hat die entsprechenden Untersuchungen und erforderlichen Prüfungen durchzuführen oder lässt sie durchführen, um festzustellen, ob die von der Herstellerin oder vom Hersteller gewählten Lösungen die grundlegenden Anforderungen der Richtlinie erfüllen, sofern die in Artikel 4 und Anhang III Messungen und Berechnungen der Verordnung 813/2013/EU genannten Normen nicht angewandt wurden;
- hat die entsprechenden Untersuchungen und erforderlichen Prüfungen durchzuführen oder lässt sie durchführen, um festzustellen, ob die einschlägigen Normen richtig angewandt wurden, sofern die Herstellerin oder der Hersteller sich dafür entschieden hat, diese anzuwenden;
- hat mit der Antragstellerin oder dem Antragsteller den Ort zu vereinbaren, an dem die Untersuchungen und erforderlichen Prüfungen durchgeführt werden sollen.

5. Entspricht das Baumuster den Bestimmungen dieser Richtlinie, so hat die benannte Stelle der Antragstellerin oder dem Antragsteller eine EG-Baumusterprüfbescheinigung auszustellen. Die Bescheinigung hat Name und Anschrift der Herstellerin oder des Herstellers, Ergebnisse der Prüfung, etwaige Bedingungen für die Gültigkeit der Bescheinigung und die für die Identifizierung des zugelassenen Baumusters erforderlichen Angaben zu enthalten.

Eine Liste der wichtigen technischen Unterlagen sind der Bescheinigung beizufügen und in einer Kopie von der benannten Stelle aufzubewahren.

Lehnt die benannte Stelle es ab, der Herstellerin oder dem Hersteller oder ihrem oder seinem in der Gemeinschaft niedergelassenen Bevollmächtigten eine EG-Baumusterprüfbescheinigung auszustellen, so hat sie dafür eine ausführliche Begründung abzugeben.

6. Die Antragstellerin oder der Antragsteller hat die benannte Stelle, der die technischen Unterlagen zur EG-Baumusterbescheinigung vorliegen, über alle Änderungen an dem zugelassenen Produkt, die einer neuen Zulassung bedürfen, zu unterrichten, soweit diese Änderungen die Übereinstimmung mit den grundlegenden Anforderungen oder den vorgeschriebenen Bedingungen für die Benutzung des Produkts beeinflussen können. Diese neue Zulassung ist in Form einer Ergänzung der ursprünglichen EG-Baumusterprüfbescheinigung zu erteilen.

7. Jede benannte Stelle hat den übrigen benannten Stellen einschlägige Angaben über die EG-Baumusterprüfbescheinigungen und die ausgestellten bzw. zurückgezogenen Ergänzungen zu machen.

8. Die übrigen benannten Stellen können Kopien der EG-Baumusterprüfbescheinigungen und/oder der Ergänzungen erhalten. Die Anhänge der Bescheinigungen sind für die übrigen benannten Stellen zur Verfügung zu halten.

9. Die Herstellerin oder der Hersteller oder ihr oder sein in der Gemeinschaft niedergelassener Bevollmächtigter oder Bevollmächtigter hat zusammen mit den technischen Unterlagen eine Kopie der EG-Baumusterprüfbescheinigung und ihrer Ergänzungen mindestens zehn Jahre lang nach Herstellung des letzten Produkts aufzubewahren.

Sind weder die Herstellerin oder der Hersteller noch ihr oder sein Bevollmächtigter in der Gemeinschaft ansässig, so fällt diese Verpflichtung zur Bereithaltung der technischen Unterlagen der Person zu, die für das Inverkehrbringen des Produkts auf dem Gemeinschaftsmarkt verantwortlich ist.

Konformität mit der Bauart

1. Die folgenden Bestimmungen beschreiben den Teil des Verfahrens, bei dem die Herstellerin oder der Hersteller oder ihre oder seine in der Gemeinschaft ansässige Bevollmächtigter oder Bevollmächtigter sicherstellt und erklärt, dass die betreffenden Geräte der in der EG-Baumusterprüfbescheinigung beschriebenen Bauart entsprechen und die Anforderungen der für sie geltenden Richtlinie erfüllen. Die Herstellerin oder der Hersteller oder ihr oder sein in der Gemeinschaft ansässige Bevollmächtigter oder ansässiger Bevollmächtigter hat an jedem Gerät die CE-Kennzeichnung anzubringen und stellt eine schriftliche Konformitätserklärung auszustellen.

2. Die Herstellerin oder der Hersteller hat alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit der Fertigungsprozess die Übereinstimmung der hergestellten Produkte mit der in der EG-Baumusterprüfbescheinigung beschriebenen Bauart und mit den für sie geltenden Anforderungen der Richtlinie gewährleistet.

3. Die Herstellerin oder der Hersteller oder ihr oder sein Bevollmächtigter hat eine Kopie der Konformitätserklärung mindestens zehn Jahre lang nach Herstellung des letzten Produkts aufzubewahren.

Sind weder die Herstellerin oder der Hersteller noch ihr oder sein Bevollmächtigter in der Gemeinschaft ansässig, so fällt diese Verpflichtung zur Bereithaltung der technischen Unterlagen der Person zu, die für das Inverkehrbringen des Produkts auf dem Gemeinschaftsmarkt verantwortlich ist.

4. Eine von der Herstellerin oder dem Hersteller gewählte benannte Stelle hat in willkürlichen Abständen stichprobenartige Produktprüfungen durchzuführen oder lässt diese durchführen. Eine von der benannten Stelle vor Ort entnommene geeignete Probe der Fertigungsprodukte wird untersucht. Ferner sind geeignete Prüfungen nach der oder den in Artikel 4 und Anhang III Messungen und Berechnungen der Verordnung 813/2013/EU genannten einschlägigen Normen oder gleichwertige Prüfungen durchzuführen, um die Übereinstimmung der Produkte mit den Anforderungen der betreffenden Richtlinie zu prüfen. Stimmen eines oder mehrere der geprüften Produkte nicht mit diesen überein, so trifft die benannte Stelle geeignete Maßnahmen.

Qualitätssicherung Produktion

1. Diese Bestimmungen beschreiben das Verfahren, bei dem die Herstellerin oder der Hersteller, die oder der die Verpflichtungen nach Ziffer 2 erfüllt, sicherstellt und erklärt, dass die betreffenden Geräte der in der EG-Baumusterprüfbescheinigung beschriebenen Bauart entsprechen und die Anforderungen der Richtlinie erfüllen. Die Herstellerin oder der Hersteller oder ihr oder sein in der Gemeinschaft ansässiger Bevollmächtigter hat an jedem Gerät die CE-Kennzeichnung anzubringen und eine schriftliche Konformitätserklärung auszustellen. Der CE-Kennzeichnung ist die Kennnummer der benannten Stelle hinzuzufügen, die für die EG-Überwachung gemäß Ziffer 4 zuständig ist.
2. Die Herstellerin oder der Hersteller hat ein zugelassenes Qualitätssicherungssystem für Herstellung, Endabnahme und Prüfung gemäß Ziffer 3 zu unterhalten und unterliegt der Überwachung gemäß Ziffer 4.
3. Qualitätssicherungssystem
 - 3.1. Die Herstellerin oder der Hersteller hat bei einer benannten Stelle ihrer oder seiner Wahl die Bewertung seines Qualitätssicherungssystems für die betreffenden Geräte zu beantragen.

Der Antrag hat Folgendes zu enthalten:

 - alle einschlägigen Angaben über die vorgesehene Gerätekategorie;
 - die Unterlagen über das Qualitätssicherungssystem;
 - die technischen Unterlagen über das zugelassene Baumuster und eine Kopie der EG-Baumusterprüfbescheinigung.
 - 3.2. Das Qualitätssicherungssystem muss die Übereinstimmung der Geräte mit der in der EG-Baumusterprüfbescheinigung beschriebenen Bauart und mit den für sie geltenden Anforderungen der Richtlinie gewährleisten.

Alle von der Herstellerin oder vom Hersteller berücksichtigten Grundlagen, Anforderungen und Vorschriften sind systematisch und ordnungsgemäß in Form schriftlicher Maßnahmen, Verfahren und Anweisungen zusammenzustellen. Diese Unterlagen über das Qualitätssicherungssystem sollen sicherstellen, dass die Qualitätssicherungsprogramme, -pläne, -handbücher und -berichte einheitlich ausgelegt werden.

Sie müssen insbesondere eine angemessene Beschreibung folgender Punkte enthalten:

 - Qualitätsziele sowie organisatorischer Aufbau, Zuständigkeiten und Befugnisse des Managements in Bezug auf die Gerätequalität;
 - Fertigungsverfahren, Qualitätskontroll- und Qualitätssicherungstechnik und andere systematische Maßnahmen;
 - Untersuchungen und Prüfungen, die vor, während und nach der Herstellung durchgeführt werden (mit Angabe ihrer Häufigkeit);
 - Qualitätssicherungsunterlagen wie Kontrollberichte, Prüf- und Eichdaten, Berichte über die Qualifikation der in diesem Bereich beschäftigten Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter usw.;
 - Mittel, mit denen die Verwirklichung der angestrebten Gerätequalität und die wirksame Arbeitsweise des Qualitätssicherungssystems überwacht werden können.

3.3. Die benannte Stelle hat das Qualitätssicherungssystem zu bewerten, um festzustellen, ob es die in Ziffer 3.2 genannten Anforderungen erfüllt. Bei Qualitätssicherungssystemen, die die entsprechende harmonisierte Norm anwenden, wird von der Erfüllung dieser Anforderungen ausgegangen. Mindestens ein Mitglied des Bewertungsteams soll über Erfahrungen mit der Bewertung der betreffenden Gerätetechnik verfügen. Das Bewertungsverfahren umfasst auch eine Kontrollbesichtigung des Herstellwerks.

Die Entscheidung wird der Herstellerin oder dem Hersteller mitgeteilt. Die Mitteilung enthält die Ergebnisse der Prüfung und eine Begründung der Entscheidung.

3.4. Die Herstellerin oder der Hersteller verpflichtet sich, die Verpflichtungen aus dem Qualitätssicherungssystem in seiner zugelassenen Form zu erfüllen und dafür zu sorgen, dass es stets sachgemäß und effizient funktioniert.

Die Herstellerin oder der Hersteller oder ihr oder sein Bevollmächtigter hat die benannte Stelle, die das Qualitätssicherungssystem zugelassen hat, über alle geplanten Aktualisierungen des Qualitätssicherungssystems zu unterrichten.

Die benannte Stelle hat die geplanten Änderungen zu prüfen und zu entscheiden, ob das geänderte Qualitätssicherungssystem noch den in Ziffer 3.2 genannten Anforderungen entspricht oder ob eine erneute Bewertung erforderlich ist.

Sie teilt ihre Entscheidung der Herstellerin oder dem Hersteller mit. Die Mitteilung hat die Ergebnisse der Prüfung und eine Begründung der Entscheidung zu enthalten.

4. Überwachung unter der Verantwortlichkeit der benannten Stelle

4.1 Die Überwachung soll gewährleisten, dass die Herstellerin oder der Hersteller die Verpflichtungen aus dem zugelassenen Qualitätssicherungssystem vorschriftsmäßig erfüllt

4.2 Die Herstellerin oder der Hersteller hat der benannten Stelle zu Inspektionszwecken Zugang zu den Herstellungs-, Abnahme-, Prüf- und Lagereinrichtungen zu gewähren und ihr alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Hierzu gehören insbesondere:

- Unterlagen über das Qualitätssicherungssystem;
- Qualitätsberichte wie Prüfberichte, Prüfdaten, Eichdaten, Berichte über die Qualifikation der in diesem Bereich beschäftigten Mitarbeiterinnen oder usw.

4.3 Die benannte Stelle hat regelmäßig Nachprüfungen durchzuführen, um sicherzustellen, dass die Herstellerin oder der Hersteller das Qualitätssicherungssystem aufrechterhält und anwendet, und hat ihr oder ihm einen Bericht über die Nachprüfungen zu übergeben.

4.4 Darüber hinaus kann die benannte Stelle der Herstellerin oder dem Hersteller unangemeldete Besuche abstatten. Bei diesen Besuchen kann die benannte Stelle erforderlichenfalls Prüfungen zur Kontrolle des ordnungsgemäßen Funktionierens des Qualitätssicherungssystems durchführen oder durchführen lassen. Die benannte Stelle hat der Herstellerin oder dem Hersteller einen Bericht über den Besuch und im Fall einer Prüfung einen Prüfbericht zur Verfügung zu stellen.

5. Die Herstellerin oder der Hersteller hat mindestens zehn Jahre lang nach Herstellung des letzten Gerätes folgende Unterlagen für die einzelstaatlichen Behörden zur Verfügung zu stellen:
 - die Unterlagen gemäß Ziffer 3.1 zweiter Gedankenstrich;
 - die Aktualisierungen gemäß Ziffer 3.4 Absatz 2;
 - die Entscheidungen und Berichte der benannten Stelle gemäß Ziffer 3.4 Absatz 4, Ziffer 4.3 und Ziffer 4.4.
6. Jede benannte Stelle hat den anderen benannten Stellen die einschlägigen Angaben über die ausgestellten bzw. zurückgezogenen Zulassungen für Qualitätssicherungssysteme mitzuteilen.

Qualitätssicherung Produkt

1. Diese Bestimmungen beschreiben das Verfahren, bei dem die Herstellerin oder der Hersteller, der die Verpflichtungen nach Ziffer 2 erfüllt, sicherstellt und erklärt, dass die Heizkessel und Geräte der in der EG-Baumusterprüfbescheinigung beschriebenen Bauart entsprechen. Die Herstellerin oder der Hersteller oder ihr oder sein in der Gemeinschaft ansässiger Bevollmächtigter hat an jedem Heizkessel oder Gerät die CE-Kennzeichnung anzubringen und eine schriftliche Konformitätserklärung auszustellen. Der CE-Kennzeichnung wird die Kennnummer der benannten Stelle hinzugefügt, die für die EG-Überwachung gemäß Ziffer 4 zuständig ist.
2. Die Herstellerin oder der Hersteller hat für die betreffenden Heizkessel und Geräte ein zugelassenes Qualitätssicherungssystem für Endabnahme und Prüfung gemäß Ziffer 3 zu unterhalten und unterliegt der Überwachung gemäß Ziffer 4.
3. Qualitätssicherungssystem
 - 3.1. Die Herstellerin oder der Hersteller beantragt bei einer benannten Stelle seiner Wahl die Bewertung seines Qualitätssicherungssystems für die betreffenden Heizkessel und Geräte.

Der Antrag hat Folgendes zu enthalten:

 - alle einschlägigen Angaben über die vorgesehene Heizkessel- oder Gerätekategorie;
 - die Unterlagen über das Qualitätssicherungssystem;
 - die technischen Unterlagen über das zugelassene Baumuster und eine Kopie der EG-Baumusterprüfbescheinigung.
 - 3.2. Im Rahmen des Qualitätssicherungssystems wird jeder Heizkessel oder jedes Gerät geprüft. Es sind Prüfungen gemäß den in Artikel 4 und Anhang III Messungen und Berechnungen der Verordnung 813/2013/EU genannten Normen oder gleichwertige Prüfungen durchzuführen, um die Übereinstimmung mit den maßgeblichen Anforderungen der Richtlinie zu gewährleisten. Alle von der Herstellerin oder vom Hersteller berücksichtigten Grundlagen, Anforderungen und Vorschriften sind systematisch und ordnungsgemäß in Form schriftlicher Maßnahmen, Verfahren und Anweisungen zusammenzustellen. Diese Unterlagen über das Qualitätssicherungssystem sollen sicherstellen, dass die Qualitätssicherungsprogramme, -pläne, -handbücher und -berichte einheitlich ausgelegt werden.

Sie müssen insbesondere eine angemessene Beschreibung folgender Punkte enthalten:

- Qualitätsziele sowie organisatorischer Aufbau, Zuständigkeiten und Befugnisse des Managements in Bezug auf die Produktqualität;
- nach der Herstellung durchgeführte Untersuchungen und Prüfungen;
- Mittel, mit denen die wirksame Arbeitsweise des Qualitätssicherungssystems überwacht wird;
- Qualitätsberichte wie Prüfberichte, Prüfdaten, Eichdaten, Berichte über die Qualifikation der in diesem Bereich beschäftigten Mitarbeiter usw.

- 3.3. Die benannte Stelle hat das Qualitätssicherungssystem zu bewerten, um festzustellen, ob es die in Ziffer 3.2 genannten Anforderungen erfüllt. Bei Qualitätssicherungssystemen, die die entsprechende harmonisierte Norm anwenden, wird von der Erfüllung dieser Anforderungen ausgegangen.

Mindestens ein Mitglied des Bewertungsteams soll über Erfahrungen mit der Bewertung der betreffenden Produkttechnik verfügen. Das Bewertungsverfahren umfasst auch einen Besuch des Herstellwerks.

Die Entscheidung ist der Herstellerin oder dem Hersteller mitzuteilen. Die Mitteilung hat die Ergebnisse der Prüfung und eine Begründung der Entscheidung zu enthalten.

- 3.4. Die Herstellerin oder der Hersteller verpflichtet sich, die Verpflichtungen aus dem Qualitätssicherungssystem in seiner zugelassenen Form zu erfüllen und dafür zu sorgen, dass es stets sachgemäß und effizient funktioniert.

Die Herstellerin oder der Hersteller oder ihre Bevollmächtigte oder sein Bevollmächtigter hat die benannte Stelle, die das Qualitätssicherungssystem zugelassen hat, über alle geplanten Aktualisierungen des Qualitätssicherungssystems zu unterrichten.

Die benannte Stelle hat die geplanten Änderungen zu prüfen und zu entscheiden, ob das geänderte Qualitätssicherungssystem den in Ziffer 3.2 genannten Anforderungen noch entspricht oder ob eine erneute Bewertung erforderlich ist.

Sie teilt ihre Entscheidung der Herstellerin oder dem Hersteller mit. Die Mitteilung hat die Ergebnisse der Prüfung und eine Begründung der Entscheidung zu enthalten.

4. Überwachung unter der Verantwortung der benannten Stelle

- 4.1 Die Überwachung soll gewährleisten, dass die Herstellerin oder der Hersteller die Verpflichtungen aus dem zugelassenen Qualitätssicherungssystem vorschriftsmäßig erfüllt.

- 4.2 Die Herstellerin oder der Hersteller hat der benannten Stelle zu Inspektionszwecken Zugang zu den Abnahme-, Prüf- und Lagereinrichtungen zu gewähren und ihr alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Hierzu gehören insbesondere:

- Unterlagen über das Qualitätssicherungssystem;
- technische Unterlagen;
- die Qualitätsberichte wie Prüfberichte, Prüfdaten, Eichdaten, Berichte über die Qualifikation der in diesem Bereich beschäftigten Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter usw.

- 4.3 Die benannte Stelle hat regelmäßig Nachprüfungen durchzuführen, um sicherzustellen, dass die Herstellerin oder der Hersteller das Qualitätssicherungssystem aufrechterhält und anwendet, und hat ihm einen Bericht über die Nachprüfungen zu übergeben.
- 4.4 Darüber hinaus kann die benannte Stelle der Herstellerin oder dem Hersteller unangemeldete Besuche abstatten. Bei diesen Besuchen kann die benannte Stelle erforderlichenfalls Prüfungen zur Kontrolle des ordnungsgemäßen Funktionierens des Qualitätssicherungssystems durchführen oder durchführen lassen. Sie hat der Herstellerin oder dem Hersteller einen Bericht über den Besuch und im Fall einer Prüfung einen Prüfbericht zur Verfügung zu stellen.
5. Die Herstellerin oder der Hersteller hat mindestens zehn Jahre lang nach Herstellung des letzten Heizkessels oder Gerätes folgende Unterlagen für die einzelstaatlichen Behörden zur Verfügung zu stellen:
- die Unterlagen gemäß Ziffer 3.1 dritter Gedankenstrich;
 - die Aktualisierungen gemäß Ziffer 3.4 Absatz 2;
 - die Entscheidungen und Berichte der benannten Stelle gemäß Ziffer 3.4 Absatz 4, Ziffer 4.3 und Ziffer 4.4.
6. Jede benannte Stelle hat den anderen benannten Stellen die einschlägigen Angaben über die ausgestellten bzw. zurückgezogenen Zulassungen für Qualitätssicherungssysteme mitzuteilen.

Anlage 2.1

Prüfbuch für Heizungsanlagen

Folgende Unterlagen liegen bei:

- Anlagendatenblatt vom
- Anlagendatenblatt vom
- Anlagendatenblatt vom
- Anlagendatenblatt vom
- Prüfbericht vom
- Korrekturvermerk vom
- Korrekturvermerk vom

Bei mittelgroßen Feuerungsanlagen:

Schriftlicher Nachweis über die Registrierung der Feuerungsanlage (§ 45 Bgld. HKG):

- im EDM-Register oder
- in einem anderen bundesgesetzlich festgelegten Register, das diesem gleichgestellt ist.

Anlage 2.2

ANLAGENDATENBLATT HEIZUNGSANLAGEN

Betreiberin Betreiber (Name und Anschrift)			
Telefonnummer			
E-Mail-Adresse			
Adresse des Aufstellungsortes			
Anlagennummer / Kundennummer		Kehrgebiet	
Gebäudeart	<input type="checkbox"/> Einfamilienhaus <input type="checkbox"/> Zweifamilienhaus <input type="checkbox"/> Dreifamilienhaus <input type="checkbox"/> Mehrfamilienhaus <input type="checkbox"/> Nichtwohngebäude		
Nutzfläche		m ² <input type="checkbox"/> Exakte Fläche	<input type="checkbox"/> Geschätzte Fläche
Beheizbare Nutzfläche		m ² <input type="checkbox"/> Exakte Fläche	<input type="checkbox"/> Geschätzte Fläche
Überwiegende Heizungsart am Aufstellungsort	<input type="checkbox"/> Einzelofen <input type="checkbox"/> Zentralheizung <input type="checkbox"/> Elektroheizung <input type="checkbox"/> Raumheizgerät beheizt einen Raum <input type="checkbox"/> Raumheizgerät beheizt mehrere Räume <input type="checkbox"/> Fernheizung <input type="checkbox"/> Gasheizung <input type="checkbox"/> Sonstiges		
Überwiegend verwendeter Energieträger	<input type="checkbox"/> Holz <input type="checkbox"/> Heizöl <input type="checkbox"/> Gas <input type="checkbox"/> Alternativenergie <input type="checkbox"/> Strom <input type="checkbox"/> Kohle <input type="checkbox"/> Fernwärme <input type="checkbox"/> Sonstiges		
Wird der Anlagenstandort als Hauptwohnsitz genutzt	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Baujahr der Heizanlage	

Feuerungsanlage/ Blockheizkraftwerk (Fabrikat / Type)	Heizkessel / BHKW:		
	Brenner:		
Art der Feuerungsanlage	<input type="checkbox"/> Standardkessel <input type="checkbox"/> Niedertemperatur <input type="checkbox"/> Brennwert <input type="checkbox"/> Wechselbrand <input type="checkbox"/> Zweikammer <input type="checkbox"/> sonstiges		
Brenner	<input type="checkbox"/> atmosphärisch <input type="checkbox"/> Gebläse		
Herstellnummer		Wärmeleistungsbereich	kW
Brennstoffwärmeleistung	kW	Nennwärmeleistung	kW
Pufferspeichervolumen	m³	Zulässige Brenn- / Kraftstoffe	

Typenschild vorhanden	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Planliche Darstellung vorhanden	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
CE-Kennzeichnung vorhanden	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Ausreichender Pufferspeicher	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Technische Dokumentation vorhanden	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Verbrennungsluftzuführung ausreichend	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Wurden technische Veränderungen an der Anlage vorgenommen	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Ist die Anlage an das öffentliche Stromnetz angeschlossen	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Ist an der Anlage eine Messöffnung vorhanden			<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Ist der Aufwand für den Einbau einer Messöffnung unverhältnismäßig groß			<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Handelt es sich bei der Anlage um eine Reserveanlage (Betriebsstunden < 250 Stunden / Jahr) Nachweis erbracht durch: <input type="checkbox"/> Angaben laut Anlagensteuerung <input type="checkbox"/> Wärmemengenzähler <input type="checkbox"/> Betriebsstundenzähler <input type="checkbox"/> andere Nachweise			<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Ist eine sonstige Anlage zur Wärmeversorgung / Warmwasserbereitung vorhanden			<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Sonstige Anlage zur Wärmeversorgung / Warmwasserbereitung	<input type="checkbox"/> Reserveanlage (<250 Stunden/Jahr)	<input type="checkbox"/> Kamin- oder Kachelofen
	<input type="checkbox"/> Solaranlage	<input type="checkbox"/> Sonstiges

Beurteilung des Wirkungsgrads der Kessel und der Kesseldimensionierung im Verhältnis zum Heizbedarf des Gebäudes		
Feuerungstechnischer Wirkungsgrad		
Nennwärmeleistung des Kessels laut Typenschild	kW	<input type="checkbox"/> Kein Typenschild vorhanden
Heizlast des Gebäudes	kW	
Heizlast bekannt durch	<input type="checkbox"/> Heizlastberechnung <input type="checkbox"/> Energieausweis des Gebäudes <input type="checkbox"/> Sonstiges _____	
Überdimensionierung der Heizung (> 50 %)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> kann nicht beurteilt werden	
Begründung:		

Sonstige Empfehlungen für kosteneffiziente Verbesserungen der Energieeffizienz der Heizungsanlage:		
Bei mittelgroßen Feuerungsanlagen: Die Feuerungsanlage wurde gemäß		
- § 45 Bgl. HKG im EDM-Register registriert.	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
- anderen bundesrechtlichen Regelungen registriert.	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Schriftliche Nachweise der Registrierung befinden sich im Prüfbuch.	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Feuerungsanlage/BHKW wurde eingebaut durch:

Name, Anschrift u. Prüfnr. Prüfberechtigte (Firma)			
Telefonnummer		E-Mail-Adresse	
Datum			
Name u. Unterschrift Prüforgan		Unterschrift Betreiberin Betreiber	

Technische Änderungen an der Feuerungsanlage/BHKW wurden vorgenommen durch:

Bemerkungen			
Name, Anschrift u. Prüfnr. Prüfberechtigte (Firma)			
Telefonnummer		E-Mail-Adresse	
Datum			
Name u. Unterschrift Prüforgan		Unterschrift Betreiberin Betreiber	

Stilllegung der Anlage wurde durchgeführt durch:

Bemerkungen			
Name, Anschrift u. Prüfnr. Prüfberechtigte (Firma)			
Telefonnummer		E-Mail-Adresse	
Datum			
Name u. Unterschrift Prüforgan		Unterschrift Betreiberin Betreiber	

Wiederinbetriebnahme der Anlage wurde durchgeführt durch:

Bemerkungen			
Name, Anschrift u. Prüfnr. Prüfberechtigte (Firma)			
Telefonnummer		E-Mail-Adresse	
Datum			
Name u. Unterschrift Prüforgan		Unterschrift Betreiberin Betreiber	

Anlage 2.3

**PRÜFBERICHT FÜR FEUERUNGSANLAGEN,
 Gasförmige und flüssige Brennstoffe**

HEL HEL-schwefelarm HL Erdgas Flüssiggas

Anlass der Überprüfung	
<input type="checkbox"/> erstmalige einfache Überprüfung	<input type="checkbox"/> wiederkehrende einfache Überprüfung
<input type="checkbox"/> erstmalige umfassende Überprüfung	<input type="checkbox"/> wiederkehrende umfassende Überprüfung
<input type="checkbox"/> Mängelbehebung	<input type="checkbox"/> außerordentliche Überprüfung

Betreiberin Betreiber (Name und Anschrift)			
Telefonnummer			
E-Mail-Adresse			
Adresse des Aufstellungsortes			
Feuerungsanlage (Fabrikat / Type)			
Anlagennummer / Kundennummer		Kehrgebiet	
Name d. Prüforgans			
Prüfnummer der od. des Prüfberechtigten (Firma)			

Brennstoffverbrauch pro Jahr	
Heizöl (l)	Erdgas (m³)
Flüssiggas (kg)	Sonstige
Brennstoffverbrauch pro Jahr	<input type="checkbox"/> Exakte Angabe <input type="checkbox"/> Geschätzte Angabe

Abgasklappe funktionstüchtig	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Zugregler/Explosionsklappe ord.	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Verbindungsstück in Ordnung	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Zulässiger Brennstoff	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Luftzufuhr ausreichend	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		
Dichtheit des Heizkessels einschließlich der Verschlüsse gegeben			<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Messgerät			
Fabrikat		Kalibrierstelle	
Typenbezeichnung		Letztkalibrierung am	

Messwerte			Beurteilungswert	Grenzwert
Abgastemperatur	°C	Abgasverlust	%	%
Verbrennungslufttemperatur	°C			
<input type="checkbox"/> CO ₂ -Gehalt <input type="checkbox"/> O ₂ -Gehalt	%			
CO-Gehalt	ppm	CO-Gehalt bei 3 % O ₂	mg/m ³	mg/m ³
Kesseltemperatur	°C			
Förderdruck Fang	Pa			
NO _x -Gehalt (nur für nichtstandardisierte biogene Brennstoffe)	ppm	NO _x -Gehalt (bei 5 % O ₂)	mg/m ³	mg/m ³
Rußzahl	1. Messung	2. Messung	3. Messung	Mittelwert

Mängel	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Behebung bis	
Art der Mängel / Bemerkungen			
Behebung der Mängel lt. Prüfbericht vom erfolgt		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Prüfdatum		Nächste Überprüfung	
Firmenstempel		Unterschrift Betreiberin	
Unterschrift Prüforgan		Betreiber	

Empfehlungen

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

1	Prüfbericht der Feuerungsanlage durch berechtigtes Prüforgan (Rauchfangkehrerin/ Rauchfangkehrer, Installateurin/Installateur, etc.) erstellen lassen .	
2	Die notwendigen Laufzeiten der Zirkulation überprüfen, gegebenenfalls Regelungen nachrüsten .	
3	Wärmedämmung des Warmwasserspeichers ist mangelhaft. Fachgerechte Dämmung veranlassen .	
4	Der spezifische Energieverbrauch ist auffällig hoch. Einsparmaßnahmen sollten geprüft werden (Dämmung, Fenster, Heizanlage). Eine gute Basis dafür bietet die Erstellung des Energieausweises , mit dessen Hilfe Verbesserungsmaßnahmen ganzheitlich entwickelt werden können.	
5	Es wird empfohlen einen Energieausweis für das Gebäude erstellen zu lassen	
6	Ihr Heizkessel ist deutlich überdimensioniert (Heizleistung des Kessels/Heizlast des Gebäudes > 1,5). Es wird empfohlen den bestehenden Heizkessel gegen einen der Heizlast angepassten modernen Kessel auszutauschen . Dies wird den Nutzungsgrad der Anlage beträchtlich erhöhen (ca. 15% bis 30%). Gegebenenfalls sollte darauf Bedacht genommen werden, auf einen erneuerbaren Energieträger umzustellen.	
7	Der Heizkessel ist stark überdimensioniert (Heizleistung des Kessels/Heizlast des Gebäudes > 1,5). Es wird empfohlen, einen Pufferspeicher zu installieren . Damit kann die überschüssige Wärme eingespeichert und über einen längeren Zeitraum genutzt werden. Dies führt zu einer Verbesserung des Jahresnutzungsgrades und zu einem Komfortgewinn. Die Größe des Speichers sollte unbedingt berechnet werden.	
8	Es wird empfohlen, den Brenner auf der niedrigen Stufe zu betreiben , da es sonst zu häufigen Takten kommt. Dies führt zu einem schlechten Jahresnutzungsgrad. Durch die Anpassung der Brennerleistung können bis zu 15% Energie eingespart werden.	
9	Ihr Heizkessel ist über 15 Jahre alt. Es wird empfohlen, den alten Heizkessel mit schlechtem Nutzungsgrad gegen ein neues Gerät auszutauschen . Dies wird den Nutzungsgrad der Anlage beträchtlich erhöhen (ca. 15% bis 20%). Gegebenenfalls sollte darauf Bedacht genommen werden, auf einen erneuerbaren Energieträger umzustellen.	
10	Die Wärmedämmung des Pufferspeichers ist zu gering bzw. mangelhaft. Es wird empfohlen, die Wärmedämmung zu reparieren bzw. zu verstärken oder den Speicher zu tauschen .	
11	Das Puffervolumen ist nicht ausreichend groß. Es wird empfohlen, das Volumen neu berechnen zu lassen und gegebenenfalls den Speicher auszutauschen oder einen zusätzlichen Speicher zu installieren .	
12	In der Anlage sind einstufige Pumpen installiert. Es wird empfohlen, diese Pumpen gegen bedarfsgeregelte Hocheffizienzpumpen zu tauschen . Diese Maßnahme amortisiert sich im Normalfall innerhalb von 3 bis 4 Jahren.	
13	In der Anlage sind mehrstufige Pumpen installiert. Es wird empfohlen, die Einstellung zu überprüfen und diese Pumpen gegebenenfalls auf die kleinste Stufe einzustellen oder gegen bedarfsgeregelte Hocheffizienzpumpen zu tauschen. Diese Maßnahme amortisiert sich im Normalfall innerhalb von 3 bis 4 Jahren.	
14	Die Heizungsregelung erfolgt per Hand. Eine automatische Regelung kann den Jahresnutzungsgrad der Anlage deutlich verbessern. Es wird empfohlen, eine automatische Regelung zu installieren .	

Empfehlungen

15	Die Temperaturverteilung im Objekt ist ungenügend. Dies kann zu schwerwiegenden Fehlfunktionen führen. Es wird empfohlen, den hydraulischen Abgleich des Heizsystems von einer Fachfirma überprüfen zu lassen, damit alle Heizkörper ausreichend versorgt werden. Dies optimiert die Anlage und steigert die Energieeffizienz.	
16	Die Heizkörper werden händisch geregelt. Eine Regelung durch Thermostatventile bringt eine schnellere Reaktion auf Fremdwärmeeinflüsse. Dadurch können Heizkosten gespart und der Komfort verbessert werden. Der Austausch der Ventile gegen Heizkörperthermostatventile wird empfohlen.	
17	Die Heizungsleitungen im unbeheizten Bereich sind nicht gedämmt. Die Rohrdämmung sollte mindestens eine Dicke von mehr als 2/3 des Rohrdurchmessers aufweisen. Es wird empfohlen die Heizungsrohre und Komponenten im unbeheizten Bereich zu dämmen .	
18	Es wird empfohlen die Armaturen im nicht beheizten Bereich ebenso wie die Heizungsleitungen zu dämmen . Dafür können eigene Dämmschalen für Armaturen verwendet werden. Zu beachten ist, dass einzelne Armaturen nicht gedämmt sein dürfen. Bitte konsultieren Sie dazu eine Fachfirma.	
19	Die Warmwasserbereitung mit der Heizanlage außerhalb der Heizperiode kann nur mit relativ geringer Effizienz betrieben werden. Es wird empfohlen, die Warmwasserbereitung außerhalb der Heizperiode mit einem anderen System, zB einer Solaranlage, zu betreiben.	
20	Der spezifische Endenergieverbrauch des Objektes ist sehr hoch. Es wird empfohlen, eine Energieberatung zur genauen Analyse des Objektes in Anspruch zu nehmen , um Energieeinsparungen zu erzielen. Der Heizenergiebedarf eines Gebäudes wird von vier Haupteinflussfaktoren bestimmt: <ul style="list-style-type: none"> • Dämmung der beheizten Hülle des Objektes (Außenwände, oberste Geschößdecke, Kellerdecke etc.) • Luftdichtheit des Objektes • Fenster: Dämmstandard und Dichtheit • Heizanlage und Warmwasserbereitung: Zustand und Hydraulik. 	
21	_____	
22	_____	
23	_____	
24	_____	

Anlage 2.4

**PRÜFBERICHT FÜR FEUERUNGSANLAGEN,
 Feste Brennstoffe**

- Stückholz Pellet Hackgut Kohle/Koks

Anlass der Überprüfung	
<input type="checkbox"/> erstmalige einfache Überprüfung	<input type="checkbox"/> wiederkehrende einfache Überprüfung
<input type="checkbox"/> erstmalige umfassende Überprüfung	<input type="checkbox"/> wiederkehrende umfassende Überprüfung
<input type="checkbox"/> Mängelbehebung	<input type="checkbox"/> außerordentliche Überprüfung

Betreiberin Betreiber (Name und Anschrift)			
Telefonnummer			
E-Mail-Adresse			
Adresse des Aufstellungsortes			
Feuerungsanlage (Fabrikat / Type)			
Anlagennummer / Kundennummer		Kehrgebiet	
Name d. Prüforgans			
Prüfnummer der oder des Prüfberechtigten (Firma)			

Brennstoffverbrauch pro Jahr	
Stückholz <input type="checkbox"/> rm <input type="checkbox"/> fm <input type="checkbox"/> kg	Pellets, Hackgut (srm)
Kohle, Koks (kg)	Sonstige
Brennstoffverbrauch pro Jahr	<input type="checkbox"/> Exakte Angabe <input type="checkbox"/> Geschätzte Angabe

Luftzufuhr ausreichend	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Verbindungsstück in Ordnung	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Heizflächen in Ordnung	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	zulässige Brennstofflagerung	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Rostfunktion in Ordnung	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	zulässiger Brennstoff	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Zugregler/Explosionsklappe in Ordnung			<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Messgerät			
Fabrikat		Kalibrierstelle	
Typenbezeichnung		Letztkalibrierung am	

Messwerte			Beurteilungswert	Grenzwerte
Abgastemperatur	°C	Abgasverlust	%	%
Verbrennungslufttemperatur	°C			
<input type="checkbox"/> CO ₂ -Gehalt <input type="checkbox"/> O ₂ -Gehalt	%			
CO-Gehalt	ppm	CO-Gehalt	mg/m ³	mg/m ³
Kesseltemperatur	°C	<input type="checkbox"/> 11 % O ₂		
Förderdruck Fang	Pa	<input type="checkbox"/> 6 % O ₂		
NO _x -Gehalt (nur für nichtstandardisierte biogene Brennstoffe)	ppm	NO _x -Gehalt (bei 5 % O ₂)	mg/m ³	mg/m ³
Grenzwert nach Ringelmann:				

Mängel	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Behebung bis	
Art der Mängel / Bemerkungen			
Behebung der Mängel lt. Prüfbericht vom erfolgt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein			

Prüfdatum		Nächste Überprüfung	
Firmenstempel		Unterschrift Betreiberin	
Unterschrift Prüforgan		Betreiber	

Empfehlungen

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

1	Prüfbericht der Feuerungsanlage durch berechtigtes Prüforgan (Rauchfangkehrerin/ Rauchfangkehrer, Installateurin/Installateur, etc.) erstellen lassen .	
2	Die notwendigen Laufzeiten der Zirkulation überprüfen, gegebenenfalls Regelungen nachrüsten .	
3	Wärmedämmung des Warmwasserspeichers ist mangelhaft. Fachgerechte Dämmung veranlassen .	
4	Der spezifische Energieverbrauch ist auffällig hoch. Einsparmaßnahmen sollten geprüft werden (Dämmung, Fenster, Heizanlage). Eine gute Basis dafür bietet die Erstellung des Energieausweises , mit dessen Hilfe Verbesserungsmaßnahmen ganzheitlich entwickelt werden können.	
5	Es wird empfohlen einen Energieausweis für das Gebäude erstellen zu lassen	
6	Ihr Heizkessel ist deutlich überdimensioniert (Heizleistung des Kessels/Heizlast des Gebäudes > 1,5). Es wird empfohlen den bestehenden Heizkessel gegen einen der Heizlast angepassten modernen Kessel auszutauschen . Dies wird den Nutzungsgrad der Anlage beträchtlich erhöhen (ca. 15% bis 30%). Gegebenenfalls sollte darauf Bedacht genommen werden, auf einen erneuerbaren Energieträger umzustellen.	
7	Der Heizkessel ist stark überdimensioniert (Heizleistung des Kessels/Heizlast des Gebäudes > 1,5). Es wird empfohlen, einen Pufferspeicher zu installieren . Damit kann die überschüssige Wärme eingespeichert und über einen längeren Zeitraum genutzt werden. Dies führt zu einer Verbesserung des Jahresnutzungsgrades und zu einem Komfortgewinn. Die Größe des Speichers sollte unbedingt berechnet werden.	
8	Es wird empfohlen, den Brenner auf der niedrigen Stufe zu betreiben , da es sonst zu häufigen Takten kommt. Dies führt zu einem schlechten Jahresnutzungsgrad. Durch die Anpassung der Brennerleistung können bis zu 15% Energie eingespart werden.	
9	Ihr Heizkessel ist über 15 Jahre alt. Es wird empfohlen, den alten Heizkessel mit schlechtem Nutzungsgrad gegen ein neues Gerät auszutauschen . Dies wird den Nutzungsgrad der Anlage beträchtlich erhöhen (ca. 15% bis 20%). Gegebenenfalls sollte darauf Bedacht genommen werden, auf einen erneuerbaren Energieträger umzustellen.	
10	Die Wärmedämmung des Pufferspeichers ist zu gering bzw. mangelhaft. Es wird empfohlen, die Wärmedämmung zu reparieren bzw. zu verstärken oder den Speicher zu tauschen .	
11	Das Puffervolumen ist nicht ausreichend groß. Es wird empfohlen, das Volumen neu berechnen zu lassen und gegebenenfalls den Speicher auszutauschen oder einen zusätzlichen Speicher zu installieren .	
12	In der Anlage sind einstufige Pumpen installiert. Es wird empfohlen, diese Pumpen gegen bedarfsgeregelte Hocheffizienzpumpen zu tauschen . Diese Maßnahme amortisiert sich im Normalfall innerhalb von 3 bis 4 Jahren.	
13	In der Anlage sind mehrstufige Pumpen installiert. Es wird empfohlen, die Einstellung zu überprüfen und diese Pumpen gegebenenfalls auf die kleinste Stufe einzustellen oder gegen bedarfsgeregelte Hocheffizienzpumpen zu tauschen. Diese Maßnahme amortisiert sich im Normalfall innerhalb von 3 bis 4 Jahren.	
14	Die Heizungsregelung erfolgt per Hand. Eine automatische Regelung kann den Jahresnutzungsgrad der Anlage deutlich verbessern. Es wird empfohlen, eine automatische Regelung zu installieren .	

Empfehlungen

15	Die Temperaturverteilung im Objekt ist ungenügend. Dies kann zu schwerwiegenden Fehlfunktionen führen. Es wird empfohlen, den hydraulischen Abgleich des Heizsystems von einer Fachfirma überprüfen zu lassen, damit alle Heizkörper ausreichend versorgt werden. Dies optimiert die Anlage und steigert die Energieeffizienz.	
16	Die Heizkörper werden händisch geregelt. Eine Regelung durch Thermostatventile bringt eine schnellere Reaktion auf Fremdwärmeeinflüsse. Dadurch können Heizkosten gespart und der Komfort verbessert werden. Der Austausch der Ventile gegen Heizkörperthermostatventile wird empfohlen.	
17	Die Heizungsleitungen im unbeheizten Bereich sind nicht gedämmt. Die Rohrdämmung sollte mindestens eine Dicke von mehr als 2/3 des Rohrdurchmessers aufweisen. Es wird empfohlen die Heizungsrohre und Komponenten im unbeheizten Bereich zu dämmen .	
18	Es wird empfohlen die Armaturen im nicht beheizten Bereich ebenso wie die Heizungsleitungen zu dämmen . Dafür können eigene Dämmschalen für Armaturen verwendet werden. Zu beachten ist, dass einzelne Armaturen nicht gedämmt sein dürfen. Bitte konsultieren Sie dazu eine Fachfirma.	
19	Die Warmwasserbereitung mit der Heizanlage außerhalb der Heizperiode kann nur mit relativ geringer Effizienz betrieben werden. Es wird empfohlen, die Warmwasserbereitung außerhalb der Heizperiode mit einem anderen System, zB einer Solaranlage, zu betreiben.	
20	Der spezifische Heizenergieverbrauch des Objektes ist sehr hoch. Es wird empfohlen, eine Energieberatung zur genauen Analyse des Objektes in Anspruch zu nehmen , um Energieeinsparungen zu erzielen. Der Heizenergiebedarf eines Gebäudes wird von vier Haupteinflussfaktoren bestimmt: <ul style="list-style-type: none"> • Dämmung der beheizten Hülle des Objektes (Außenwände, oberste Geschoßdecke, Kellerdecke etc.) • Luftdichtheit des Objektes • Fenster: Dämmstandard und Dichtheit • Heizanlage und Warmwasserbereitung: Zustand und Hydraulik. 	
21	_____	
22	_____	
23	_____	
24	_____	

Anlage 2.5

PRÜFBERICHT FÜR BLOCKHEIZKRAFTWERKE (BHKW)

- HEL Dieselmkraftstoff Biodiesel Pflanzenöl Erdgas Flüssiggas
 Biogas Klärgas Holzgas Deponiegas

Anlass der Überprüfung

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> erstmalige einfache Überprüfung | <input type="checkbox"/> wiederkehrende einfache Überprüfung |
| <input type="checkbox"/> erstmalige umfassende Überprüfung | <input type="checkbox"/> wiederkehrende umfassende Überprüfung |
| <input type="checkbox"/> Mängelbehebung | <input type="checkbox"/> außerordentliche Überprüfung |

Betreiberin			
Betreiber			
(Name und Anschrift)			
Telefonnummer			
E-Mail-Adresse			
Adresse des Aufstellungsortes			
BHKW			
(Fabrikat / Type)			
Anlagennummer / Kundennummer		Kehrgebiet	
Name des Prüforgans		Prüfnummer der od. des Prüfberechtigten (Firma)	

Kraftstoffverbrauch pro Jahr	
Heizöl (l)	Erdgas (m³)
Diesel (l)	Flüssiggas (kg)
Biodiesel (l)	Biogas (m³)
Pflanzenöl (l)	Klärgas (m³)
Holzgas (m³)	Deponiegas (m³)
Brennstoffverbrauch pro Jahr	<input type="checkbox"/> Exakte Angabe <input type="checkbox"/> Geschätzte Angabe

Abgasführung ordnungsgemäß	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	zulässiger Kraftstoff	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Luftzufuhr ausreichend	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		

Messgerät			
Fabrikat		Kalibrierstelle	
Typenbezeichnung		Letztkalibrierung am	

Messwerte			Beurteilungswert	Grenzwerte
Abgastemperatur	°C	Abgasverlust	%	%
Verbrennungslufttemperatur	°C			
<input type="checkbox"/> CO ₂ -Gehalt <input type="checkbox"/> O ₂ -Gehalt	%			
CO-Gehalt	ppm	CO-Gehalt bei _____ % O ₂	mg/m ³	mg/m ³
Förderdruck Fang	Pa			
NO _x -Gehalt	ppm	NO _x -Gehalt bei _____ % O ₂	mg/m ³	mg/m ³
Boschzahl	1. Messung	2. Messung	3. Messung	Mittelwert

Mängel	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Behebung bis	
Art der Mängel /Bemerkungen			
Behebung der Mängel lt. Prüfbericht vom erfolgt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein			

Prüfdatum		Nächste Überprüfung	
Firmenstempel		Unterschrift Betreiberin	
Unterschrift Prüforgan		Betreiber	

Empfehlungen

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

1	Prüfbericht der Feuerungsanlage durch berechtigtes Prüforgan (Rauchfangkehrerin/Rauchfangkehrer, Installateurin/Installateur, etc.) erstellen lassen .	
2	Die notwendigen Laufzeiten der Zirkulation überprüfen, gegebenenfalls Regelungen nachrüsten .	
3	Wärmedämmung des Warmwasserspeichers ist mangelhaft. Fachgerechte Dämmung veranlassen .	
4	Der spezifische Energieverbrauch ist auffällig hoch. Einsparmaßnahmen sollten geprüft werden (Dämmung, Fenster, Heizanlage). Eine gute Basis dafür bietet die Erstellung des Energieausweises , mit dessen Hilfe Verbesserungsmaßnahmen ganzheitlich entwickelt werden können.	
5	Es wird empfohlen einen Energieausweis für das Gebäude erstellen zu lassen	
6	Ihr Heizkessel ist deutlich überdimensioniert (Heizleistung des Kessels/Heizlast des Gebäudes > 1,5). Es wird empfohlen den bestehenden Heizkessel gegen einen der Heizlast angepassten modernen Kessel auszutauschen . Dies wird den Nutzungsgrad der Anlage beträchtlich erhöhen (ca. 15% bis 30%). Gegebenenfalls sollte darauf Bedacht genommen werden, auf einen erneuerbaren Energieträger umzustellen.	
7	Der Heizkessel ist stark überdimensioniert (Heizleistung des Kessels/Heizlast des Gebäudes > 1,5). Es wird empfohlen, einen Pufferspeicher zu installieren . Damit kann die überschüssige Wärme eingespeichert und über einen längeren Zeitraum genutzt werden. Dies führt zu einer Verbesserung des Jahresnutzungsgrades und zu einem Komfortgewinn. Die Größe des Speichers sollte unbedingt berechnet werden.	
8	Es wird empfohlen, den Brenner auf der niedrigen Stufe zu betreiben , da es sonst zu häufigen Takten kommt. Dies führt zu einem schlechten Jahresnutzungsgrad. Durch die Anpassung der Brennerleistung können bis zu 15% Energie eingespart werden.	
9	Ihr Heizkessel ist über 15 Jahre alt. Es wird empfohlen, den alten Heizkessel mit schlechtem Nutzungsgrad gegen ein neues Gerät auszutauschen . Dies wird den Nutzungsgrad der Anlage beträchtlich erhöhen (ca. 15% bis 20%). Gegebenenfalls sollte darauf Bedacht genommen werden, auf einen erneuerbaren Energieträger umzustellen.	
10	Die Wärmedämmung des Pufferspeichers ist zu gering bzw. mangelhaft. Es wird empfohlen, die Wärmedämmung zu reparieren bzw. zu verstärken oder den Speicher zu tauschen .	
11	Das Puffervolumen ist nicht ausreichend groß. Es wird empfohlen, das Volumen neu berechnen zu lassen und gegebenenfalls den Speicher auszutauschen oder einen zusätzlichen Speicher zu installieren .	
12	In der Anlage sind einstufige Pumpen installiert. Es wird empfohlen, diese Pumpen gegen bedarfsgeregelte Hocheffizienzpumpen zu tauschen . Diese Maßnahme amortisiert sich im Normalfall innerhalb von 3 bis 4 Jahren.	
13	In der Anlage sind mehrstufige Pumpen installiert. Es wird empfohlen, die Einstellung zu überprüfen und diese Pumpen gegebenenfalls auf die kleinste Stufe einzustellen oder gegen bedarfsgeregelte Hocheffizienzpumpen zu tauschen. Diese Maßnahme amortisiert sich im Normalfall innerhalb von 3 bis 4 Jahren.	
14	Die Heizungsregelung erfolgt per Hand. Eine automatische Regelung kann den Jahresnutzungsgrad der Anlage deutlich verbessern. Es wird empfohlen, eine automatische Regelung zu installieren .	

Empfehlungen

15	Die Temperaturverteilung im Objekt ist ungenügend. Dies kann zu schwerwiegenden Fehlfunktionen führen. Es wird empfohlen, den hydraulischen Abgleich des Heizsystems von einer Fachfirma überprüfen zu lassen, damit alle Heizkörper ausreichend versorgt werden. Dies optimiert die Anlage und steigert die Energieeffizienz.	
16	Die Heizkörper werden händisch geregelt. Eine Regelung durch Thermostatventile bringt eine schnellere Reaktion auf Fremdwärmeeinflüsse. Dadurch können Heizkosten gespart und der Komfort verbessert werden. Der Austausch der Ventile gegen Heizkörperthermostatventile wird empfohlen.	
17	Die Heizungsleitungen im unbeheizten Bereich sind nicht gedämmt. Die Rohrdämmung sollte mindestens eine Dicke von mehr als 2/3 des Rohrdurchmessers aufweisen. Es wird empfohlen die Heizungsrohre und Komponenten im unbeheizten Bereich zu dämmen .	
18	Es wird empfohlen die Armaturen im nicht beheizten Bereich ebenso wie die Heizungsleitungen zu dämmen . Dafür können eigene Dämmschalen für Armaturen verwendet werden. Zu beachten ist, dass einzelne Armaturen nicht gedämmt sein dürfen. Bitte konsultieren Sie dazu eine Fachfirma.	
19	Die Warmwasserbereitung mit der Heizanlage außerhalb der Heizperiode kann nur mit relativ geringer Effizienz betrieben werden. Es wird empfohlen, die Warmwasserbereitung außerhalb der Heizperiode mit einem anderen System, zB einer Solaranlage, zu betreiben.	
20	<p>Der spezifische Heizenergieverbrauch des Objektes ist sehr hoch. Es wird empfohlen, eine Energieberatung zur genauen Analyse des Objektes in Anspruch zu nehmen, um Energieeinsparungen zu erzielen.</p> <p>Der Heizenergiebedarf eines Gebäudes wird von vier Haupteinflussfaktoren bestimmt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dämmung der beheizten Hülle des Objektes (Außenwände, oberste Geschoßdecke, Kellerdecke etc.) • Luftdichtheit des Objektes • Fenster: Dämmstandard und Dichtheit • Heizanlage und Warmwasserbereitung: Zustand und Hydraulik. 	
21	<hr/> <hr/>	
22	<hr/> <hr/>	
23	<hr/> <hr/>	
24	<hr/> <hr/>	
25	<hr/> <hr/>	

Anlage 2.6

Prüfbericht der Überwachungsstelle nach Durchführung der Überprüfung

Es wurde festgestellt:	Ja	Nein
Die Anlage wurde		
- durch ein Prüforgan überprüft	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
- <u>ordnungsgemäß betrieben</u>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Prüfergebnisse sind im Prüfbuch eingetragen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Mängel laut Prüfbericht vom liegen noch vor	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
<u>Die Veranlassung einer Überprüfung wurde aufgetragen</u>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Beseitigung der nachfolgend angeführten Mängel wurde aufgetragen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Festgestellter Mangel:

.....
.....
.....

Frist zur Veranlassung der Überprüfung:
 Beseitigung der oben angeführten Mängel:

Ursache der festgestellten Mängel:

.....
.....
.....

.....
Name, Adresse und Prüfnummer der oder des Prüfberechtigten (Firma):

.....
.....

Name und Unterschrift des Prüforgans

.....

Datum

.....

Unterschrift der Betreiberin/des Betreibers

Anlage 2.7

Berichtigung fehlerhafter Eintragungen in Anlagendatenblättern und Prüfberichten

1) Berichtigung durch das Prüforgang:

- **Name der Betreiberin oder des Betreibers der Heizungsanlage/Klimaanlage:**
.....

- **Kopie des zu berichtigenden Anlagendatenblattes/Prüfberichtes ist diesem Vermerk angeschlossen:** o ja o nein

- **Name des Prüforgans, das die fehlerhafte Eintragung durchgeführt hat:**
.....

- **Name des Prüforgans, das den fehlerhaften Eintrag festgestellt hat:**
.....

- **Text der erfolgten Berichtigung:**
.....
.....

- **Eine Ausfertigung des berichtigten Anlagendatenblattes/Prüfberichtes ist diesem Vermerk angeschlossen (Kennzeichnung der Korrektur):** o ja o nein
 - je eine Ausfertigung des berichtigten
 - o Anlagendatenblattes
 - o Prüfberichteswurde an
 - o die Betreiberin oder den Betreiber o ja o nein
 - o das Prüforgang, das den fehlerhaften Eintrag verfasst hat, o ja o nein
 - o das Prüforgang, das die Berichtigung durchgeführt hat, o ja o nein
 - o die Überwachungsstelle o ja o nein
 - o die unabhängige Kontrollstelle o ja o neinübermittelt.

 - Die Berichtigung wurde auch in der Anlagendatenbank durchgeführt. o ja o nein

- **Datum der Berichtigung:**

- **Name und Unterschrift des Prüforgans:**

- **Prüfnummer der oder des Prüfberechtigten:**

- **Unterschrift der Betreiberin oder des Betreibers:**

2) Niederschrift der Behörde über die Besprechung der Vorgangsweise zur Korrektur von fehlerhaften Anlagendatenblättern oder Prüfberichten

• **Datum und Ort der Verhandlung:**

Anwesende Personen:

Betreiberin oder Betreiber der Heizungsanlage/Klimaanlage:

.....

Prüforgane:

.....

Bürgermeisterin oder Bürgermeister:

• **Feststellung des Sachverhaltes:**

- Ausfertigung des fehlerhaften Anlagendatenblattes oder Prüfberichtes (Kopie anschließen)
mit Kennzeichnung des Fehlers ist der Niederschrift angeschlossen ja nein

- Name des Prüforgans, das die fehlerhafte Eintragung durchgeführt hat/ festgestellt hat:

.....

• **Es wird folgende Vorgangsweise festgelegt:**

Die Berichtigung ist durchzuführen. ja nein

Die Überprüfung der Eintragung und die ev. erforderliche Berichtigung ist durch das Prüforgan
Frau/ Herrn durchzuführen.

Eine neuerliche Abgasmessung/Prüfung ist erforderlich. ja nein

Die Durchführung einer außerordentlichen Überprüfung ist erforderlich. ja nein
Der Bescheid ergeht schriftlich.

Die bereits entstandenen Kosten in der Höhe von EUR
und die weiteren Kosten für in der Höhe von
EUR sind von zu tragen.

Eine Ausfertigung des berichtigten Anlagendatenblattes/Prüfberichtes
ist der Niederschrift angeschlossen. ja nein

Eine Ausfertigung des berichtigten Anlagendatenblattes/Prüfberichtes wird vom unten
angeführten Prüforgan der Behörde, der Überwachungsstelle und der Unabhängigen
Kontrollstelle übermittelt und auch in die Anlagendatenbank übernommen. ja nein

• **Name und Unterschrift des Prüforgans, das die Berichtigung durchführen soll bzw.
durchgeführt hat:**

• **Prüfnummer der oder des Prüfberechtigten:**

• **Unterschrift der Betreiberin oder des Betreibers der Anlage:**

• **Unterschrift der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters:**

Anlage 3

.....
.....
.....
Anlage 3
§§ 36 und 41 Bgld. HK-VO 2019

E-Mail:

Tel.Nr.: , am

An das
Amt der Burgenländischen Landesregierung
Abteilung 4 - Referat Klimaschutz und Luftreinhaltung
Europaplatz 1
7000 Eisenstadt

Betrifft: **Übermittlung eines Prüfberichtes an die unabhängige Kontrollstelle** über eine
○ **Heizungsanlage** (§ 36 Bgld. HK-VO 2019)
○ **Klimaanlage** (§ 41 Bgld. HK-VO 2019)

Zu Zl.: **A4/NU.HK-10012**

In der Anlage wird

- das Anlagendatenblatt (Anlage 2.2) mit dem **Prüfbericht für einen Heizkessel** mit einer Nennleistung von mehr als 20 kW übermittelt.

- das Anlagendatenblatt und der **Prüfbericht für eine Klimaanlage** mit einer Nennleistung von mehr als 12 kW übermittelt (Anlage 4.2 Bgld. HK-VO 2019).

Name und Anschrift der Betreiberin oder des Betreibers der Anlage:

.....

Tel.Nr.: E-Mail-Adresse:

Mit freundlichen Grüßen

.....
Unterschrift des Prüforgans

Anlage 4.1

Prüfbuch für Klimaanlageanlagen

Folgende Unterlagen liegen bei:

- Anlagendatenblatt und Prüfbericht vom

- Berichtigung vom
- Berichtigung vom

Anlage 4.2

ANLAGENDATENBLATT UND PRÜFBERICHT FÜR KLIMAAANLAGEN

Betreiberin			
Betreiber			
(Name und Anschrift)			
Telefonnummer:		E-Mail-Adresse:	
Adresse des Aufstellungsortes			
Anlagennummer / Kundennummer			
Klimatisierte Nutzfläche	m ²	<input type="checkbox"/> Exakte Fläche	<input type="checkbox"/> Geschätzte Fläche

Klimaanlage		Nennleistung	kW
(Fabrikat / Type)		Kältemittel	
		Kältemittelmenge	kg
Ist die Kälteanlage dicht?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Funktioniert der Kälteverdichter?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Funktionsprüfung und Einstellung der verschiedenen Regeleinrichtungen erfolgt?		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Sind die Wärmeabführung und der/die Wärmetauscher wirksam?		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Funktionieren die Luftleitungen und Lufteinlässe?		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Ist die Füllmenge des erforderlichen Kältemittels ausreichend?		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Ist das richtige Kältemittel eingefüllt?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Ist das verwendete Kältemittel zulässig?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Nachweis, ob das richtige Kältemittel eingefüllt ist, wurde erbracht durch	<input type="checkbox"/> Technische Unterlagen/Anlagendatenblatt <input type="checkbox"/> Reparaturbericht/Rechnung <input type="checkbox"/> sonstiges: _____		
Die Anlage wurde bereits _____ mal repariert (Anzahl eintragen)			
Mängel	<input type="checkbox"/> kein Mangel <input type="checkbox"/> leichter Mangel <input type="checkbox"/> schwerer Mangel		
Behebung bis (max. 8 Wochen)			
Art der Mängel /Bemerkungen			
Behebung der Mängel erfolgt: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein			

Beurteilung des Wirkungsgrads der Anlage und der Anlagendimensionierung im Verhältnis zum Kühlbedarf des Gebäudes			
Wirkungsgrad/Leistungszahl der Kälteanlage			
Wirkungsgrad/Leistungszahl der Kälteanlage bekannt durch		<input type="checkbox"/> Technische Unterlagen/Anlagendatenblatt <input type="checkbox"/> sonstiges: _____	
Klimatisierte Nutzfläche bzw. Volumen	<input type="checkbox"/> m ² <input type="checkbox"/> m ³	Spezifische Kühllast des Gebäudes	<input type="checkbox"/> W/m ² <input type="checkbox"/> W/m ³
Kühllast bekannt durch	<input type="checkbox"/> Kühllastberechnung <input type="checkbox"/> Energieausweis des Gebäudes <input type="checkbox"/> Sonstiges _____		
Benötigte Kühlleistung (Fl. bzw. Vol. x Kühllast)	kW	Überdimensionierung der Anlage	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Begründung			

Name und Anschrift der od. des Prüfberechtigten (Firma)			
Telefonnummer:		E-Mail-Adresse:	
Name des Prüforgans:		Prüfnummer der od. des Prüfberechtigten (Firma)	
Prüfdatum:		nächste Überprüfung:	
Unterschrift des Prüforgans:		Unterschrift der Betreiberin des Betreibers:	

Hinweis

Der Kühlenergiebedarf eines Gebäudes wird von drei Haupteinflussfaktoren bestimmt:

- Äußere Kühllasten = Dämmung der Außenwände, obersten Geschoßdecke, Dach, Fensterflächen,
- Innere Kühllast = Raumgröße, Personen, Maschinen- o. Geräterwärme, Luftströme (Etagen, Nebenräume)
- Zustand des gesamten Kältekreislaufes inkl. Klimaanlage

Empfehlungen für kosteneffiziente Verbesserungen der Energieeffizienz der Klimaanlage (Zutreffendes bitte ankreuzen)		
1	Die spezifische Kühllast des Gebäudes durch eine Fachfirma (Installateurin/Installateur, etc.) berechnen lassen.	
2	Pufferspeichergroße überprüfen lassen.	
3	Wärmedämmung des Pufferspeichers ist mangelhaft. Fachgerechte Dämmung veranlassen.	
4	Die Dämmung der Kälteleitungen ist ungenügend. Dämmung mit einer Dämmstärke von 2/3 Rohrdurchmesser , aber mindestens 6 mm herstellen lassen.	
5	Fachgerechte Dämmung der Armaturen nachrüsten.	
6	Regelung durch fachkundige Person überprüfen lassen (Durchflussmengen, Regelintervalle, Pumpenleistungen, Entlüften des Flüssigkeitskreislaufes, Pumpendruck, etc.).	
7	Der spezifische Energieverbrauch ist auffällig hoch. Einsparmaßnahmen sollten geprüft werden (Dämmung, Fenster, Kühlanlage).	
8	Klimaanlagentausch in Erwägung ziehen , insbesondere wenn die Klimaanlage stark überdimensioniert ist (Kühlleistung der Klimaanlage/benötigte Kühlleistung des Gebäudes > 1,5).	
9	Bei einer geringen Leistungszahl der Klimaanlage einen Klimaanlagentausch in Erwägung ziehen.	
10	Behebung der Mängel gemäß durchgeführter Überprüfungen (Seite 1).	

Anlage 5

.....
Name

.....
Adresse

.....
Tel.Nr./ E-Mail

.....
Prüfnummer

.....,
Ort

.....
Datum

An das
Amt der Burgenländischen Landesregierung
Abteilung 4, Referat Klimaschutz und Luftreinhaltung
Europaplatz 1
7000 Eisenstadt

Betrifft:

- Ansuchen um **Eintragung in die Liste der Prüfberechtigten** und **Zuweisung einer Prüfnummer** für Feuerungsanlagen, Blockheizkraftwerke oder Klimaanlage
- Meldung der **Beendigung der Tätigkeit als Prüfberechtigte oder Prüfberechtigter** und Ansuchen um Löschung aus der Liste
- Meldung der **Beendigung der Tätigkeit als Prüforgan**

1. Ich ersuche um Eintragung in die Liste der Prüfberechtigten und Zuteilung einer Prüfnummer für
 - Heizungsanlagen
 - Klimaanlage.
2. Ich wurde bereits mit Bescheid des Amtes der Burgenländischen Landesregierung vom,
Zl.: zum Überprüfungsorgan für
 - Heizungsanlagen (gemäß § 20 Bgld. LHG 1999 oder § 20 Bgld. LHKG 2008)
 - Klimaanlage (gemäß § 20b Bgld. LHKG 2008)
 bestellt.
3. Ich bin bereits in der Liste der Prüfberechtigten für
 - Heizungsanlagen
 - Klimaanlage
 im Bundesland eingetragen (§ 43 Abs. 5 Bgld. HK-VO 2019).
4. Ich gebe bekannt, dass ich meine **Tätigkeit als Prüfberechtigte oder Prüfberechtigter mit**
beende und ersuche um Löschung aus der Liste der Prüfberechtigten.
5. Ich gebe bekannt, dass ich meine **Tätigkeit als Prüforgan mit** **beende**.

.....
Unterschrift

Beilagen:

• **Zu 1.: Eintragung in die Liste der Prüfberechtigten für Heizungsanlagen und Zuweisung einer neuen Prüfnummer (§ 43 Bgld. HK-VO 2019)**

- a) Personen, die eine **Meisterprüfung** in den Lehrberufen
- Rauchfangkehrerin oder Rauchfangkehrer,
 - Installations- oder Gebäudetechnikerin oder Installations- oder Gebäudetechniker,
 - Hafnerin oder Hafner
- abgelegt haben, legen das
- Zeugnis über die Meisterprüfung vor.**
- b) Personen, die eine **Lehrabschlussprüfung** in den Lehrberufen
- Rauchfangkehrerin oder Rauchfangkehrer nach der Rauchfangkehrer/Rauchfangkehrerin-Ausbildungsordnung, BGBl. II Nr. 158/2018,
 - Installations- und Gebäudetechnikerin oder Installations- und Gebäudetechniker nach der Installations- und Gebäudetechnik Ausbildungsordnung, BGBl. II Nr. 63/2008, oder
 - Hafnerin oder Hafner nach der Hafner/in-Ausbildungsordnung, BGBl. II Nr. 116/2015.
- abgelegt haben, legen das
- Zeugnis über die **Lehrabschlussprüfung** vor und
- über **Grundkenntnisse** über einschlägige **Rechtsvorschriften**
 Nachweis Kursbesuch (mindestens 6 Stunden) Prüfungszeugnis
- c) Personen, die eine **Lehrabschlussprüfung nach einer früheren Fassung** als die oben angeführten Ausbildungsordnungen abgelegt haben, legen folgende Nachweise vor:
- Zeugnis über die **Lehrabschlussprüfung**,
- über einschlägige Kenntnisse auf dem Gebiet der Energieeffizienz von Heizungsanlagen sowie Grundkenntnisse über energetische Sanierung von Gebäuden - **Gebäudebeurteilungskurs**
 Nachweis Kursbesuch (mindestens 28 Stunden) Prüfungszeugnis
 - über **Grundkenntnisse** über einschlägige **Rechtsvorschriften**
 Nachweis Kursbesuch (mindestens 6 Stunden) Prüfungszeugnis
- d) Personen, die **keine Lehrabschlussprüfung** in den unter b) angeführten Lehrberufen abgelegt haben, legen folgende Nachweise vor:
- über Grundkenntnisse über Feuerungstechnik und Emissionsfragen, besondere Kenntnisse über technische Richtlinien einschließlich Funktion u. Wartungserfordernisse von Messgeräten - **Abgasmesskurs**
 Nachweis Kursbesuch (mindestens 34 Stunden) Prüfungszeugnis
 - über einschlägige Kenntnisse auf dem Gebiet der Energieeffizienz von Heizungsanlagen sowie Grundkenntnisse über energetische Sanierung von Gebäuden – **Gebäudebeurteilungskurs**
 Nachweis Kursbesuch (mindestens 28 Stunden) Prüfungszeugnis
 - über **Grundkenntnisse** über einschlägige **Rechtsvorschriften**
 Nachweis Kursbesuch (mindestens 6 Stunden) Nachweis Prüfung
- e) **Ziviltechniker oder Ingenieure legen folgende Nachweise vor:**
- Nachweis der Befugnis als Ziviltechnikerin oder **Ziviltechniker** für die Fachbereiche gemäß § 48 Abs. 2 oder § 49 Abs. 2 Bgld. HK-VO 2019
 - Nachweis der Befugnis als Ingenieurin oder **Ingenieur** für die Fachbereiche gemäß § 48 Abs. 4 oder § 49 Abs. 4 Bgld. HK-VO 2019
 - Nachweis der **Prüfbefugnis gemäß § 34 Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen 2013 (EG-K 2013).**

• **Zu 1: Eintragung in die Liste der Prüfberechtigten für Klimaanlage und Zuweisung einer neuen Prüfnummer**
(§ 43 Abs. 4 Bgld. HK-VO 2019):

f) Personen, die eine **Meisterprüfung** in den Lehrberufen Heizungstechnik, Lüftungstechnik und/oder Kälte- und Klimatechnik abgelegt haben, legen das
 Zeugnis über die Meisterprüfung vor.

g) Personen, die eine **Lehrabschlussprüfung** in den Lehrberufen

- Heizungstechnik oder Lüftungstechnik (§ 94 Z 31 GewO 1994, BGBl. Nr. 194/1994 in der Fassung BGBl. I Nr. 112/2018) oder

- Kälte- und Klimatechnik (§ 94 Z 37 GewO 1994, BGBl. Nr. 194/1994 in der Fassung BGBl. I Nr. 45/2018), abgelegt haben, legen das

Zeugnis über die Lehrabschlussprüfung vor.

h) Personen, die **Lehrabschlussprüfung** nach einer **früheren Fassung** als die oben angeführten Ausbildungsordnungen abgelegt haben, legen folgende Nachweise vor:

Zeugnis über die Lehrabschlussprüfung und

- über einschlägige Kenntnisse auf dem Gebiet der Energieeffizienz von Klimaanlage sowie Grundkenntnisse über energetische Sanierung von Gebäuden – **Gebäudebeurteilungskurs für Klimaanlage**

Nachweis Kursbesuch (mindestens 28 Stunden) Prüfungszeugnis

i) **Ziviltechniker, Ingenieure oder benannte Stellen legen folgende Nachweise vor:**

Nachweis der Befugnis als Ziviltechnikerin oder **Ziviltechniker** für die Fachbereiche gemäß § 48 Abs. 2 oder § 49 Abs. 2 Bgld. HK-VO 2019

Nachweis der Befugnis als Ingenieurin oder **Ingenieur** für die Fachbereiche gemäß § 48 Abs. 4 oder § 49 Abs. 4 Bgld. HK-VO 2019

Nachweis über den fachlichen Umfang der Akkreditierung der **akkreditierten Stelle**.

• **Zu 2.: Übernahme bereits im Burgenland bestellter und eingetragener Prüforgane in die neue Liste der Prüfberechtigten für Heizungsanlagen oder Klimaanlage und Zuweisung einer neuen Prüfnummer:**

Folgende Nachweise werden vorgelegt:

- **Gebäudebeurteilungskurs für Heizungsanlagen:**

Nachweis Kursbesuch (mindestens 28 Stunden) Prüfungszeugnis

Ausnahmen siehe 1 a und b: Die dort angeführten Personen brauchen keine Nachweise über die Absolvierung eines Gebäudebeurteilungskurses vorlegen.

- **Gebäudebeurteilungskurs für Klimaanlage:**

Nachweis Kursbesuch (mindestens 28 Stunden) Prüfungszeugnis

Ausnahmen siehe 1 f und g: Die dort angeführten Personen brauchen keine Nachweise über die Absolvierung eines Gebäudebeurteilungskurses vorlegen.

• **Zu 3.: Übernahme der Eintragung von anderen Bundesländern in die neue Liste und Zuweisung einer Prüfnummer:**

Schriftlicher Nachweis

der Eintragung in die Liste der Prüfberechtigten für Heizungsanlagen oder

der Eintragung in die Liste der Prüfberechtigten für Klimaanlage

Datum der Eintragung: und

Prüfnummer des betreffenden Bundeslandes:

• **Information des Amtes der Burgenländischen Landesregierung:**

Das Amt der Burgenländischen Landesregierung nimmt Einsicht in die der Behörde zur Verfügung stehenden Register, insbesondere durch Abfrage des Melderegisters, Gewerberegisters und des Firmenbuchs, um die zu beweisenden Tatsachen und Rechtsverhältnisse zB den Vor- und Familiennamen, den Wohnsitz, die Staatsbürgerschaft, die Berufsausbildung und die berufliche Tätigkeit feststellen zu können.

.....
Nur von der Behörde auszufüllen:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Geburtsurkunde | <input type="checkbox"/> Aktueller Strafregisterauszug (nicht älter als 3 Monate) |
| <input type="checkbox"/> Staatsbürgerschaftsnachweis | <input type="checkbox"/> Aktueller Auszug aus dem zentralen Gewerberegister |
| <input type="checkbox"/> Meldezettel | <input type="checkbox"/> Aktueller Auszug aus dem Firmenbuch. |

Personen, deren **Daten in den genannten Registern noch nicht enthalten** sind, sind verpflichtet, die oben angeführten schriftlichen Dokumente vorzulegen und damit die erforderlichen Tatsachen und Rechtsverhältnisse nachzuweisen.

Den Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, sind **beglaubigte deutsche Übersetzungen** anzuschließen.

Information zum Datenschutz

Ich nehme zur Kenntnis, dass die oben von mir bekannt gegebenen personenbezogenen Daten für die Eintragung in die Liste der Prüfberechtigten gemäß § 37 Abs. 2 Burgenländisches Heizungs- und Klimatechnikgesetz – Bgld. HKG, vom Amt der Burgenländischen Landesregierung, Abteilung 4 Ländliche Entwicklung, Agrarwesen und Naturschutz, 7000 Eisenstadt, Europaplatz 1, E-Mail: post.a4-natur-klima-umwelt@bgld.gv.at, Tel.: +43 5 7600-2933, gem. Art 6 Abs. 1 lit c DSGVO verarbeitet werden. Im Rahmen der gesetzlichen Umsetzung ist die Liste im Internet zu veröffentlichen.

Die personenbezogenen Daten werden vom Verantwortlichen nur so lange aufbewahrt, als gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen oder eine Verjährung potentieller Rechtsansprüche noch nicht eingetreten ist.

Unter den Voraussetzungen des anwendbaren Rechts habe ich das Recht auf Auskunft über die erhobenen Daten, Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung der Daten sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung der Daten und das Recht auf Datenübertragbarkeit. Weiters besteht das Recht auf Beschwerde bei der Datenschutzbehörde.

Datenschutzrechtlicher Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union, Verordnung (EU) Nr. 2016/679, ist das Amt der Burgenländischen Landesregierung, 7000 Eisenstadt, Europaplatz 1, E-Mail: post.datenschutz@bgld.gv.at.

Alternativ besteht die Möglichkeit, sich an den Datenschutzbeauftragten KPMG Security Services GmbH, Porzellangasse 51, 1090 Wien, E-Mail: post.datenschutzbeauftragter@bgld.gv.at, zu wenden.

Anlage 6

.....
Name

.....
Straße, Hausnr.

.....
PLZ, Ort

....., am
Telefonnr., E-Mail-Adresse

An das
Amt der Burgenländischen Landesregierung
Abteilung 4, Referat Klimaschutz und Luftreinhaltung
Europaplatz 1
7000 Eisenstadt

Betrifft: Ansuchen um Zulassung zur Prüfung

Ich ersuche um Zulassung zur Prüfung gemäß § 54 Burgenländische Heizungs- und Klimaanlagenverordnung 2019 (Bgld. HK-VO 2019).

Folgende Fachbereiche werden als Prüfungsgegenstand bekannt gegeben:

O § 45 Abs. 1 Z 1 bis 3 Bgld. HK-VO 2019 - Inhalt Abgasmesskurs:

- Besondere Kenntnisse über die Durchführung von Emissions- und Abgasmessungen;
- Grundkenntnisse über Feuerungstechnik und Emissionsfragen;
- besondere Kenntnisse hinsichtlich Überprüfungen entsprechend den einschlägigen technischen Richtlinien einschließlich Funktion und Wartungserfordernisse von Messgeräten.

O § 45 Abs. 1 Z 4 Bgld. HK-VO 2019 - Inhalt Gebäudebeurteilungskurs:

einschlägige Kenntnisse auf dem Gebiet der Energieeffizienz von Heizungsanlagen sowie Grundkenntnisse über die energetische Sanierung von Gebäuden.

O § 45 Abs. 1 Z 5 Bgld. HK-VO 2019 - Grundkenntnisse über die einschlägigen Rechtsvorschriften.

.....
Unterschrift

Beilagen:

- Nachweis der mindestens einjährigen facheinschlägigen Tätigkeit
- Sozialversicherungsbestätigung über aufrechtes Versicherungsverhältnis
- Nachweis über aufrechtes Beschäftigungsverhältnis
- Nachweis über die Entrichtung der Prüfungsgebühr
- Nachweis der Entrichtung der Gebühr für das Ansuchen

- **Nachweise über absolvierte Ausbildungen** gemäß § 45 Abs. 1 Z 1 bis Z 5 Bgld. HK- VO 2019:
 - **Abgasmesskurs:** Grundkenntnisse über Feuerungstechnik und Emissionsfragen, besondere Kenntnisse über technische Richtlinien einschließlich Funktion und Wartungserfordernisse von Messgeräten
 - Nachweis Kursbesuch (mindestens 34 Stunden)
 - Prüfungszeugnis
 - **Gebäudebeurteilungskurs:** einschlägige Kenntnisse auf dem Gebiet der Energieeffizienz von Heizungsanlagen sowie Grundkenntnisse über die energetische Sanierung von Gebäuden -
 - Nachweis Kursbesuch (mindestens 28 Stunden)
 - Prüfungszeugnis
 - **Grundkenntnisse über einschlägige Rechtsvorschriften**
 - Nachweis Kursbesuch (mindestens 6 Stunden)
 - Prüfungszeugnis
- **Information des Amtes der Burgenländischen Landesregierung:**

Das Amt der Burgenländischen Landesregierung nimmt Einsicht in die der Behörde zur Verfügung stehenden Register, insbesondere durch Abfrage des Melderegisters, Gewerberegisters und des Firmenbuchs, um die zu beweisenden Tatsachen und Rechtsverhältnisse zB den Vor- und Familiennamen, den Wohnsitz, die Staatsbürgerschaft, die Berufsausbildung und die berufliche Tätigkeit feststellen zu können.

.....
Nur von der Behörde auszufüllen

- Geburtsurkunde
- Staatsbürgerschaftsnachweis
- Meldezettel
- Aktueller Strafregisterauszug (nicht älter als 3 Monate)
- Aktueller Auszug aus dem zentralen Gewerberegister der Firma des selbständigen Antragstellers
- Aktueller Auszug aus dem zentralen Gewerberegister der Firma, bei der der Antragsteller beschäftigt ist
- Aktueller Auszug aus dem Firmenbuch des selbständigen Antragstellers
- Aktueller Auszug aus dem Firmenbuch der Firma, bei der der Antragsteller beschäftigt ist.

Personen, deren **Daten in den genannten Registern noch nicht enthalten sind**, sind verpflichtet, die oben angeführten schriftlichen Dokumente vorzulegen und damit die erforderlichen Tatsachen und Rechtsverhältnisse nachzuweisen.

Den Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, sind **beglaubigte deutsche Übersetzungen** anzuschließen.

Information zum Datenschutz

Ich nehme zur Kenntnis, dass die oben von mir bekannt gegebenen personenbezogenen Daten für die Zulassung zur Prüfung gemäß § 54 Burgenländisches Heizungs- und Klimaanlagengesetz – Bgld. HKG, vom Amt der Burgenländischen Landesregierung, Abteilung 4 Ländliche Entwicklung, Agrarwesen und Naturschutz, 7000 Eisenstadt, Europaplatz 1, E-Mail: post.a4-natur-klima-umwelt@bgld.gv.at, Tel.: +43 5 7600-2933, gem. Art 6 Abs. 1 lit c DSGVO verarbeitet werden.

Die personenbezogenen Daten werden vom Verantwortlichen nur so lange aufbewahrt, als gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen oder eine Verjährung potentieller Rechtsansprüche noch nicht eingetreten ist.

Unter den Voraussetzungen des anwendbaren Rechts habe ich das Recht auf Auskunft über die erhobenen Daten, Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung der Daten sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung der Daten und das Recht auf Datenübertragbarkeit. Weiters besteht das Recht auf Beschwerde bei der Datenschutzbehörde.

Datenschutzrechtlicher Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union, Verordnung (EU) Nr. 2016/679, ist das Amt der Burgenländischen Landesregierung, 7000 Eisenstadt, Europaplatz 1, E-Mail: post.datenschutz@bgld.gv.at.

Alternativ besteht die Möglichkeit, sich an den Datenschutzbeauftragten KPMG Security Services GmbH, Porzellangasse 51, 1090 Wien, E-Mail: post.datenschutzbeauftragter@bgld.gv.at, zu wenden.

Anlage 7

Geschäftszahl: A4/NU.BPR-10000-

Eisenstadt, am

Zeugnis

Frau/Herr
geb. am in
wohnhaft in
hat die gemäß § 40 Abs. 4 Bgld. Heizungs- und Klimaanlagengesetz vorgeschriebene Prüfung zum
Nachweis der rechtlichen und/oder technischen Kenntnisse zur Ausübung der Tätigkeit als Prüforgan
für Heizungsanlagen mit Erfolg abgelegt

Für die Prüfungskommission

.....
Die/Der Vorsitzende

.....
Die Prüferin/Der Prüfer

Anlage 8

Emissionsgrenzwerte für mittelgroße Feuerungsanlagen

1. Emissionsgrenzwerte sind nach Abzug des Wasserdampfgehalts des Abgases auf folgende Referenzbedingungen bezogen:
 - a) eine Temperatur von 273,15 K,
 - b) einen Druck von 101,3 kPa sowie
 - c) einen Bezugssauerstoffgehalt von
 - aa) 6% für Feuerungsanlagen, die mit festen Brennstoffen betrieben werden,
 - bb) 3% für Feuerungsanlagen, die mit flüssigen und bzw. oder gasförmigen Brennstoffen betrieben werden, mit Ausnahme von Motoren und Gasturbinen,
 - cc) 15% für Motoren und Gasturbinen sowie
 - dd) 0% für Ammoniak (NH₃)-Emissionen von Einrichtungen zur Minderung von NO_x-Emissionen.
2. Bei Feuerungsanlagen, in denen Ammoniak (NH₃) oder Ammoniumverbindungen (NH₄⁺-Verbindungen) zur Minderung der NO_x-Emissionen eingesetzt werden, darf der Gehalt an NH₃ im Verbrennungsgas (NH₃-Schlupf) einen Emissionsgrenzwert von 10 mg/Nm³ nicht übersteigen.
3. Ist der Einrichtung zur NO_x-Reduktion ein Abscheideverfahren nachgeschaltet, das geeignet ist, NH₃ abzuscheiden, findet der Emissionsgrenzwert für NH₃ keine Anwendung.
4. Strohähnliche Brennstoffe umfassen insbesondere auch Getreidepflanzen, Getreidekörner, Getreidebruchkörner, Gräser, Miscanthus und andere standardisierte biogene feste Brennstoffe.
5. Sonstiges naturbelassenes Holz umfasst insbesondere auch Stücke, Scheite, bindemittelfreie Holzbriketts, Hackgut, Späne, Sägemehl, Schleifstaub oder Presslinge.
6. Reste von Holzwerkstoffen oder Holzbauteilen (auch Spanplattenreste inklusive Härter, Bindemittel, Beschichtungen, Holzschutzmittel, Lack etc.) haben folgende Bedingungen für den Einsatz als Brennstoff zu erfüllen:
 - a) frei von Verunreinigungen mit Schwermetallverbindungen und bzw. oder halogenorganischen Verbindungen,
 - b) Herkunft vom Standort der Feuerungsanlage.
7. Für Ersatzbrennstoffprodukte gemäß § 3 Z 19 AVV sind im Einzelfall Emissionsgrenzwerte festzulegen. Diese Emissionsgrenzwerte dürfen,
 - a) wenn die Ersatzbrennstoffprodukte aus Biomasse hergestellt wurden, die Emissionsgrenzwerte für feste Biomasse nicht übersteigen bzw.
 - b) wenn die Ersatzbrennstoffprodukte aus anderen Abfällen als Biomasse hergestellt wurden, die Emissionsgrenzwerte für andere feste Brennstoffe nicht übersteigen.Ersatzbrennstoffprodukte dürfen nur in Feuerungsanlagen verbrannt werden, die einen Emissionsgrenzwert für Staub in der Höhe von 20 mg/m³ einhalten.

Teil 1

Emissionsgrenzwerte für bestehende Feuerungsanlagen

Tabelle 1

Emissionsgrenzwerte (mg/Nm³) für bestehende Feuerungsanlagen mit einer Brennstoffwärmeleistung von mindestens 0,1 MW und höchstens 5 MW (ausgenommen Motoren und Gasturbinen)

Sektor A: Feste Biomasse

Sektor B: Andere feste Brennstoffe

Sektor C: Gasöl

Sektor D: Flüssige Brennstoffe ausgenommen Gasöl

Sektor E: Erdgas

Sektor F: Gasförmige Brennstoffe ausgenommen Erdgas

Bestehende Feuerungsanlagen 0,1 bis 5 MW (ausgenommen Motoren und Gasturbinen)
Sektor A: Feste Biomasse

Schadstoff	0,1 – < 0,5 MW	0,5 – < 1 MW	1 – 2 MW	> 2 – ≤ 5 MW
SO ₂ Stroh	525	525	300	300
SO ₂ Miscanthus und andere strohähnliche Brennstoffe	-	-	300	300
SO ₂ andere feste Biomasse und andere standardisierte biogene feste Brennstoffe, ausgenommen Holz	525	525	200	200
NO _x naturbelassen: Buche, Eiche, Rinde, Zapfen, Reisig	450	450	450	450
NO _x sonstiges naturbelassenes Holz	375	375	375	375
NO _x Reste von Holzwerkstoffen und Holzbau-teilen, Stroh und strohähnliche Brennstoffe bzw. andere feste Biomasse	750	750	600	600
Staub	225	225	50	30
CO	1200	375	375	375
OGC	75	30	30	30
HCl Stroh oder strohähnliche Brennstoffe ausgenommen Miscanthus und andere standardisierte biogene feste Brennstoffe	45	45	45	45

Bestehende Feuerungsanlagen 0,1 bis 5 MW (ausgenommen Motoren und Gasturbinen)
Sektor B: Andere feste Brennstoffe

Schadstoff	0,1 – < 0,5 MW	0,5 – < 1 MW	1 – ≤ 5 MW
SO ₂	1200	780	780
NO _x	-	400	400
Staub	150	150	50
CO	1000	1000	150

**Bestehende Feuerungsanlagen 0,1 bis 5 MW (ausgenommen Motoren und Gasturbinen)
Sektor C: Gasöl**

Schadstoff	0,1 – < 1 MW	1 – 2 MW	> 2 – ≤ 5 MW
NO _x ausgenommen Heizöl extra leicht, Heizöl extra leicht schwefelarm, Heizöl extra leicht mit biogenen Komponenten und flüssige standardisierte biogene Brennstoffe jeweils bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft	150	150	150
NO _x Heizöl extra leicht, Heizöl extra leicht schwefel-arm, Heizöl extra leicht mit biogenen Komponenten und flüssige standardisierte biogene Brennstoffe jeweils bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft	300	200	200
Staub	-	-	20
CO	100	80	80

**Bestehende Feuerungsanlagen 0,1 bis 5 MW (ausgenommen Motoren und Gasturbinen)
Sektor D: Flüssige Brennstoffe ausgenommen Gasöl**

Schadstoff	0,1 – < 0,4 MW	0,4 – < 1 MW	1 – 2 MW	> 2 – ≤ 3 MW	> 3 – ≤ 5 MW
SO ₂	180	350	350	350	350
NO _x ausgenommen Heizöl leicht bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft	150	450	450	450	400
NO _x Heizöl leicht bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft	300	600	600	600	550
Staub	-	-	50	20	20
CO	100	100	80	80	80

**Bestehende Feuerungsanlagen 0,1 bis 5 MW (ausgenommen Motoren und Gasturbinen)
Sektor E: Erdgas**

Schadstoff	0,1 – 3 MW	> 3 – 5 MW
NO _x ausgenommen Hochtemperaturprozesse bzw. vorgewärmte Verbrennungsluft	120	100
NO _x bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft	200	200
CO	80	80

**Bestehende Feuerungsanlagen 0,1 bis 5 MW (ausgenommen Motoren und Gasturbinen)
Sektor F: Gasförmige Brennstoffe ausgenommen Erdgas**

Schadstoff	0,1 < 1 MW	1 – 3 MW	> 3 – 5 MW
SO ₂ ausgenommen Anlagen, die Koksofengase mit niedrigem Heizwert in der Eisen- und Stahlindustrie verfeuern	-	200	200
SO ₂ für Anlagen, die Koksofengase mit niedrigem Heizwert in der Eisen- und Stahlindustrie	-	400	400
NO _x Für Flüssiggas ausgenommen Hochtemperaturprozesse bzw. vorgewärmte Verbrennungsluft	160	160	130
NO _x in allen sonstigen Fällen	260	250	250
CO	80	80	80

Tabelle 2

**Emissionsgrenzwerte (mg/Nm³) für bestehende Feuerungsanlagen mit einer
Brennstoffwärmeleistung größer 5 MW und weniger als 50 MW (ausgenommen
Motoren und Gasturbinen)**

Sektor A: Feste Biomasse

Sektor B: Andere feste Brennstoffe

Sektor C: Gasöl

Sektor D: Flüssige Brennstoffe ausgenommen Gasöl

Sektor E: Erdgas

Sektor F: Gasförmige Brennstoffe ausgenommen Erdgas

**Bestehende Feuerungsanlagen größer 5 MW und weniger als 50 MW (ausgenommen
Motoren und Gasturbinen)**

Sektor A: Feste Biomasse

Schadstoff	> 5 – 10 MW	> 10 MW
SO ₂ Stroh und strohähnliche Brennstoffe	300	300
SO ₂ Andere feste Biomasse ausgenommen Holz	200	200
NO _x naturbelassen: Buche, Eiche, Rinde, Zapfen, Reisig	450	225
NO _x Sonstiges naturbelassenes Holz	375	225
NO _x Reste von Holzwerkstoffen und Holzbauteilen, Stroh und strohähnliche Brennstoffe, andere feste Biomasse	600	300
Staub	30	30
CO Holz	150	150
CO Stroh und andere feste Biomasse	375	150
OGC	30	30

HCl Stroh oder strohähnliche Brennstoffe ausgenommen Miscanthus und andere standardisierte biogene feste Brennstoffe	45	45
PCDD/F, ausgenommen naturbelassenes Holz	-	2*10 ⁻⁷

**Bestehende Feuerungsanlagen größer 5 MW und weniger als 50 MW (ausgenommen
Motoren und Gasturbinen)**

Sektor B: Andere feste Brennstoffe

Schadstoff	> 5 – 10 MW	> 10 MW
SO ₂	780	400
NO _x	400	200
Staub	20	20
CO	150	150

**Bestehende Feuerungsanlagen größer 5 MW und weniger als 50 MW (ausgenommen
Motoren und Gasturbinen)**

Sektor C: Gasöl

Schadstoff	> 5 MW
NO _x ausgenommen Heizöl extra leicht, Heizöl extra leicht schwefelarm, Heizöl extra leicht mit biogenen Komponenten und flüssige standardisierte biogene Brennstoffe jeweils bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft	150
NO _x Heizöl extra leicht, Heizöl extra leicht schwefelarm, Heizöl extra leicht mit biogenen Komponenten und flüssige standardisierte biogene Brennstoffe jeweils bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft	200
Staub Heizöl extra leicht schwefelarm	10
Staub alle anderen Gasöle	20
CO	80

**Bestehende Feuerungsanlagen größer 5 MW und weniger als 50 MW (ausgenommen
Motoren und Gasturbinen)**

Sektor D: Flüssige Brennstoffe ausgenommen Gasöl

Schadstoff	> 5 – 10 MW	> 10 MW
SO ₂	350	350
NO _x ausgenommen Heizöl leicht bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft	400	250
NO _x Heizöl leicht bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft	550	250
Staub	20	20
CO	80	80

Bestehende Feuerungsanlagen größer 5 MW und weniger als 50 MW (ausgenommen Motoren und Gasturbinen)

Sektor E: Erdgas

Schadstoff	> 5 MW
NO _x ausgenommen Hochtemperaturprozesse bzw. vorgewärmte Verbrennungsluft	100
NO _x bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft	200
CO	80

Bestehende Feuerungsanlagen größer 5 MW und weniger als 50 MW (ausgenommen Motoren und Gasturbinen)

Sektor F: Gasförmige Brennstoffe ausgenommen Erdgas

Schadstoff	> 5 MW
SO ₂ ausgenommen Biogas und ausgenommen Anlagen, die Koksofengase bzw. Hochofengasen jeweils mit niedrigem Heizwert in der Eisen- und Stahlindustrie verfeuern	35
SO ₂ Biogas	170
SO ₂ für Anlagen, die Hochofengase mit niedrigem Heizwert in der Eisen- und Stahlindustrie verfeuern	200
SO ₂ für Anlagen, die Koksofengase mit niedrigem Heizwert in der Eisen- und Stahlindustrie verfeuern	400
NO _x Für Flüssiggas ausgenommen Hochtemperaturprozesse bzw. vorgewärmte Verbrennungsluft	100
NO _x Für Flüssiggas bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft sowie alle anderen gasförmigen Brennstoffe	250
CO	80

Tabelle 3

Emissionsgrenzwerte (mg/Nm³) für bestehende Motoren und Gasturbinen mit einer Brennstoffwärmeleistung von mindestens 1 MW und weniger als 50 MW

Sektor A: Gasöl

Sektor B: Flüssige Brennstoffe ausgenommen Gasöl

Sektor C: Erdgas

Sektor D: Gasförmige Brennstoffe ausgenommen Erdgas

**Bestehende Motoren und Gasturbinen mindestens 1 MW und weniger als 50 MW
Sektor A: Gasöl**

Schadstoff	≥ 1 MW
NO _x Motoren	190
NO _x Gasturbinen bei Last von über 70%	200
CO Motoren	200
CO Gasturbinen	100

**Bestehende Motoren und Gasturbinen mindestens 1 MW und weniger als 50 MW
Sektor B: Flüssige Brennstoffe ausgenommen Gasöl**

Schadstoff	1 – ≤ 5 MW	> 5 – ≤ 20 MW	> 20 MW
SO ₂ Motoren und Gasturbinen	120	120	120
NO _x Motoren	250	225	190
NO _x Gasturbinen bei Last von über 70%	200	200	200
Staub Motoren	20	20	10
Staub Gasturbinen	20	20	10
CO Motoren	200	200	200
CO Gasturbinen	100	100	100

**Bestehende Motoren und Gasturbinen mindestens 1 MW und weniger als 50 MW
Sektor C: Erdgas**

Schadstoff	≥ 1 MW
NO _x Motoren	190
NO _x Gasturbinen bei Last von über 70%	150
CO Motoren und Gasturbinen bei Last von über 70%	100

**Bestehende Motoren und Gasturbinen mindestens 1 MW und weniger als 50 MW
Sektor D: Gasförmige Brennstoffe ausgenommen Erdgas**

Schadstoff	≥ 1 MW
SO ₂ für Motoren und Gasturbinen, ausgenommen Biogas und ausgenommen Anlagen, die Koksofengase bzw. Hochofengase mit niedrigem Heizwert in der Eisen- und Stahlindustrie verfeuern	15
SO ₂ für Motoren und Gasturbinen Biogas	60
SO ₂ für Motoren und Gasturbinen in Anlagen, die Hochofengase mit niedrigem Heizwert in der Eisen- und Stahlindustrie verfeuern	65

SO ₂ für Motoren und Gasturbinen in Anlagen, die Koksofengase mit niedrigem Heizwert in der Eisen- und Stahlindustrie verfeuern	130
NO _x für Motoren	190
NO _x für Gasturbinen bei Last von über 70%	200
CO für Motoren, Flüssiggas	100
CO für Motoren, Biogas	150
CO für Gasturbinen	100

Teil 2
Emissionsgrenzwerte für neue Feuerungsanlagen

Tabelle 1

Emissionsgrenzwerte (mg/Nm³) für neue Feuerungsanlagen mit einer Brennstoffwärmeleistung von mindestens 0,1 MW und weniger als 50 MW (ausgenommen Motoren und Gasturbinen)

Sektor A: Feste Biomasse

Sektor B: Andere feste Brennstoffe

Sektor C: Gasöl

Sektor D: Flüssige Brennstoffe ausgenommen Gasöl

Sektor E: Erdgas

Sektor F: Gasförmige Brennstoffe ausgenommen Erdgas

Neue Feuerungsanlagen mindestens 0,1 MW und weniger als 50 MW (ausgenommen Motoren und Gasturbinen)

Sektor A: Feste Biomasse

Schadstoff	0,1 – < 0,5 MW	0,5 – < 1 MW	1 – 2 MW	> 2 – ≤ 5 MW	> 5 – 10 MW	> 10 – 20 MW	> 20 MW
SO ₂ Stroh, strohähnliche Brennstoffe und andere feste Biomasse, ausgenommen Miscanthus und andere standardisierte biogene feste Brennstoffe sowie Holz	525	525	200	200	200	200	200
SO ₂ Miscanthus und andere standardisierte biogene feste Brennstoffe	-	-	200	200	200	200	200
NO _x naturbelassen: Buche, Eiche, Rinde, Zapfen, Reisig	450	450	450	450	300	225	225
NO _x sonstiges naturbelassenes Holz	375	375	375	375	300	225	225

NO _x Reste von Holzwerkstoffen und Holzbauteilen, Stroh und strohähnliche Brennstoffe, andere feste Biomasse	750	750	500	500	300	300	300
Staub	225	225	50	30	30	30	20
CO Holz	1200	375	375	375	150	150	150
CO Stroh und andere feste Biomasse	1200	375	375	375	375	150	150
OGC	75	30	30	30	30	30	30
HCl Stroh oder strohähnliche Brennstoffe ausgenommen Miscanthus und andere standardisierte biogene feste Brennstoffe	45	45	45	45	45	45	45
PCDD/F ausgenommen naturbelassenes Holz	-	-	-	-	-	2*10 ⁻⁷	2*10 ⁻⁷

Neue Feuerungsanlagen mindestens 0,1 MW und weniger als 50 MW (ausgenommen Motoren und Gasturbinen)

Sektor B: Andere feste Brennstoffe

Schadstoff	0,1 – < 0,5 MW	0,5 – < 1 MW	1 – ≤ 5 MW	> 5 – 10 MW	> 10 MW
SO ₂	1200	780	400	400	400
NO _x	-	400	400	300	200
Staub	150	150	50	20	20
CO	1000	1000	150	150	150

Neue Feuerungsanlagen mindestens 0,1 MW und weniger als 50 MW (ausgenommen Motoren und Gasturbinen)

Sektor C: Gasöl

Schadstoff	0,1 – < 1 MW	1 – 2 MW	> 2 MW
NO _x ausgenommen Heizöl extra leicht, Heizöl extra leicht schwefelarm, Heizöl extra leicht mit biogenen Komponenten und flüssige standardisierte biogene Brennstoffe jeweils bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft	150	150	150
NO _x Heizöl extra leicht, Heizöl extra leicht schwefelarm, Heizöl extra leicht mit biogenen Komponenten und flüssige standardisierte biogene Brennstoffe jeweils bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft	300	200	200

Staub Heizöl extra leicht schwefelarm	-	-	10
Staub alle anderen Gasöle	-	-	20
CO	100	80	80

Neue Feuerungsanlagen mindestens 0,1 MW und weniger als 50 MW (ausgenommen Motoren und Gasturbinen)

Sektor D: Flüssige Brennstoffe ausgenommen Gasöl

Schadstoff	0,1 – < 0,4 MW	0,4 – < 1 MW	1 – 2 MW	> 2 – ≤ 10 MW	> 10 MW
SO ₂	180	350	350	350	350
NO _x ausgenommen Heizöl leicht bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft	150	450	300	300	250
NO _x für Heizöl leicht bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft	300	600	300	300	250
Staub	-	-	50	20	20
CO	100	100	80	80	80

Neue Feuerungsanlagen mindestens 0,1 MW und weniger als 50 MW (ausgenommen Motoren und Gasturbinen)

Sektor E: Erdgas

Schadstoff	0,1 – < 1 MW	≥ 1 MW
NO _x ausgenommen Hochtemperaturprozesse bzw. vorgewärmte Verbrennungsluft	120	100
NO _x bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft	200	100
CO	80	80

Neue Feuerungsanlagen mindestens 0,1 MW und weniger als 50 MW (ausgenommen Motoren und Gasturbinen)

Sektor F: Gasförmige Brennstoffe ausgenommen Erdgas

Schadstoff	0,1 – < 1 MW	1 – 3 MW	> 3 MW
SO ₂ ausgenommen Biogas und ausgenommen Anlagen, die Koksofen-gase bzw. Hochofengase jeweils mit niedrigem Heizwert in der Eisen- und Stahlindustrie verfeuern	-	35	35
SO ₂ Biogas	-	100	100

SO ₂ für Anlagen, die Hochofengase mit niedrigem Heizwert in der Eisen- und Stahlindustrie verfeuern	-	200	200
SO ₂ für Anlagen, die Koksofengase mit niedrigem Heizwert in der Eisen- und Stahlindustrie verfeuern	-	400	400
NO _x Für Flüssiggas ausgenommen Hochtemperaturprozesse bzw. vorgewärmte Verbrennungsluft	125	125	100
NO _x Für Flüssiggas bei Hochtemperaturprozessen bzw. bei vorgewärmter Verbrennungsluft sowie alle anderen gasförmigen Brennstoffe	260	200	200
CO	80	80	80

Tabelle 2

**Emissionsgrenzwerte (mg/Nm³) für neue Motoren und Gasturbinen mit einer
Brennstoffwärmeleistung von mindestens 1 MW und weniger als 50 MW**

Sektor A: Gasöl

Sektor B: Flüssige Brennstoffe ausgenommen Gasöl

Sektor C: Erdgas

Sektor D: Gasförmige Brennstoffe ausgenommen Erdgas

**Neue Motoren und Gasturbinen mindestens 1 MW und weniger als 50 MW
Sektor A: Gasöl**

Schadstoff	≥ 1 MW
NO _x Motoren	190
NO _x Gasturbinen bei Last von über 70%	75
CO Motoren	200
CO Gasturbinen	100

**Neue Motoren und Gasturbinen mindestens 1 MW und weniger als 50 MW
Sektor B: Flüssige Brennstoffe ausgenommen Gasöl**

Schadstoff	1 – ≤ 5 MW	> 5 MW
SO ₂ Motoren und Gasturbinen	120	120
NO _x für Motoren	190	190
NO _x Gasturbinen bei Last von über 70%	75	75
Staub Motoren	20	10
Staub Gasturbinen	20	10
CO Motoren	200	200
CO Gasturbinen	100	100

**Neue Motoren und Gasturbinen mindestens 1 MW und weniger als 50 MW
Sektor C: Erdgas**

Schadstoff	≥ 1 MW
NO _x Motoren	95
NO _x Gasturbinen bei Last von über 70%	50
CO Motoren und Gasturbinen bei Last von über 70%	100

**Neue Motoren und Gasturbinen mindestens 1 MW und weniger als 50 MW
Sektor D: Gasförmige Brennstoffe ausgenommen Erdgas**

Schadstoff	≥ 1 MW
SO ₂ für Motoren und Gasturbinen ausgenommen Biogas	15
SO ₂ für Motoren und Gasturbinen Biogas	40
NO _x für Motoren,	190
NO _x für Gasturbinen bei Last von über 70%	75

Schadstoff	≥ 1 MW
CO für Motoren, Flüssiggas	100
CO für Motoren, Biogas	150
CO für Gasturbinen bei Last über 70 %	100

Anlage 9

Überwachung und Bewertung der Emissionen mittelgroßer Feuerungsanlagen

Teil 1

Überwachung der Emissionen durch den Anlageninhaber

1. Der Anlageninhaber hat, sofern in dieser Verordnung nicht anderes bestimmt ist,
1.1 kontinuierliche Messungen der Emissionskonzentrationen, abhängig von der jeweiligen Brennstoffwärmeleistung und dem eingesetzten Brennstoff, entsprechend der folgenden Tabelle durchzuführen

Brennstoff	Staub	CO	SO ₂	NO _x
fest	> 10 MW	> 10 MW	> 30 MW	> 30 MW
flüssig, ausgenommen Gasöl	> 10 MW	> 10 MW	–	> 30 MW
Gasöl	–	> 10 MW	–	> 30 MW
gasförmig	–	> 10 MW	–	> 30 MW

- und
- 1.2 Einzelmessungen für die gemäß **Anlage 8** in der Feuerungsanlage in Betracht kommenden Schadstoffe, sofern hierfür keine kontinuierlichen Emissionsmessungen gemäß Z 1.1 festgelegt sind,
- 1.2.1 bei Feuerungsanlagen mit einer Brennstoffwärmeleistung von mindestens 1 MW bis höchstens 20 MW in regelmäßigen Zeitabständen, mindestens jedoch alle drei Jahre,
- 1.2.2 bei Feuerungsanlagen mit einer Brennstoffwärmeleistung von mehr als 20 MW in regelmäßigen Zeitabständen, mindestens jedoch jährlich, durchführen zu lassen und
- 1.3 wenn zur Einhaltung der Emissionsgrenzwerte für HCl und für SO₂ Sekundärmaßnahmen erforderlich sind, hinsichtlich dieser Schadstoffe auch für Feuerungsanlagen mit einer Brennstoffwärmeleistung von weniger als 1 MW Einzelmessungen mindestens alle fünf Jahre durchführen zu lassen.
2. **Kontinuierliche Emissionsmessungen** gemäß Z 1.1 sind **nicht erforderlich**, wenn durch andere Prüfungen (zB durch kontinuierliche Funktionsprüfung von Rauchgasreinigungsanlagen) mit hinreichender Sicherheit die Einhaltung der vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerte festgestellt werden kann.

3. Alternative Überwachungsmaßnahmen

- 3.1 Gemäß Z 1 durchzuführende Emissionsmessungen betreffend SO₂ dürfen durch den rechnerischen Nachweis ersetzt werden, dass bei dem nachweislich verwendeten Brennstoff die für die jeweiligen Feuerungsanlagen vorgesehenen Emissionsgrenzwerte für SO₂ nicht überstiegen werden können.

Bei Verwendung der nachfolgenden Heizöle gilt der rechnerische Nachweis für die jeweiligen SO₂-Emissionsgrenzwerte als erbracht.

Brennstoff	SO ₂ -Emissionsgrenzwert in mg/Nm ³ erfüllt
Heizöl extra leicht-schwefelfrei	180
Heizöl extra leicht-schwefelarm	
Heizöl extra leicht	
Heizöl extra leicht mit biogenen Komponenten	
Heizöl leicht	350

- 3.2 Falls die Zulässigkeit einer Emissionsgrenzwert-Überschreitung gemäß § 9 Abs. 1 oder Abs. 3 FAV 2019 an bestimmte Betriebsstunden geknüpft ist, sind als Alternative zu den kontinuierlichen Messungen gemäß Z 1.1 und zu den Häufigkeiten gemäß Z 1.2 und Z 1.3 bei dem § 9 unterliegenden Feuerungsanlagen regelmäßige Messungen aller Schadstoffe, die für die betreffende Anlagenart in Betracht kommen, mindestens jedes Mal dann durchzuführen, wenn die folgende Betriebsstundenanzahl erreicht ist:
- 3.2.1 für Feuerungsanlagen § 9 Abs. 3 FAV 2019 mit einer Brennstoffwärmeleistung von mindestens 1 MW und höchstens 20 MW: 1.500 Betriebsstunden

- 3.2.2 für Feuerungsanlagen gemäß § 9 Abs. 1 Z 1 FAV 2019 mit einer Brennstoffwärmeleistung von mehr als 20 MW: 500 Betriebsstunden
- 3.2.3 die regelmäßigen Messungen sind unabhängig vom Erreichen der in den Z 3.2.1 und Z 3.2.2. genannten Stundenzahl jedenfalls mindestens alle fünf Jahre durchzuführen
4. Während des Betriebs von **Feuerungsanlagen**, die **mit Staubabscheideeinrichtungen** gemäß Z 4.1 oder Z 4.2 ausgestattet sind, muss, sofern nicht kontinuierliche Emissionsmessungen gemäß Z 1.1 durchzuführen sind, die Funktionsfähigkeit der Abscheideeinrichtungen
- 4.1 bei elektrischen Abscheidern durch die Kontrolle der Filterspannung und des Filterstroms jedes Feldes bzw.
- 4.2 bei filternden Abscheidern durch qualitative Messeinrichtungen (zB triboelektrische Sensoren) kontrolliert werden.
- 4.3 Melden die Funktionskontrollenrichtungen unzulässige Abweichungen der Parameter, so muss dies bei der Feuerungsanlage oder an einer sonst geeigneten Stelle (zB einer Messwarte) einen optischen und akustischen Alarm auslösen. Das akustische Signal darf quittierbar eingerichtet sein. Sind filternde Abscheider mit einem Anfahrbypass ausgestattet, so muss dessen Klappenstellung kontinuierlich überwacht und aufgezeichnet werden. Die Aufzeichnung über die Klappenstellung muss in der Betriebsanlage zumindest drei Jahre so aufbewahrt werden, dass sie den behördlichen Organen jederzeit zur Einsicht vorgewiesen werden kann.
5. Die **ersten Messungen** sind innerhalb von vier Monaten nach der Genehmigung der Anlage oder bei der Betriebsaufnahme durchzuführen maßgebend ist der spätere Zeitpunkt.
6. Die Probenahmen und Analysen von Schadstoffen und die Messungen von Prozessparametern sowie etwaige alternative Verfahren gemäß Z 3.1 sind auf der Grundlage von Verfahren durchzuführen, mit denen zuverlässige, repräsentative und vergleichbare Ergebnisse erzielt werden können.
- Bei Verfahren, die harmonisierten EN-Normen genügen, wird davon ausgegangen, dass sie diese Anforderung erfüllen. Während jeder Messung muss die Anlage unter stabilen Bedingungen und bei einer repräsentativen gleichmäßigen Last laufen. An- und Abfahrzeiten sind in diesem Zusammenhang auszunehmen.

Teil 2

Messung und Auswertung

1. Die Probenahme und die Analyse für staubförmige Emissionen und für gasförmige Emissionen sind nach den Regeln der Messtechnik durchzuführen, die insbesondere aus europäischen Normen (§ 2 Z 3 NormG 2016) abzuleiten sind sofern keine geeigneten europäischen Normen zur Verfügung stehen, sind internationale oder rein österreichische Normen (§ 2 Z 2 und Z 1 lit. a NormG 2016) heranzuziehen.
2. Die **Messstellen** sind so festzulegen, dass eine repräsentative und messtechnisch einwandfreie Emissionsmessung gewährleistet ist.
3. Die **Messungen** sind während der Betriebszeit durchzuführen, während der die Feuerungsanlage weder an- noch abgefahren wird dies muss durch ein Gutachten eines Sachverständigen gemäß § 12 Abs. 2 Z 1 bis 4 belegt sein.
- 4. Ausführung von kontinuierlichen Messungen der Emissionen**
- 4.1 Die Datenaufzeichnung hat durch automatisch registrierende Messgeräte in Form von Halb-stundenmittelwerten unter Angabe von Datum, Uhrzeit und Messstelle zu erfolgen. Die Verfügbarkeit der Daten hat mindestens 90% zu betragen. Als Bezugszeitraum gilt ein Monat. Die Messergebnisse müssen mit dem einzuhaltenden Emissionsgrenzwert vergleichbar sein. Für die korrekte Angabe der Emissionsmesswerte sind zusätzlich folgende Betriebsparameter erforderlich und daher zu ermitteln:
- 4.1.1 Abgastemperatur
- 4.1.2 Druck im Abgasstrom
- 4.1.3 Wasserdampfgehalt des Abgases
- 4.1.4 Sauerstoffgehalt im Abgas
- 4.2 Das gesamte kontinuierlich arbeitende Messverfahren einschließlich der Emissionsdatenauswerteeinrichtungen ist im Abnahmeversuch sowie wiederkehrend

alle drei Jahre durch Sachverständige gemäß § 12 Abs. 2 Z 1 bis 4 FAV 2019 kalibrieren zu lassen. Die Kalibrierung hat nach den Regeln der Technik für die Qualitätssicherung für automatische Messeinrichtungen zu erfolgen.

Die Tauglichkeit des betriebseigenen Messverfahrens gilt als nachgewiesen, wenn die Abweichungen zwischen betriebseigener Messung und Referenzmessung zumindest zu 95% die unter Z 7 angegebenen Werte nicht übersteigen.

- 4.3 Die automatisierten Messsysteme müssen zusätzlich zu den Anforderungen nach Z 4.2 mindestens einmal jährlich durch Parallelmessungen unter Verwendung von Referenzmethoden durch Sachverständige gemäß § 12 Abs. 2 Z 1 bis 4 überprüft werden. Der Anlageninhaber hat während des Betriebs der Anlage mindestens einmal wöchentlich an den Messgeräten zu kontrollieren, ob die erforderliche Messfunktion gegeben ist. Ist die Messfunktion nicht gegeben, hat der Anlageninhaber umgehend die Funktionstüchtigkeit der Messeinrichtungen wiederherzustellen oder wiederherstellen zu lassen.
- 4.4 Der Anlageninhaber hat der Behörde die Berichte über die Ergebnisse der Kalibrierung (Z 4.2) und der Überprüfung (Z 4.3 erster Satz) jeweils innerhalb von zwölf Wochen nach Kalibrierung oder nach Überprüfung zu übermitteln.

5. Ausführung von Einzelmessungen der Emissionen

- 5.1 Einzelmessungen sind bei der erstmaligen Prüfung in zwei Laststufen (unterer und oberer Wärmeleistungsbereich) oder bei allen wesentlichen Betriebszuständen und bei wiederkehrenden Emissionsmessungen bei jenem Betriebszustand durchzuführen, bei dem die Feuerungsanlage nachweislich vorwiegend betrieben wird (ausgenommen An- und Abfahrzeiten). Es sind innerhalb eines Zeitraumes von drei Stunden drei Messwerte als Halbstundenmittelwerte zu bilden.
- 5.2 Die Einzelmessungen sind an einer repräsentativen Entnahmestelle im Abgaskanalquerschnitt vorzunehmen.

6. Messwerte und Bildung von Mittelwerten

- 6.1 Für die Bildung von Mittelwerten ist die Methode der arithmetischen Mittelung heranzuziehen.
- 6.2 Sofern im Folgenden nicht anders bestimmt, sind Messwerte als Halbstundenmittelwerte zu bestimmen.
- 6.3 Bei der Messung von polychlorierten Dibenzo-p-dioxinen und Dibenzofuranen (PCDD/F) sind die Messwerte als Mittelwert über einen Zeitraum von 6 bis 8 Stunden zu bestimmen.

7. Messunsicherheit

Die Messunsicherheit der Messmethode ist zu ermitteln und darf nachfolgende Werte (Prozentsatz bezogen auf den jeweiligen Emissionsgrenzwert) nicht überschreiten. Die Messunsicherheit umfasst die Unsicherheit des gesamten Messverfahrens, das heißt unvermeidbare Fehler des Messgeräts, unvermeidbare Ungenauigkeit bei der Probenahme, Wahl des Messpunkts und dergleichen. Für die Messunsicherheit gilt ein Vertrauensbereich von 95 %.

Schadstoff	Messunsicherheit
SO ₂	20%
NO _x	20%
Staub	30%
CO	10%
OGC	30%
HCl	40%
PCDD/F	50%
NH ₃	40%

8. Einhaltekriterien für Emissionsgrenzwerte

- 8.1 Bei Einzelmessungen gilt der jeweils festgelegte Emissionsgrenzwert als eingehalten, wenn kein Beurteilungswert den Emissionsgrenzwert überschreitet.
- 8.2 Bei kontinuierlichen Messungen gilt der jeweils festgelegte Emissionsgrenzwert als eingehalten, wenn
- 8.2.1 kein validierter Tagesmittelwert den Emissionsgrenzwert überschreitet,
- 8.2.2 97 % der Beurteilungswerte nicht das 1,2-fache des Emissionsgrenzwertes

- überschreiten und
- 8.2.3 kein Beurteilungswert das Zweifache des Emissionsgrenzwertes überschreitet.
- 8.3 Beurteilungswerte sind, sofern Z 6 oder Z 9 nicht anderes bestimmt, auf Grund der gemessenen Halbstundenmittelwerte und nach Abzug des Wertes der Messunsicherheit gemäß Z 7 zu bilden. Validierte Tagesmittelwerte werden als arithmetisches Mittel aus allen Beurteilungswerten eines Kalendertages gebildet. Jeder Tag, an dem mehr als sechs Halbstundenmittelwerte wegen Störung oder Wartung des kontinuierlichen Messsystems ungültig sind, wird nicht gewertet. Werden mehr als zehn Tage im Jahr wegen solcher Situationen nicht gewertet, so hat der Anlageninhaber Maßnahmen zur Wiederherstellung des ordnungsgemäßen Betriebs des kontinuierlichen Messsystems zu ergreifen.
- 8.4 Der Messbericht hat mindestens zu enthalten:
- 8.4.1 Name und Anschrift des Sachverständigen, Datum der Überprüfung
- 8.4.2 Name des Anlageninhabers, Bezeichnung und Standort der Feuerungsanlage
- 8.4.3 Betriebsweise der Feuerungsanlage während der Messung (Brennstoffwärmeleistung in MW bzw. % der Nennlast)
- 8.4.4 Brennstoffe, die während der Messung verbrannt wurden (Art, Heizwert, Aschegehalt, Schwefelgehalt, sonstiges)
- 8.4.5 Art der Feuerung (Einzelfeuerung, Mehrstofffeuerung, Mischfeuerung)
- 8.4.6 Normen bzw. normative Dokumente, die der Messung zu Grunde gelegt wurden
- 8.4.7 Messergebnisse bezogen auf eine Temperatur von 273,15 K, einen Druck von 101,3 kPa, nach Abzug des Wasserdampfgehalts des Abgases (Messergebnis laut Messprotokoll, Beurteilungswert, einzuhaltender Emissionsgrenzwert, Bezugssauerstoffgehalt).

9. Spezielle Messvorschriften

- 9.1 Wiederkehrende Prüfung gemäß § 14 Abs. 1 und 2 FAV 2019 von Feuerungsanlagen, ausgenommen Motoren und Gasturbinen
- Die Bestimmung der CO-Emission ist bei stationärem Betrieb bei jenem Betriebszustand der Feuerungsanlage durchzuführen, bei dem die Feuerungsanlage vorwiegend betrieben wird bei zweistufigen Brennern: in beiden Laststufen.
- Die Durchführung der wiederkehrenden Prüfung hat entsprechend den Regeln der Technik für eine einfache Überprüfung zu erfolgen. Der CO-Emissionsgrenzwert gilt als eingehalten, wenn die Auswertung der Messergebnisse gemäß Z 8 ergibt, dass kein Viertelstundenmittelwert bzw. kein Kurzzeitmesswert den jeweiligen Emissionsgrenzwert übersteigt.
- 9.2 Wiederkehrende Prüfung gemäß § 14 Abs. 1 und 3 FAV 2019 von Motoren und Gasturbinen
- Die Bestimmung der CO-Emission und der NO_x-Emission ist bei stationärem Betrieb bei jenem Betriebszustand des Motors bzw. der Gasturbine durchzuführen, bei dem diese vorwiegend betrieben werden. Die Durchführung der wiederkehrenden Prüfung hat entsprechend den Regeln der Technik für eine einfache Überprüfung zu erfolgen. Der CO-Emissionsgrenzwert bzw. der NO_x-Emissionsgrenzwert gilt als eingehalten, wenn die Auswertung der Messergebnisse gemäß Z 8 ergibt, dass kein Viertelstundenmittelwert bzw. kein Kurzzeitmesswert den jeweiligen Emissionsgrenzwert übersteigt.

Anlage 3 FAV 2019 entspricht sinngemäß der **Anlage 9** dieser Verordnung.